

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis vierteljährlich 1,10 RM., halbjährlich 2,20 RM., jährlich 4,40 RM., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat. Einzahlungen in die Post-Verwaltung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstellige Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Stein-)gedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 8. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der blamierte Europäer.

Ein Hohngelächter geht durch Europa. Das Lachen unserer Genossen im Tiergarten hat anstehend gewirkt. Berlin ist davon ergriffen worden und Deutschland und die ganze Welt. Die „preussische Eigenart“ ist zum Gespött geworden; die gefürchtete Staatsautorität, die mit so grausamer Brutalität alle freien Regungen der Volksmassen niederzuhalten suchte, hat einen unheilbaren, aber für die Errettung der politischen Freiheit sehr heilsamen Stoß erhalten. Wenn das in der ganzen Welt verhasste und verachtete preussische Regierungssystem zugleich in der Brutalität, deren es fähig, und der Tollpatschigkeit, mit der es gehandelt wird, endlich enthüllt werden konnte, so gebührt das Verdienst vor allem dem Herrn v. Jagow, dem Mann, der das staatsmännische Ideal eines anderen Musterpreußen, des Herrn von Kröcher, so reslos verkörpert, höchstens daß sich noch die Herren Vorgesetzten, der preussische Ministerpräsident und der Minister des Innern in diesen Ruhm teilen dürfen. Und Herr v. Jagow wird nach Gebühr gewürdigt. Als „wenig erleuchteter Politiker“, meint der Londoner „Morning Leader“, habe sich der Berliner Polizeipräsident in seinen Proklamationen erwiesen und nennt ihn einen kurzschichtigen Ordnungswächter, der sich hauptsächlich damit befaßt, friedliche Bürger durch sein Vorgehen zum Sozialismus zu bekehren. Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ ist entsetzt über die „Barbarei und Grausamkeit der Polizei“, ebenso wie der Berichtstatter der „Daily News“, der die „grobsten und ganz überflüssigen Angriffe“ im Tiergarten scharf verurteilt. „Times“ und „Daily Telegraph“ rühmen die „musterhafte Ordnung und Disziplin der Massen“, konstataren den erfolgreichen Versuch der Führer, alle Provokationen zu vermeiden, und die „fürchterliche Blamage“ der Polizei. Und nicht anders spricht die französische Presse: „In keiner Weise seiner Aufgabe gewachsen, ungeschickt und unfähig“, so lautet ihr vernichtendes Verdikt.

Der Held dieser Affäre sucht sich zu helfen, wie sich ein so erleuchteter Geist nun einmal helfen kann. Konnte er vor der Demonstration nicht genug Worte finden, um in seinen Stützbungen die Gefahren auszumalen, die das Zusammenströmen von „200 000 Menschen“ zur Folge haben müßte, so kann er jetzt plötzlich nach den Demonstrationen seine Zahl finden, die klein genug wäre, um die Gefährlichkeit der Kundgebung zu bezeichnen. Log gestern der Polizeibericht die Zahl auf 30 000 herunter, so sind es heute gar nur mehr 15 000. Wir erwarten morgen die Zahl auf 7500 herabgesetzt zu sehen, bis dann Ende der Woche der Polizeipräsident selbst verkünden wird, daß seine Reiter ihre wilden Angriffe nur gegen das gewöhnliche Sonntagspublikum verübt haben. Man sieht, die Kritik der Herrschaft hält sich auf der Höhe seines Stils. Oder ist Herr v. Jagow vielleicht nur deshalb zur Zahl 15 000 gelangt, weil er auch heute noch den Tiergarten und den Treptower Park nicht unterscheiden kann?

Auch sonst sorgt der Mann dafür, daß man ihn nicht vergißt. Durch das Volkliche Bureau läßt er der Welt sein heutiges Werk berichten. Er hat den Offizieren, Wachtmeistern und Schutzmännern der königlichen Schutzmännischen Berlins und der Vororte seine Anerkennung für ihr geistiges Verhalten ausgesprochen; auch besuchte er die gestern verletzten Schutzeute im Krankenhaus beziehungsweise in ihren Wohnungen und belobte sie.

Wir wußten nicht, glauben es aber gerne, daß bei den blindwütigen Attacken auch ein paar Schutzeute zu Fall gekommen und sich verletzt haben. Daß Herr v. Jagow sie aufsucht, spricht für sein Solidaritätsgefühl mit den wilden Reitern; daß er das der Öffentlichkeit mitteilt, ist Ausdrucksweise und ungehörige Stimmungsmache.

Andererseits aber steht es mit der „Anerkennung“, kein halbwegs vorurteilsloser Beobachter spricht anders als in den Ausdrücken schärfster Mißbilligung über das gestrige Vorgehen der „Schutzeute“. In dieser Beziehung stimmen alle ehrlichen Berichte der in- und ausländischen Presse vollkommen überein. Wer die Demonstrationen in Berlin von Anfang an mitgemacht hat, konnte gestern feststellen, daß noch bei keiner früheren Gelegenheit in so absolut ungerichteter und unmotivierter Weise Angriffe der berittenen Polizei und noch dazu mit blanker Waffe vorgenommen sind. Man konnte gestern fast den Eindruck gewinnen, daß die Polizei es geradezu darauf angelegt hatte, Opfer zu schaffen, so völlig grundlos war ihr Wüten.

Wenn es gestern in Treptow, wo die Polizei in massenhaft aufgebotsfähig, nicht zu noch schlimmeren Unglücksfällen kam, so deshalb, weil in Treptow die Demonstranten durch ihren baldigen Abzug keine Gelegenheit zu Heldentaten boten. Wenn es im Tiergarten ohne größere Opfer abging, so nur deshalb, weil die Polizei gegenüber den anstürmenden Massen zum Glück so gering an Zahl war, daß sie nach den ersten Versuchen ihre lebensgefährliche Tätigkeit einstellen mußte. Wahrlich nicht das Verdienst der Polizei ist es, wenn der Wut der konservativen Auftraggeber des Herrn v. Jagow nach mehr Blut nicht in Erfüllung ging, sondern das ist einzig und allein der Umsicht und Besonnenheit der Massen zu danken. Ihr gebührt mit Recht die Anerkennung und der Respekt,

der ihr von dem größten Teil auch der bürgerlichen Presse gezollt wird. Die Anerkennung aber, die Herr v. Jagow seinen Offizieren und Schutzeuten ausdrückt, ist eine neue unerhörte Provokation der Berliner Bevölkerung. Man sollte wirklich denken, daß Herr v. Jagow andere Sorgen hätte. Er hat die Polizei zu einer ganzen Reihe von Handlungen benutzt, deren Gefährlichkeit zu beweisen ihm schwer fallen dürfte. Mit welchem Recht wurden auf friedliche Spaziergänger Reiterangriffe kommandiert? Mit welchem Recht dürfen Polizisten Frauen und Kinder mißhandeln? Mit welchem Recht wurde der Treptower Park abgesperrt und die Absperrung aufrecht erhalten? Daß Herr v. Jagow die falsche Meinung hatte, in Treptow würde eine verbotene Versammlung abgehalten, rechtfertigt doch nicht die Aufhebung des freien Verkehrs. Warum ließ er sich denn täuschen? Und wenn auch, Unkenntnis schließt vor Strafe nicht. Wäre wirklich die Staatsanwaltschaft die „objektivste Behörde“, Herr v. Jagow wäre die Anklage sicher. So wird man sich mit der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit begnügen müssen.

Wenn Herr v. Jagow aber mit seiner Provokation den Beweis liefern wollte, daß die gestrige Lektion, die ihm erteilt worden ist, nichts gelehrt hat, so läßt uns dieser Beweis seiner Unverbesserlichkeit sehr kalt. Es ist nicht unsere Aufgabe, einen Polizeipasha für seine Stellung zu erziehen. Diese Pflicht können wir höchstens im Nebenberuf erfüllen und möchten wünschen, ihr nicht allzu viel Zeit widmen zu müssen. Aber Herr v. Jagow kann sicher sein, daß wir, das was nötig ist, ausführen werden, ob er nun die Befehle, zu deren Einhaltung er verpflichtet ist, befolgt oder nicht. Wir bleiben auf dem gesetzlichen Wege, aber wir verlangen das auch endlich von den preussischen Machtadern. Wir haben Sonntag eine kleine Probe von der Leistungsfähigkeit unserer Organisationen und von der Disziplin der Massen abgelegt. Die Herren mögen sich gesagt sein lassen, daß ihre Polizeimittel immer wieder so versagen werden, wie sie am Sonntag verlagert haben. Für sie sind bei diesem Spiel nur neue Blamagen zu holen, für die Sozialdemokratie sind neue Ehren gewiß. Wir haben nicht den Wunsch, den Kampf ums Wahlrecht zu einem Krieg gegen die Willkür der Polizeipraxis zu gestalten. Aber ebensowenig sind wir geneigt, unseren Wahlrechtskampf um durch Polizeieinfache einschränken zu lassen.

## Die Kundgebung.

Berichte über Berichte sind am Montag noch bei uns aus allen Teilen Preußens eingelaufen. Samt und sonders verstärken sie den imposanten Eindruck der Sonntagsmeldungen — fast alle zeigen auch, daß das Recht auf die Straße zwar noch nicht voll erlämpft ist, daß das unerhörte, kaltblütige Verhalten der preussischen Arbeiterschaft, ihr Festhalten an den Straßenkündgebungen, trotz aller polizeilichen Bluttaten und Attacken aber doch schon einen großen erzieherischen Einfluß auf die preussische Polizei ausgeübt hat. Schlimm genug ist es sicherlich noch, was an einigen Orten den Demonstranten und Passanten von der Polizei angetan wurde, aber mit blutigen Helmenten der Sicherheitshüter, die am 13. Februar aus Halle, Frankfurt a. M., Duisburg, Königsberg und Neumünster zu melden waren, sind die Vorkommnisse des 6. März nicht zu vergleichen. Fast überall hat die Polizei eine erfreuliche Zurückhaltung gezeigt — Solingen und Bochum sind die einzigen Städte, wo es zu ernstlichen Zusammenstößen gekommen ist. In Solingen, wo bekanntlich neben mehreren leichtverletzten ein schwerverletzter zu verzeichnen ist, rüstet die Arbeiterschaft schon zur Protestaktion. Ein Telegramm meldet uns:

Solingen, 7. März.

Die Arbeiterschaft hat für Dienstagabend eine Volksversammlung einberufen, die sich mit dem Vorgehen der Polizei am Sonntag besassen soll.

Zur Ergänzung unseres gestrigen Telegramms über die Vorgänge in Bochum wird uns noch geschrieben:

Bochum, 6. März.

Als der letzte Trupp der Versammlungsbesucher bis an die Kortumstraße, eine der Hauptstraßen Bochums, gekommen war, kam eine Anzahl berittener Schutzeute die um jene Zeit äußerlich belebte Straße heruntergeritten, hinter ihnen Fahrmannschaften. Die Beamten wußten offensichtlich gar nicht, was sie eigentlich wollten. Die Berittenen zogen blank, ritten von Zeit zu Zeit auf Geratewohl auf die Bürgersteige, während die Schutzeute zu Fuß ebenso auf Geratewohl verschiedene Passanten, die nach ihrer Meinung nicht schnell genug gingen und von denen sie annahmen, daß sie Versammlungsbesucher waren, mit Stöcken und „energischen“ Aufforderungen bedachten. Noch losloser und zum Teil rücksichtsloser ging die Polizei am Wilhelmplatz vor. Von den blindlings auf den Bürgersteig Reitenden wurde ein Kind überritten.

Die tollste und zugleich lächerlichste Maßregel war aber die, daß lange, nachdem die Demonstranten sich zerstreut und der allergrößte Teil sich verlaufen hatte, die Friedrichstraße, anfangs vom Wilhelmplatz ab, später von der Kottstraße ab abgesperrt wurde. Sechs berittene Schutzeute an dem einen Ende, sechs zu Fuß am anderen Ende der Straße, erstere mit blankem Säbel, ein

Wald zum Lachen! Die Absperrung dieser Straße hatte gar keinen Sinn, am allerwenigsten um diese Zeit (7 Uhr). Betroffen wurde von dieser Maßregel hauptsächlich nur das sogenannte bessere Publikum, das auf jener Straße promenierte, und die Leute, die zum Bahnhof wollten.

Ergötzlich war das Stöhnen des honesten Bürgerlums, das gar nicht wußte, was eigentlich los war, als es die riesigen Menschenmassen sah und noch weniger begreifen konnte, daß die Polizei so loslos hin- und herkam und dabei die Sicherheit des Verkehrs und die des besagten besseren Publikums in oft wirklich bedauerlicher Weise gefährdete. Noch bis in die späten Abendstunden strichen berittene Patrouillen die Friedrichstraße auf und ab. Warum, wußte kein Mensch.

So ist denn die Staatsaktion der Polizei ganz elend verpufft. Wenn sie eine Wirkung gehabt hat, so die, eine große Erbitterung in der Arbeiterschaft wachzurufen und sogar das Bürgertum zu einem guten Teil gegen die Polizei aufzubringen. Ein Erfolg, mit dem die Arbeiterschaft zufrieden sein kann.

Eine vollständige Wiedergabe der eingegangenen Berichte ist bei ihrer Massenhaftigkeit ausgeschlossen. Wir müssen uns mit summarischer Zusammenfassung begnügen. Wir verzeichnen aus der

### Provinz Brandenburg

noch die folgenden Kundgebungen:  
 Starkbesuchte Versammlungen, zum Teil unter freiem Himmel, und Straßendemonstrationen fanden statt in Jüterbog (400), Velten (800, darunter ein Drittel Frauen), Ludenwalde (2500), Prenzlau (300), Sorau (1000), Kottbus (3000), Sommerfeld (800), Schwiebus (350), Spremberg (1500), Stralsburg in der Uckermark (1000 Personen).

Starkbesuchte Versammlungen sind außerdem zu verzeichnen in Rauen, Wusterhausen (250), Prignitz (800), Wilsnack, Müllrose (600), Märkin, Leitersdorf.

In Prenzlau, wo 300 Personen erschienen waren, während das einzige zur Verfügung stehende Lokal nur 80 faßt, wollte man die Versammlung in den Garten verlegen. Es zeigte sich aber, daß der überwachende Kommissar das Reichsbereitschaftsgesetz nicht kannte und nicht kennen wollte — er erklärte die Verlegung für unstatthaft und blieb bei der Auslösungsbefehle selbst dann, als ihm der Genosse Rich. Schmidt die betreffende Bestimmung des Reichsbereitschaftsgesetzes vorlas! Indessen sind die Versammelten doch zum Anhören des Referats gekommen, da der Referent von einem geöffneten Fenster des Lokales zu den im Garten Stehenden sprach.

In Prignitz hatte der Landtagsabgeordnete des Kreises, Pastor Kambor, eine briefliche Einladung mit der Bemerkung abgelehnt, in einer Versammlung unter freiem Himmel könne er nicht erscheinen. (!)

### Aus den übrigen Provinzen

verzeichnen wir noch die folgenden Meldungen:

Köln, 6. März.

Das Wahlrechtsmeeting, über das in der Extra-nummer kurz berichtet wurde, fand auf dem 8000 Quadratmeter großen Innenraum der Koblenzstraße statt. Es war gemeinsam veranstaltet von der sozialdemokratischen Partei und der demokratischen Vereinigung. Trotz der nicht sehr günstigen Veranlassung (erst am Sonnabendmorgen wurden die Plakate angeheftet), waren mehr als 20 000 Menschen dem Kampfsuf der Veranstalter gefolgt. Eine derartige Massenversammlung steht in der Geschichte der Stadt Köln einzig da. Einen wirksameren und machtvolleren Protest gegen die niederträchtige Wahlrechtsveränderung des Zentrums an dessen Hauptstift läßt sich gar nicht denken. Als Redner wirkten von sozialdemokratischer Seite Reichstagsabgeordneter Zieisch-Charlottenburg, Bernhard Müller und August Rieger-Köln, von der demokratischen Vereinigung Schriftsteller Dr. R. Dreitscheld-Berlin und Rechtsanwalt Dr. Klein-Köln. Die Genehmigung zu dem Massenmeeting unter freiem Himmel hat der Kölner Polizeipräsident zweifellos unter dem Eindruck der früheren machtvollen Wahlrechtskündgebungen der Kölner Sozialdemokratie erteilt. Unsere Genossen hielten durch mehrere hundert Ordner selbst Verleht und Ordnung in musterwürdiger Weise aufrecht. Auch auf dem Rückweg blieb die zahlreich aufgebundene Schutzmännschaft ohne Beschäftigung.

Kassel, 7. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Auf Verlangen der Polizei wurden am Sonntag während der Wahlrechtsdemonstration in den Kasernen drei Kompanien Infanterie und eine Schwadron Husaren in kriegsmäßiger Ausrüstung bereit gehalten. Den Parteisekretär Genossen Köhne wollte man verhaften, als er, dem Verlangen der Polizei entsprechend, die Volksmenge zum Auseinandergehen auffordern wollte.

Imposante Versammlungen und Straßenkündgebungen fanden statt in Elmshorn (3000), Glückstadt (700), Osnabrück (5000), Lauterberg a. Harz (700), Samml. B. (6000), Witzleben (400), Witterfeld (1000), Striegau (600), Peterwaldau (1000), Langenbielau (über 1000) und in Graudenz, wo der Demonstrationzug polizeilich genehmigt war.

Eine große Demonstration während der Arbeitszeit veranstalteten am Montag nachmittag die Arbeiter in Hanau. Von dort wird uns telegraphiert:

Um 4 Uhr nachmittags verließen circa 5000 Arbeiter geschlossen ihre Arbeitsstätten und besetzten schnell sämtliche Räume des Gewerkschaftshauses. In drei Versammlungen referierten unter lebhaftem Beifall die Genossen Rudolf-Frankfurt, Dismann-Hannau und die Genossen Gesehr-Dortmund. Dann zogen die Massen unter dem Gesang der Arbeitermarschliedchen und mit Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht durch die Straßen, überall Aufsehen erregend. Die Polizei verhielt sich reserviert.

**Verzweifelte Rechekunststücke des Herrn v. Jagow.**

Der Herr Polizeipräsident fühlt das dringende Bedürfnis, die schwere Blamage des Polizeiregiments, die ihm von allen Seiten, von dem größten Teile der bürgerlichen Presse beiseite gelassen wird — ausgenommen sind nur die Organe der krassesten Reaktion und des Scharfmachertums sowie selbstverständlich die „unparteiische“ Scharfpresse — aus der Welt zu rechnen. Er will den Eindruck, den die Schlagfertigkeit der Berliner Arbeiterschaft und die völlige Ueberumpelung der von zahllosen Spiegeln verdichtermachen schlecht berichteten Polizei in der Öffentlichkeit machen, dadurch abschwächen, daß er die Zahl der Demonstranten im Tiergarten lächerlich gering angibt. Er möchte der Welt einreden, daß nur einige Tausend Menschen demonstriert haben, um zu verurteilen, daß das Groß- und politisch interessierten Berliner Arbeiterschaft dort zur Kundgebung versammelt war, ohne daß die Polizei es voraussehen und ohne daß sie es zu hindern wußte. Nachdem schon gestern Boffis-Bureau die lächerliche Meldung hatte verbreiten müssen, daß 30 000 Menschen im Tiergarten gewesen seien, muß es sich heute zur Publizierung des folgenden Sagenmaleins hergeben:

Berlin, 7. März. Die heute morgen verbreiteten Nachrichten, daß etwa 150 000 bis 200 000 Personen an dem Demonstrationzug im Tiergarten teilgenommen haben, sind stark übertrieben. Der Zug hatte eine Ausdehnung vom Kleinen Stern bis zum Reichstagsgebäude, d. h. von circa 1500 Metern. Jede Reihe, in einer Breite von höchstens 5 Mann, benötigte einen Raum von einem Meter (beim Militär rechnet man 1,20 Meter), so daß an dem eigentlichen Zuge etwa 7000 Personen teilgenommen haben. Rechnet man nun die den Zug links und rechts begleitenden Reuegierigen pro Reihe und Abstand mit 10 Mann und 1 Meter, so ergeben sich 15 000 Personen, zusammen also über 20 000 Personen.

Das kostbare Exempel ist offensichtlich bestimmt, die Probierpresse zu täuschen, die nicht weiß und nicht ohne weiteres wissen kann, daß der Zug vom Kleinen Stern bis zum Reichstagsgebäude nur einer unter vielen war! Um die Schätzung der anderen drückt sich die famose Rechnung scheinbar herum! Der Grund ist leicht zu erkennen.

Die Zahl von 150 000 Demonstranten ist selbstverständlich nur eine ungefähre Schätzung, die nicht auf solchen Wertmaßstab beruht wie die obige Polizeirechnung. Aber sie hat bessere Stützen — sie gründet sich auf die Beobachtungen der Teilnehmer an den ursprünglichen Sammelstellen und sie trifft außerdem zusammen mit den Schätzungen bürgerlicher Augenzeugen, die bei ihrem Urteil weniger interessiert sind als die Polizei.

Noch gedulden wir uns, Herr v. Jagow, der jetzt die Zahl der Demonstranten nicht niedrig genug angeben kann, wird nachträglich die Angaben der Sozialdemokratie schon noch als richtig anerkennen. Hat er doch in seinen Warnungen vor dem Spaziergang im Treptower Park zugegeben, daß am 13. Februar in Berlin 200 000 Demonstranten auf den Weiden waren, während er uns am Tage der Demonstration nur 100 000 zubilligen wollte.

**Noch ein Wahlrechtsprozeß.**

Gegen den demokratischen Schriftsteller v. Gerlach hat die Berliner Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Aufreizung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und zum Ungehorsam gegen Gesetze eingeleitet. In einem Artikel der „Welt am Montag“ vom 21. Februar soll das Vergehen begangen worden sein.

**Eine Entschädigungsklage gegen den Polizeipräsidenten.**

Die Gastwirte im Treptower Park, denen die Polizei am Sonntag das ganze Geschäft verborben hat, wollen gemeinsam den Polizeipräsidenten auf Entschädigung verklagen. Sie schätzen den erlittenen Schaden auf mehrere zehntausende Mark!

**Die Sistierte in Berlin.**

Nach polizei-offiziöser Angabe beträgt die Zahl der am Sonntag Sistierte 70, davon kommen auf Berlin 50 und Treptow 20. Alle Sistierte wurden nach ihrer Vernehmung bis auf einen wieder entlassen. Dieser wurde der Staatsanwaltschaft angeführt, weil er wohnungslos war.

Verletzungen haben nach derselben Quelle zehn Personen davongetragen.

**Konservative Gehe.**

Die konservativen Organe fahren fort, den Berliner Polizeipräsidenten und auch die Polizeibehörden der anderen Orte zu strafbaren Vorgehen aufzuheben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die „Post“, die „Deutsche Tageszeitung“ und andere dergleichen Organe, die nach Limans Bekundung mit einem „geistig schwerfälligen“ Reserfreis zu tun haben, entnehmen der konservativen Korrespondenz einen langen Artikel, betitelt: „Polizeibehörde und Rasendemonstrationen“. Des langen Artikels kurzer Sinn ist eine Wiederholung der Rechtsausführungen, mit denen der Polizeipräsident in seinen berühmten Ufaten eine so zwerchfellerschütternde Wirkung hervorgerufen hat. Nach § 10, Teil II, Titel 17 — so wird in dem Artikel ausgeführt — ist es das Amt der Polizei, die nötigen Anhalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder den einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahren zu treffen. Die Polizei habe danach das Recht und die Pflicht, einzuschreiten, wenn Tatsachen vorliegen, die es wahrscheinlich machen, daß strafbare Handlungen begangen werden sollen. Wie beweist der Artikel, daß solche Tatsachen vorgelegen haben? Das altweiberliche Argument, das sei „zweifellos“, soll den Beweis ersetzen. Nach dieser albernsten Tölpelspielerei wird dann eine Demonstration und ein „Spaziergang“ in goldener Rücksichtslosigkeit gegen die übereinstimmenden Entscheidungen des höchsten preussischen und sächsischen Gerichts für eine „Versammlung“ erklärt. Auch leitet die Entscheidung wieder, die Umgehung einer strafbaren Handlung sei eine strafbare

Handlung. Diese Zusammenstopplung reicht dem Verleumdungsreiber für seine Schlussfolgerung hin: es müsse der Polizeipräsident und alle Behörden einschreiten, um alle „ungefährlichen“ — soll heißen von Sozialdemokraten zu veranstaltenden — Aufzüge „mit mutiger und unbedingtem Energie verbieten“. Wenn der Polizeipräsident den suggestiven Wirkungen des Galimatias der reaktionären Presse unterlegen ist, so erweist er als gerechte Strafe den Spott der ganzen Welt. Den konservativen Hebern aber fehlt der gute Glaube. Die „Nordd. Allg. Ztg.“, die „Post“, die „Deutsche Tageszeitung“ wissen, daß ein Spaziergang und eine Demonstration keine Versammlung ist und daß die Umgehung einer strafbaren Handlung keine strafbare Handlung ist. Ihre Aufforderung stellt sich also als eine freche Verhöhnung der Gesehe und als eine schamlose Aufforderung an die Polizei auf, sich öffentlich zusammenzutreten und mit bereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen Personen zu begehen, die harmlos spazieren gehen und für ihre politische Ansicht demonstrieren. Das ist klare Aufforderung und Anstiftung zum Bandfriedensbruch und zum Mißbrauch der Amtsgewalt. Der Artikel erwähnt, daß die Polizeibehörde verpflichtet ist, jede strafbare Handlung zur gerichtlichen Verfolgung zu bringen. Der Leser des Elborais der konservativen Korrespondenz mühte demnach erworten, daß die Polizeibehörden wegen der beiseite gelassenen gerichtlichen Aufforderung zu den schwersten strafbaren Handlungen gegen die „Korrespondenz“ und die genannten konservativen Prehorgane vorgehen werde. Da wir aber in Preußen leben und der Polizeipräsident von den Konservativen als gehorhtames Ausführungsglied der konservativen Hebereien betrachtet wird, wird diese Folge, die allein den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen würde, schwerlich eintreten.

**Die Jagow-Blamage im Spiegel der Presse.**

Die liberale Presse der Reichshauptstadt ist ehrlich genug, der Berliner Sozialdemokratie den glänzenden Erfolg des gestrigen Wahlrechtssonntag ebenso ungeschmälert zu attestieren, wie Herrn Jagow, dem Berliner Polizeipräsidenten, die ebenso verdiente wie unteilbare Blamage! Und nicht nur die liberale Presse urteilt so, sondern selbst ein konservatives Blatt, wie der „Reichshote“, gibt seiner Bewunderung für die glänzende Disziplin des Berliner Proletariats und seinen Triumph über die trotz aller Beispielungsverfuche so ohnmächtige Polizei unverbohlensten Ausdruck!

Was verschlägt es demgegenüber, daß die Polizeischmudd das gänzliche Fiasko der polizeilichen Vorsehrungsmaßregeln durch den kläglichen Schwund zu beschönigen suchen, daß die Wahlrechtsdemonstranten im Tiergarten nur 30 000 Köpfe stark gewesen wären! Tröste das wirklich zu — um wieviel lächerlicher würde dann der Feuerreifer wirken, mit dem die Polizeibehörde durch ein Massenaufgebot ihrer Mannschaften die Wahlrechtsparadiergänger zu zerstreuen bemüht war. Um wieviel lächerlicher nähme sich dann der tausendköpfige Polizeifeldzug aus, durch den man noch in der vierten und fünften Nachmittagsstunde, nachdem die Demonstration längst ein freiwilliges Ende gefunden, die Linden, das Schloß und die sämtlichen dorthin mündenden Straßen absperrte — nicht gegen Demonstranten, sondern gegen die unschuldigen Straßenpassanten und die harmlosesten Spießer! Mit nicht geringer Bewunderung nahm man noch gegen 1/2 Uhr wahr, wie nicht nur öffentlichen Häusern, sondern auch Privatgebäuden, z. B. dem Geschäft von Rudolph Seryog, 50 bis 60 Köpfe starke Polizeiwachen entfielen, die dort auf der Lauer gelegen hatten, um — gleich wie es im Tiergarten der Fall gewesen war — das friedliche Straßenbild in Szenen der Verwirrung und der Brutalität zu verwandeln!

Und wenn der Wahlrechtsparadiergang der Berliner Sozialdemokratie faktisch so kläglich mißglückt wäre, wie das die journalistischen Achtgroßentungen der Polizei behaupten — warum dann die Aufregung der Scharfmacherorgane, warum die tobstüchtige Gehe der Funferklärer, noch schärfer und blindwütiger gegen die friedlichen Massen vorzugehen? Bozu dann die scharfmacherische Aufreizung der Presse des Schlot- und Krautjunkertums zu rücksichtslosestem Dreihauen, zum Dreinschießen, zum sinnlosen Blutvergießen? Weil das Scharfmachergefinde merkt, daß die Kundgebungen des Volkes ein ganz vortreffliches Mittel sind, auch die Indifferentesten aufzurütteln und auf das schmachvolle Treiben der Wahlrechtsfeinde aufmerksam zu machen, darum die bis zur Tobsucht gesteigerte Wut unserer Scharfmacher, die gar zu gern Polizei und Soldateska gleich einer Herde deliranter Amokläufer gegen das Volk loslassen möchten!

Schade nur, daß selbst die dienstbesessenen Handlanger unserer Scharfmacher denn doch nur zu begründeten Bedenken tragen, die Empörung aller anständigen Elemente des Volkes noch mehr aufzustacheln, als dies durch die unerbörten Erzeße eines Teiles der Schulente ohne hin geschehen ist!

**Die freisinnig-demokratische „Volkszeitung“ urteilt:**

Ein Bild von imponierender Würde auf der einen, von überwältigender Komik auf der anderen Seite — das war das Ergebnis des gestrigen Sonntags in Berlin: Auf der einen Seite 100 000, vielleicht auch 150 000 Männer der erwerbstätigen Bevölkerung Berlins als Demonstranten gegen die Bethmannsche Wahlrechtsreformkarikatur: ein großer, ernster, sittlicher, kulturfreundlicher Gedanke belebt diese Massen; ein wunderbarer Ordnungssinn, eine erstaunlich exakte Disziplin leitet ihre Schritte. Der Anblick dieser jeden Vaterlandsfreund mit Stolz erfüllen

Aber die großartige politische Schulung, die darin steckt; mit Stolz darüber, daß diese Massen es als eine Schmach empfinden, sich wie Heloten behandeln lassen zu müssen. In ihnen blüht sich der tiefverlehte Gerechtigkeitsinn auf gegen die preussische Junkerherrschaft, die immer rücksichtsloser die Interessen des Volkes mißachtet. Auf der anderen Seite eine Polizeigewalt, der heute das homerische Gesähter der ganzen gebildeten Welt sicher ist: eine bis auf die Knochen blamierte Polizeiwelchheit, die nicht bloß der großen Bewegung eines empörten Volkes verständnislos gegenübersteht, sondern die sich sogar in den Mitteln vergeistert, um diese ihre Verständnislosigkeit praktisch wirksam zu machen; eine Polizeimacht, die an den gepriesenen Herrlichkeiten ihres eigenen wunderbaren Systems in erschütternd heiterer Weise scheltert: Die oft hat man und im Parlament erzählt, das unanständige, von jedermann verachtete Spiegeltreiben sei für eine geordnete Polizei unentbehrlich: Jetzt hat auch

diese unentbehrliche Stütze des Systems versagt. Am Sonnabendabend stand es fest — und es mußten bereits Tausende von Berliner Arbeitern davon — daß sich die Wahlrechtsparadiergänger ein anderes Ziel ausgesucht hätten als den Treptower Park: keiner der auserwählten Spiegeltreuwänner der Polizei hatte davon Wind bekommen; keiner konnte im Hauptquartier der Polizeimacht eine Aenderung im Schlachtplan herbeiführen. Der riesige Geldauswand, der jahraus, jahrein für den unfaubersten Spionagedienst gemacht wird, hat sich gestern als zwecklos erweisen.

**„Berliner Tageblatt“**

Die Berliner Wahlrechtsparadiergänger haben sich gestern tabellos benommen. Man darf ihnen selbst und ihren Führern dazu gratulieren. Ist es gestern, wo allein im Tiergarten nicht weniger als 100 000 Menschen demonstrierten und wo auf den übrigen Straßen und öffentlichen Plätzen sich mindestens noch einmal die gleiche Zahl demonstrierender Spaziergänger eingefunden hatte, auch nur einen Augenblick zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gekommen? Durch die Spaziergänger gewiß nicht; eher noch durch die Polizei. Jeder Herr im Zylinder, jede Dame mit ihren Kindern hätte sich unter die Demonstranten mischen können, ohne auch nur mit rohen Worten belästigt zu werden. Die „Ordnung“ verhinderten jede Ungehörigkeit. Sie schafften auch den Equipagen und Automobilen Platz; sie sorgten dafür, daß der Rasen des Tiergartens nicht betreten wurde. Selbst Herr v. Jagow wird zugeben müssen: „Einfach musterhaft!“ Wenn man gar den Begriff der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit dem Verschlagen von Spiegeltreibern, mit dem Plündern von Väterläden und Juwelierauslagen in Verbindung bringt, dann darf man sagen, daß gestern keinem Menschen der Gedanke gekommen ist, als seien derartige Ausschreitungen zu befürchten. Ja, wir sind selbstverständlich davon überzeugt, daß, wenn gestern die Polizei sich völlig von der Straße zurückgezogen hätte, auch nicht ein einziger belangenswerter Zwischenfall sich ereignet haben würde.

**Die fürchten, daß der einmütige Wahlrechtschrei aus hunderttausend Kehlen**

gestern nur ganz aus der Ferne zu den Ohren des Herrn v. Bethmann-Hollweg gedrungen ist. War doch die Wilhelmstraße von der Leipziger Straße bis zu den Linden durch Schumannsletten sorgsam abgesperrt. Aber Herr v. Bethmann-Hollweg liebt offensichtlich wenigstens Zeitungen; und dann muß er wissen, daß gestern halb Berlin auf den Weiden war, um gegen seine jämmerliche Wahlrechtsvorlage und ihre Verhöhnung durch den schwarzen Wolk zu demonstrieren, und daß die andere Hälfte der Berliner Bevölkerung mit den Wahlrechtsparadiergängern harmonierte. Er wird auch wissen, daß sich die Wahlrechtsdemonstrationen über die ganze preussische Monarchie erstreckten, daß in Potsdam und Brandenburg, in Magdeburg, Halle und Erfurt, in Borsich, in Königsberg, in Danzig, in Stettin, in Altona, in Hannover, in Bochum und Hagen, in Essen und Köln und Düsseldorf, in Kassel und in hundert anderen Orten gestern Tausende und Abertausende für das freie Wahlrecht demonstrierten. Vielleicht hat er den Mut, allen diesen Kundgebungen zu trotzen und mit Hilfe der Polizei die Ruhe des Friedhofs in Preußen zu schaffen. Aber er soll sich diese Aufgabe nicht zu leicht vorstellen. Denn er setzt sich damit nicht bloß einer einzelnen Partei, sondern dem Gesamtwillen eines mächtigen Volkes entgegen, das der Wängelung durch eine kurzfristige Regierung müde ist.

**Der „Reichshote“**

bedauert zwar aufs lebhafteste, daß man den „Vorwärts“ seit Wochen und Monaten zu Aufrührerversammlungen hegen ließ, ohne daß etwas dagegen geschah“, er ersehnt also offenbar eine Unterdrückung der Pressefreiheit, aber er ist wenigstens so ehrlich, die Disziplin und die vortreffliche Organisation der Sozialdemokratie anzuerkennen. Er sagt u. a.:

Die tiefste Ursache dieser Vorgänge ist der Einblick in die krasse Organisation der Sozialdemokratie, die an einem Reg geheimer Fäden hängt, so daß über Nacht eine vertrauliche Parole geräuschlos durch die Millionenstadt fliegen und hunderttausend Menschen lautlos nach einem bestimmten Punkte und nach einem festen Plane dirigieren kann. Den Einblick in diese Organisation hat uns der gestrige Sonntag gegeben, und uns auch gezeigt, daß die menschliche Gesellschaftsordnung dieser Organisation nichts Aehnliches entgegenzusetzen hat. Wir sind gewiß keine Freunde vom politischen Spiegeltum; aber der Vorgang zeigt doch, daß unsere politische Polizei ohne jede Fühlung mit der sozialdemokratischen Geheimorganisation ist. Für die bürgerlichen Parteien ist die Erkenntnis dieser Geheimorganisation ein mehr als ernster Spiegel ihrer eigenen Ohnmacht. Keine andere Partei kann auch nur annähernd mit ähnlicher Sicherheit auf ihre Gesellschafter zählen, keine von ihnen hat auch nur lose Fühlung mit ihren Gesinnungsgenossen. Wieviel ihnen von einer solchen fehlt, das hat der gestrige Sonntag gezeigt. Die Presse aber, die seit Wochen demüht ist, der Sozialdemokratie Wind in die Segel zu liefern, die mit dem Aufwande ihrer ganzen Lungenkraft ununterbrochen die Herrschaft des Volkswillens gepredigt hat und nun auch den „gewaltigen Siegeszug“ der Sozialdemokratie mit den lieblichsten Melodien verherrlicht, sollte ihr nicht doch endlich die Erkenntnis aufdämmern, an welcher verheerenden Flamme sie schürt?

Um effliche hundert Prozent unanständiger und dümmmer ist die Auslassung der ultramontanen

**„Märkischen Volkszeitung“:**

„Die Sozialdemokratie hat gestern in zahlreichen Städten für das freie Wahlrecht demonstriert. An der Erreichung des Zieles liegt der Sozialdemokratie bitter wenig, wie wir in einem weiteren Artikel näher beleuchten werden, ihr kommt es allein auf die Gehe an. Die Demonstrationen sind der Sozialdemokratie das Mittel, um die Massen zur Revolution zu erziehen. Hat man das Volk erst so weit, daß es instande ist, nach einem gegebenen Befehle in kürzester Frist Demonstrationen ins Werk zu setzen, dann wird es der bewaffneten Macht bald unmöglich werden, immer rechtzeitig zu deren Verhinderung zur Stelle zu sein. Von diesem Zustande bis zu revolutionären Taten ist nur noch ein kurzer Schritt.“

Eine Taktik, würdig der niederträchtigen Handlangerdienste, die der Schnapsblod-Verbündete unserer Agrarier, das Zentrum, den Junkern bei der Wahlrechtsverweigerung geleistet hat! Erst verrät das Zentrum die Rechte des Volkes, erst hintertreibt es selbst die geringfügigsten Verbesserungen des elendsten aller Wahlsysteme — und dann denunziert es die „Revolutionäre“ als gewalttätige Umstürzler unserem ohnehin nach einem großen Ueberlaß lästernen Scharfmachertum!

In dieser lässlichen Tendenz vermag selbst das Organ Annon-Dertels, die

### „Deutsche Tageszeitung“

die Demunziationen des frommen Zentrumsblattes nicht zu überbieten. Höchstens, daß bei den Ergüssen der durch den Schnapsbottich und seine erfreulichen Erfolge besonders gereizten Fasel-Triarier die unverkämte Verhöhnung der Massen und die Aufspaltung der Polizei zum Vergleichen von Bürgerblut noch unverblichener zu Tage tritt:

Der „Spaziergang“ der Sozialdemokraten am gestrigen Sonntag wird in einer besonderen Ausgabe des „Vorwärts“ und in der Montagsausgabe des „Berliner Tageblatt“ als Gott weih was für eine imposante Demonstration dargestellt. Der „Vorwärts“ macht sein Geschäft dabei, denn die einzelnen Nummern verkauft der Strohhändler für 10 Pfennige und noch mehr, und das „Berliner Tageblatt“ kann seiner maochistischen Neigung zu den Genossen mit Jubel nachgehen. Das ist aber auch alles. Denn — wie wir an anderer Stelle berichten —

### diese plärende, johlende Gesellschaft

gewiß nicht, die da gestern den Tiergarten mißbrauchte. Im Gegenteil. Die Laugelüste und die vergnügliche Reugier der unbeteiligten Zuschauer wurde nur selten unterbrochen, und dann so, daß der Eindruck alles anders als imposant war. Als z. B. fünf berittene Schulleute die Rampe vor dem Hauptportal des Reichstages säuberten und ein einzelner Polizist die Freitreppe darüber von den etwa 100 Demonstranten freimachte, indem er sich nur zeigte, da gab es nichts Imposantes. Die Leute von der Rampe rissen aus wie Schafleder, fürchten die gerade vorüberfahrenden Straßenbahnwagen und machten, daß sie nach Hause kamen. Und die andern taten es ihnen nach, sobald die Schutzmännchens sichtbar wurden. — Wer gestern in Berlin die „Demonstrationen“ mit angesehen hat, wird sich nicht verhehlen können, daß die Sache einen kindischen, fast lächerlichen Eindruck machte. Zu oft dürften die Genossen derartige Kundgebungen nicht veranstalten, sie wissen ganz genau, daß sie sonst dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen würden. Trotzdem darf man niemals vergessen, daß auch in diesem „kindischen Spiele“ der tiefe Sinn des Einzergierens für die Revolution liegt.“

Zu diesen höhnischen Provokationen, durch die unsere Schnaps-Triarier die Arbeiter so gern zum Widerstand gegen die Polizei aufreizen möchten, um auf diese Weise den Vorwand für ein allgemeines Blutbad zu haben, passen ganz ausgezeichnet die Schilderungen, die Angehörige des Bürgerlagers über

### Skandalöse Polizeitaten

im „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht. Wir geben davon die folgenden Schilderungen wieder:

Gestern nachmittag wurde am Bahnhof Treptow eine wehrlose Dame, die Gattin eines angehenden Berliner Kaufmannes H. aus der Nietenstraße, ohne jeden Grund durch

### Faustschläge in das Genick niedergeschlagen,

daß sie bewußtlos liegen blieb! Der Gatte der mißhandelten Dame, Kaufmann H., begab sich mit seiner Frau vom Bahnhof Groß-Görschenstraße nach dem Bahnhof Treptow, um von dort nach dem Jemmerischen Restaurant mit einigen Familien den Kaffee einzunehmen. Als Herr H. mit seiner Gattin aus dem Bahnhofsportall kam und die fast menschenleere Chaussee nach Treptow gehen wollte, fanden sie den Weg von dreißig bis an die Nähe des bewachten Schutzeinstiegs verstellt. Plötzlich ertönte das Kommando des Polizeileutnants „Los“, und die Polizisten stürzten sich mit gezogenen Säbeln auf die nichtahnenden Spaziergänger und drängten diese nach der Schlesienschen Brücke zurück. Herr H., der von der Polizei verursachten Menschenansammlung ausweichen wollte, wollte in ein auf der anderen Seite der Straße belegenes Restaurant gehen, und seine Gattin hat den Schutzmännchen in der liebenswürdigsten Weise, sie nach dem Restaurant, deren Eingang gleichfalls durch die Polizei gesperrt war, durchzulassen. Ehe es sich die Dame versah und ohne jede Veranlassung gab der Schutzmännchen ihr mit der gehaltenen Faust zwei wuchtige Hiebe in den Nacken, so daß sie ohnmächtig zusammenbrach. Die Stimmung der Menge wurde durch diesen Vorfall sehr erregt, aber noch ehe die Spaziergänger — es waren keine „Demonstranten“, denn die waren um diese Zeit bekanntlich im Tiergarten — eigentlich wußten, was geschah, wurden sie von Pferdefüßen und Polizeisäbeln wie eine Herde Strafgefangener zurückgetrieben. Die geschlagene Dame wurde von ihrem Gatten in ein in der Nähe befindliches Stübchen gebracht. Nach vieler Mühe und nach Verabreichung von Medikamenten kam die Dame wieder zu sich und mußte sich sofort nach Hause begeben, wo sie heute noch an den Polizeihieben zu leiden hat.“

Von einem früheren Beamten wird uns geschrieben: „Gente mittag gegen 1 1/2 Uhr kam ich von der Potsdamer Straße, wo ich Einkäufe gemacht hatte, durch die Königsgräber Straße, um bei dem schönen Wetter im Tiergarten noch einen Spaziergang zu machen. Ich nahm an, daß hier keine Beobdemonstrationen vorgenommen wurden, weil sie in Treptow vor sich gehen sollten. In einiger Entfernung vom Brandenburger Tor sah ich größere Schutzmännchen aufgebote; um hier nicht zu kollidieren, ging ich schräg zum Königsplatz, um diesen zu überschreiten.“

Von der Berne sah ich auf der Anfahrt zum Reichstagsgebäude große Menschenmengen, die sich ruhig und würdevoll bewegten, wie überhaupt bei den großen Mengen, die auf der Plattform des Siegesdenkmals und neben diesem standen, ein ganz ordnungsmäßiges Betragen. Plötzlich säuberten berittene Schulleute in die Menge zum Reichstagsgebäude und in die liegenden Menschenmengen hinein. Während ich dies vom Königsplatz beobachtete, tauchten auch hier berittene Schulleute auf und trieben in scharfem Schritt ihre Pferde in die Mengen hinein, die nirgends hinkommen, weil sie von mehreren Seiten angegriffen wurden. Ich trat von der Straße auf den Rasen, der mit einer eisernen Umfassung umgeben war, und lehnte mich ruhig gegen einen hier stehenden Baum, um so dem Umgerittenwerden zu entgehen, auch eine Dame trat herüber. Ein Schutzmännchen sprengte hinterher und

### ritt sie nieder.

Jetzt wurde ich aufgefordert, sofort meinen Platz zu verlassen, dies lehnte ich wegen der für mich bestehenden Gefahr ab, dann kam wutschnaubend ein junger Polizeileutnant und forderte mich noch energischer auf, meinen Standort zu verlassen. Als ich ihm klar machen wollte, daß ich mit meinen 60 Jahren wählte, was ich täte, um so mehr, als ich ein Lebensalter selbst Beamter war, fuhr er mich an mit den Worten: „Lassen Sie mich mit Ihren Redensarten in Ruhe und scheren Sie sich dort weg.“

Da sich inzwischen das Menschenmeer etwas verlaufen hatte, gelang es mir, einen Straßenbahnwagen zu erreichen. Ich bin über das Geschehene und selbst Erlebnis böllig konsterniert, man mag über diese Volksansammlungen denken wie man will, jedenfalls war das Betragen der Mens. musterhaft und würdevoll, und ich

glaube auch nicht, daß die Rampe und Treppe zum Reichstagsgebäude Schaden gelitten hätten, wenn man diese Menschen dort lieh. C. Schulz, Stationsvorsteher a. D.“

Bittere Beschwerde führte ein Kaufmann aus Charlottenburg heute auf unserer Redaktion über die Art und Weise, wie er gestern in Treptow festgesetzt wurde. Der Vorgang spielte sich folgendermaßen ab: Eine vornehm gekleidete Dame trat auf einen Polizeioffizier zu und bat ihn um Auskunft, wo die Puderstraße liege. Als Antwort erhielt die Dame: „Scheren Sie sich zum Teufel, ich gebe solche Auskunft nicht!“ Aus Empörung über diese unerhörte Behandlung warf sich jener Kaufmann ins Mittel. Er stellte den Offizier zur Rede, hatte aber ebenso wenig Glück. Als der Offizier dann drohte, die Dame abführen zu lassen, falls sie nicht sofort von allein geht, rief der Kaufmann dem allzu-schneidigen Leutnant zu: „So sehen Sie auch aus, daß sie eine Dame verhaften!“ Daraufhin wurde der Kaufmann selbst festgesetzt. In geradezu bestialischer Weise erfolgte diese „Heidentat“. Nach seiner eigenen Angabe wurde der Festsetzte von den Beamten mit Füßen gestoßen und

### mit Hänseln bearbeitet,

so daß er heute einen Arzt aufsuchen mußte. Ausdrücke wie „Du elender Hund“, „man mühte Dich eigentlich überlegen und mit der Plemppe ein über den Schädel geben“... mußte der Mann ruhig entgegennehmen, um nicht von neuem gepeinigt zu werden. Erst nach anderthalb Stunden wurde er wieder freigelassen...“

## Der erste Parteitag der „Fortgeschrittenen Volkspartei“.

Die „Fortgeschrittliche Volkspartei“, die Partei der geeinigten drei freisinnigen Gruppen, hielt am Sonntag im Wintergarten des Zentralhotels zu Berlin ihren ersten Parteitag ab. Es wurden dabei von zahlreichen Parlamentariern allerhand schöne Festreden gehalten, doch bewegten sich diese Reden allzusehr auf dem Gebiete jener liberalen Phrasologie, die auch bloßer schon im Freisinn allzusehr die liberalen Taten überwucherte und den „entschiedenen Liberalismus“ bei den Massen in so argen Mißkredit gebracht hat.

Herr Müller-Reiningen führte zwar ganz richtig aus, daß der Freisinn infolge seiner schwächlichen Regierungspolitik der Gefahr der Erdrückung nahe gekommen sei. Statt hieraus jedoch die Lehre zu ziehen, daß der Freisinn künftighin eine energische und zielbewusste demokratische Politik zu treiben habe, erklärte Herr Müller-Reiningen, daß der Freisinn die Erhaltung guter Beziehungen zur nationalliberalen Partei erwarte! Wenn der Freisinn wirklich auf die Erhaltung guter Beziehungen zum Nationalliberalismus Gewicht legt, würde er stets von neuem Gefahr laufen, einer „schwächlichen Regierungspolitik“ zu verfallen.

Für die Volkspartei nimmt es sich auch einigermassen verwerflich an, wenn derselbe Redner erklärte, daß eine Politik verwerflich sei, die „nach Popularität und Wählerfang lauge“. Popularität braucht wahrhaftig nicht in einem verlogenen Wählerfang zu bestehen, kann vielmehr, wie ja die Sozialdemokratie beweist, durchaus begründet sein in der ehrlichen Vertretung der Interessen der breiten Volksschichten! Es wäre deshalb entschieden besser, wenn die Fortschrittliche Volkspartei künftighin mehr Wert auf die Gewinnung der Sympathien der breiten Volksmassen legte, als auf die Erhaltung guter Beziehungen zur nationalliberalen Partei.

Besser klingen schon die Ausführungen der Herren Wiemer und Payer über die Stellung des Freisinn zum Wahlrecht. Herr Wiemer erklärte, daß die Fortschrittliche Volkspartei das Stimmwert der Regierungsvorlage ebenso wie das Stimmwert der Kommission ablehne. Und Herr Payer meinte, daß die ganze innere Entwicklung Preußens an dem preussischen Wahlrecht kranke. Es werde die Aufgabe des Freisinn sein, das durchzusehen, was die Kämpfer der 40er und 60er Jahre nicht gebracht hätten.

Noch besser freilich wäre es gewesen, wenn sich der Parteitag endlich klar darüber geäußert hätte, daß die bisherige freisinnige Taktik im Wahlrechtskampf eine verfehlte gewesen ist und daß der Freisinn besser getan hätte, schon vor Jahren den Mahnungen der Sozialdemokratie zu folgen und sich der großen Volksbewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht mit der äußersten Energie anzuschließen! Hat doch das Schicksal der Wahlreform gerade in diesen letzten Monaten und Wochen bewiesen, wie wenig Hoffnung vorhanden ist, eine wirkliche Wahlreform innerhalb des Dreiklassenparlamentes und mit Hilfe unserer reaktionären Regierung und des Herrenhauses durchzuführen. Hätte der Freisinn bereits vor Jahr und Tag gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Wahlrechtsanfaren erschallen lassen, hätte er statt sich damals noch der abgeschmackten Illusion einer konföderal-liberalen Paarung hingeeben, gemeinsam mit der Sozialdemokratie allen reaktionären Wahlrechtsfeinden, konservativen Junkern sowohl wie dem verheuchelten Zentrum, den Krieg angejagt, so stünde es heute besser um die Wahlreform!

Aber wir würden die Unterlassungssünden des Freisinn in der Vergangenheit gern vergessen, wenn er nur jetzt durch sein Verhalten begründete Hoffnung böle, sich jemals zu einer wirklichen bürgerlichen Demokratie zu entwickeln. Eine solche Hoffnung ist aber trotz aller schönen Redesphären der Payer, Wiemer, Müller-Reiningen so un begründet wie je!

## Der englische „Sozialliberalismus“.

L. London, 6. März. (Fig. Ber.) Von der letzten konservativen Regierung wurde gesagt, daß sie an der vielen Taktik gestorben sei. Dasselbe läßt sich von dem „Sozialliberalismus“ sagen, der überdies auch noch in der Taktik geboren wurde. Er entspringt der Erwägung, daß man, um die Lords, den Feinden der Unterrichts- und Schankvorlagen, heilsamen zu können, das arbeitende Volk gegen sie mobil machen mühte. Dies sollte durch die Inangriffnahme einer durchgreifenden Sozialpolitik geschehen, der sich die Lords jedenfalls widersetzen würden, und die auch noch für die liberale Partei den Wind aus den Segeln nehmen würde. Daß diese taktischen Erwägungen teilweise gut begründet waren und daß sie Erfolg gehabt haben, kann nicht geleugnet werden, wenn sich auch die Urheber dieser Politik wahrscheinlich größere Erfolge versprochen haben. Man kann jedoch jetzt feststellen, daß es der liberalen Partei gelungen ist, einen großen Teil der englischen Arbeiterschaft an sich zu fesseln und die Frage des Hauses der Lords zur Haupttagsfrage zu machen. Mit der Erreichung dieses Zieles fällt auch die Notwendigkeit einer Sozialreform. Die Verprechen, die die sich radikal gebärdenden liberalen Wortführer im letzten Jahre der Arbeiterschaft machten, sind vergessen. Das Budget, das im kommenden Finanzjahre

die Mittel für den Ausbau der Altersrenten, die Einführung der Arbeitslosenversicherung und die Inangriffnahme großer nationaler Arbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit liefern sollte, ist in die ungewisse Ferne gerückt, wenn nicht gar fallen gelassen worden. Die Sozialreform, so heißt es, kann erst wieder angefangen werden, wenn die Frage der Lords entschieden ist, wenn den Lords das Recht über Leben und Tod einer liberalen Maßregel zu entscheiden, genommen worden ist. Das bedeutet natürlich das Ende der Sozialreform; denn die Frage des Hauses der Lords ist ein Programmpunkt, von dem die liberale Partei Englands gehen muß, solange wie es eben geht; sie bildet den einzigen Punkt im eigentlichen liberalen Programm, für den eine Volksmajorität vorhanden ist.

Nach den Ereignissen der letzten Wochen scheint es am Plage zu sein, einmal der Frage näherzutreten, ob es sich denn der englischen Arbeiterschaft verlohnt, den jetzigen Kampf gegen die Lords weiter mitzumachen. Die Erklärung des Premierministers in der Adreßdebatte hat den guten Glauben des Volkes an die Ehrlichkeit der Liberalen tief erschüttert, und die Konzeption, die letzten Montag den energischen Elementen in der Anti-Lords-Majorität gemacht worden, sind auch nicht derart, daß sie für die Sache der Arbeiterschaft viel Gutes versprochen. Der Kampf gegen die Lords mit papiernen Resolutionen gehört zu dem alten liberalen Melodrama, bei dem sich die Lloyd George und Churchill in die Brust werfen können und den schwarzen Schurken von einem Lord denungieren. Die Szene endet dann wie auf der Bühne: Schurke und Held sitzen hinter den Kulissen und trinken ihren Schoppen zusammen. Auch ist nicht zu vergessen, daß die Einführung der Reform des Oberhauses in das liberale Programm der ganzen Frage eine andere Wendung gegeben hat. Die Reform des Oberhauses bedeutet eine Stärkung desselben, und die Absicht, dem Oberhause einen pseudodemokratischen Charakter zu verleihen, macht die Sache nur noch schlimmer. Hier kann die englische Arbeiterschaft unmöglich mitmachen.

Wegen dieser seichten liberalen Verfassungspolitik die Regierung zu unterstützen, scheint heute recht unangebracht. Von dem liberalen Dornenstrauch sind keine Trauben zu erwarten. Die englische Arbeiterpartei wollte die erste Gelegenheit benützen, um sich von dieser ohnmächtigen Regierungspolitik loszusagen und sich mit aller Gewalt auf die Sozialpolitik werfen, was auch immer aus dem verführten Feldzug gegen die Lords werden möge. Der Sozialreform sind die Lords nicht so gefährlich, wie es die Liberalen darzustellen beliebten. In den letzten vier Jahren haben die Lords das Alterspensionsgesetz, das Achtfundenzgesetz für den Bergbau und viele andere ähnliche Gesetze von geringerer Bedeutung bewilligt, zwar nicht aus Liebe zum Volke, sondern aus Furcht vor dem Volke. Von den Lords droht der Sozialpolitik die geringste Gefahr; denn die Herren wissen, daß eine wirkliche Volksbewegung, die durch eine Handlung des Oberhauses gegen ein die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes tief berührendes Gesetz hervorgerufen, sie wie die Spreu vor dem Winde hinwegwürde.

Die Hauptaufgabe der englischen Arbeiterbewegung mühte jetzt die sein, die sozialpolitischen Projekte, die der Sozialliberalismus ungewisselt populär gemacht hat, nicht einschlafen zu lassen und systematisch zu propagieren, ehe die Taktiker der liberalen oder der konservativen Partei Zeit haben, sich ihrer wieder für ihre Mandate zu bemächtigen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März 1910.

### Flottenpolitik und deutsch-englische Beziehungen.

In Fortsetzung der Generaldebatte über den Marineetat, die heute im Reichstage zu Ende ging, brachte zunächst der freisinnige Abg. Dr. Struve eine Fülle von Einzelbeschwerden vor, die meist wohl auf örtliche Erhebungen in Kiel zurückzuführen sind. Auch Struve wie später sein Fraktionskollege Leonhart hatten Tatsachen vorzubringen, aus denen hervorging, daß hinter den Worten des Herrn v. Tirpitz häufig ein verborgener Sinn zu suchen ist. Herrn Struve gelang es auch, einen Protest gegen die anmaßende Kritik des Polizeipräsidenten v. Jagow an der Parlamentsstätigkeit einzuschieben, welchem Protest er die Worte anfügte: „Ich warne den neugierigen Herrn Polizeipräsidenten vor der Wiederholung solcher Uebergriffe.“

Der reichsparteiliche Herr v. Camp verteidigte die Marineverwaltung gegen die Angriffe des Herrn v. Doppersdorf, war aber sonst auch nicht völlig mit dem Mangel an Sparsamkeit in der Marineverwaltung einverstanden. Bei seiner Polemik gegen die Sozialdemokratie verwickelte er sich in die lustigsten Widersprüche.

Dann ergriff der nationalliberale Herr Wassermann das Wort, offenbar in dem Bewußtsein, daß die dürftige Kanzlerrede vom Sonnabend dringend einer sachlichen Vervollständigung bedürfe. Er suchte also die Haltung der deutschen Regierung gegenüber England zu rechtfertigen, indem er sich auf die englischen Sozialisten berief, die weit patriotischer seien als die deutschen. Dann führte er auch zur Unterstützung seiner flottenpolitischen Ansichten den österreichischen Genossen Karl Leuthner ins Feld, der in den „Sozialistischen Monatsheften“ einen Artikel ganz im Sinne seiner eigenen Auffassung veröffentlicht habe.

Genosse Ledebour rechnet gleichzeitig mit Herrn v. Bethmann und Wassermann ab, indem er an der Hand des Schicksals der vorjährigen sozialdemokratischen Abrüstungsresolution nachwies, daß von der Regierung ein verständiges Eingehen auf Abrüstungsmaßregeln zur Sicherung des Friedens nicht zu erwarten sei. Als Ledebour zum Schluß den Nachweis für die Schädigung des deutschen Ansehens im Auslande durch die verderbliche Inlandpolitik des Herrn v. Bethmann und die volksfeindlichen Maßregeln des Herrn v. Jagow brachte, versuchte der Vizepräsident Erbprinz zu Hohenzollern seine Ausführungen abzuschneiden, ließ sich aber überzeugen, daß der Zusammenhang mit der Tagesordnung zu rechtfertigen sei. Unter dem Loben der Rechten schloß Ledebour mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie mit aller Macht auf die Beseitigung dieser unsfähigen, das Ansehen Deutschlands im Auslande schädigenden Regierung hinarbeiten werde.

Nach einigen weiteren Ausführungen des Abg. Erzberger gegen die doppeldeutigen Ansätze des Marineministers wurde die Generaldebatte um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Morgen stehen die Versterbverwaltungen zur Debatte.

### Konservative Städtefeindlichkeit und sozialpolitische Mäßigkeit.

Das Abgeordnetenhaus genehmigte am Montag zunächst eine Reihe von Eingemeindungsbeschlüssen, darunter auch die Vorlage betr. die Auflösung des Landkreises Frankfurt a. M. und Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt. Die beiden

Konservative Parteien benutzten die Gelegenheit, ihrer Stillefeindlichkeit Ausdruck zu verleihen, nicht nur dadurch, daß sie in ihrer großen Mehrheit gegen diese Vorlage stimmten, sondern auch dadurch, daß sie einige Reden vom Stapel ließen, die den Gipfel der Rücksichtslosigkeit bedeuten. Erklärte doch der vor kurzem erst ins Haus eingetretene Abg. v. Kardorff (H.), ein Sohn des bekannten verstorbenen Parlamentariers, daß für die ablehnende Haltung seiner Freunde das demokratische Kommunalwahlrecht für Frankfurt a. M. ausschlaggebend sei: ein Wahlrecht, das eine für Straßendemonstrationen schwärmende Mehrheit hervorgebracht habe! Es war unserem Genossen Vorgmann ein leichtes, diese „Gründe“ zu widerlegen, die Städtefeindlichkeit derer um Kardorff gebührend zu kennzeichnen und die Notwendigkeit einer Eingemeindung großen Stils nachzuweisen. Die Konservativen und ihre freikonservativer Anhang blieben denn auch dieses Mal erfreulicherweise in der Minorität.

Das Haus schloß sodann die am Sonnabend abgebrochene Generaldebatte zum Handelsstat fort. Wie immer, so wurde auch jetzt wieder die Regierung von verschiedenen Seiten, insbesondere von den Nationalliberalen, dringend ersucht, auf sozialpolitischem Gebiete zu bremsen! Als ob ein solcher Rat der preussischen Regierung gegenüber überhaupt erst nötig wäre! Schon die eine Tatsache, daß an der Spitze des „Ministeriums für Sozialpolitik“ der Mann steht, der als Reichsschatzsekretär die famose Reichsfinanzreform zustande gebracht hat, beweist zur Genüge, daß man in Preußen an Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiete längst nicht mehr denkt. Und tatsächlich ließ denn auch der Minister Sydow keinen Zweifel darüber, daß er sozialpolitisch genau so nach dem Herzen der Schlotzjunker zu regieren denkt wie seine Amtsvorgänger Köller und Delbrück. Die Wädereiverordnung z. B. will er, obwohl er die skandalösen Zustände in Wädereibetrieben zugeben muß, möglichst milde handhaben, den zweiten Teil des Gesetzes betr. die Sicherung der Bauforderungen will er erst in Kraft treten lassen, wenn der erste Teil sich bewährt hat, mit einem Wort: er will alles tun, was in seiner Macht steht, den Großindustriellen und ihren Kostgängern gefällig zu sein.

Daneben wurde über allerhand unbedeutende Kleinigkeiten gesprochen: über Terrorismus der Sozialdemokratie und des Bundes der Landwirte gejamert, ein Loblied auf den Hanjobund angestimmt; kurz und gut: die Debatte verlief sich ins Uferlose.

### Die Verantwortung der Nationalliberalen.

Schon am nächsten Freitag soll die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage beginnen. Der Schnapsblock hat die Absicht, das Gesetz so rasch als möglich durchzupeitschen. Wiegt er sich doch in dem eiteln Wahn, daß, wenn der elende Wechselbalg nur erst Gesetz geworden, dann die Bewegung der Volksmassen schon allmählich aufhören werden. Denn dies ist die einzige Sorge der Privilegienritter. Sie wissen, daß ihnen parlamentarisch nicht beizukommen ist. Denn dafür sorgt ja das Dreiklassenwahlrecht; wenn die konservativ-merikale „Reform“ erst Gesetz geworden, noch besser als bisher. Aber die Bewegung der Massen — das zeigt das tobstichtige Wüten der blutdürsternen konservativen Presse — macht sie ängstlich. Und so möchten sie allzu gerne, daß ihre „Reform“ als ein „endgültiger Abschluß“ erscheine. Daher ihr Interesse an der Mitwirkung der Nationalliberalen. Auf zweifache Weise sucht man diese Partei, deren Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht ja das Zusammenwirken von Zentrum und Konservativen überhaupt erst möglich gemacht hat, dazu zu bewegen, dem schwarzblauen Völk der Posten aus dem Feuer zu holen. Ein Teil der reaktionären Presse muß den Nationalliberalen vorstellen, ihr Widerstand sei nutzlos, die Regierung werde ja ohnedies das Werk des Schnapsblocks akzeptieren, also sollen die Nationalliberalen sich doch nicht wieder „ausschalten“ lassen. Der andere Teil versichert umgekehrt, daß die Regierung die Reform nur annehmen könne, wenn auch ein Teil der Liberalen dafür stimme. Die Verantwortung der Nationalliberalen sei also groß; ihr Nein könnte bewirken, daß das ganze Gesetz scheitert.

Wir sind nun freilich nicht so optimistisch, anzunehmen, daß der Mann der gottgegebenen Abhängigkeiten sich den Luxus eines eigenen Entschlusses gestatten und die Wünsche der Junker und Merikalen unerfüllt lassen darf. Wäre es wirklich so, dann würden die Nationalliberalen, wenn sie für das Gesetz stimmten, allerdings einen Verrat begehen, der um nichts schlimmer wäre als das elende Gaukelspiel des Zentrums. Da aber Herr v. Bethmann gar nicht an einen Widerstand gegen die Gebote des Schnapsblocks denkt, wäre es eine selbst für Nationalliberale außergewöhnliche Dummheit, sich zu den reaktionären Volksfeinden zu gesellen. Sie werden auch so an ihrer Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht schwer genug zu tragen haben. Die Konservativen sind auch wirklich zu unbescheiden. Die armen Nationalliberalen kriegen nicht die geringste Konzession und sollen dafür noch den Junkern den Dienst leisten, eine möglichst imponierende Mehrheit für das Schandgesetz ausbringen zu helfen. Wie tief doch diese Junker die politischen Fähigkeiten der Nationalliberalen einschätzen! Ob es ihnen diesmal gelingen ist, sie zu unterwerfen, muß freilich abgewartet werden, da hinter den Kulissen neue Mogeleyen im Gange sind. Aber das eine kann schon heute ruhig gesagt werden: Ob die Nationalliberalen umfallen oder nicht, das ist auf die Volksbewegung wirklich ohne jeden Einfluß. Denn:

Keine Ruhe in Preußen, bevor das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht errungen ist.

### Konservative über das indirekte Wahlrecht.

Die „Nationalzeitung“ bringt folgendes Zitat aus dem Wahlbüchlein der badischen Konservativen, das vor den Landtagswahlen 1905 erschien:

„An sich ist dieser Kampf (für die Beseitigung des indirekten Wahlverfahrens) vollständig zu verstehen. Das indirekte Wahlrecht, rein für sich betrachtet, paßt in die geschlossene beengte Zeit zu Anfang des Jahrhunderts, wo die Masse des Volkes kaum mit einem Landtagskandidaten selbst Fühlung nehmen konnte, wo die Bekanntheit des kleinen Mannes aus dem Volke nicht über den Vennkreis der eigenen und höchstens noch der Nachbargemeinde hinausreichte. Hier war an direkte Wahl dem zum Landtag zu entsendenden Abgeordneten nicht zu denken. Das ist heute in der Zeit der allgemeinen Verlehrs und der bis in die kleinsten Dörfer hinein dringenden Presse anders geworden. Die allgemeine Schulpflicht und die allgemeine Wehrpflicht haben unser Volk tatsächlich in gutem Sinne demokratisiert und auch — obwohl man noch oft daran zweifeln konnte — politisch reifer gemacht. Die Zeit, wo tatsächlich vor den Wahlmännerwahlen noch von keinem Kandidaten die Rede war, wo tatsächlich der Kandidat erst nach vollzogenen Wahlmänner-

Wahlen von den Wahlmännern erklärt wurde, ist vorbei. In den letzten Jahren stets war der Kandidat schon längst vor den Wahlmännerwahlen nicht bloß aufgestellt, sondern persönlich in allen Orten des Wahlkreises zugegen gewesen. Die Wahlmännerkandidaten wurden bereits auf ihn eingeschworen und auf seinen Namen gewählt. Die Wähler hätten tatsächlich leichter und lieber direkt gewählt, als indirekt einen Wahlmann, von dem sie ja manchmal gar nicht sicher wußten, ob er auch seinem Versprechen fest bleiben, ob er nicht umfallen würde.

Die indirekte Wahl — rein an sich betrachtet, ohne Rücksicht auf die Folgen der an ihre Stelle tretenden direkten — hat sich also tatsächlich überlebt. Daß nach Bewilligung des weitgehenden direkten Reichstagswahlrechtes der Kampf gegen dasselbe auf der ganzen Linie der Einzelstaaten entbrannte, darf niemand wundern.“

In Preußen aber suchen die Konservativen die überlebte indirekte Wahl aufrechtzuerhalten, weil sie nur so den infamen Terrorismus in den ländlichen Bezirken, auf denen ihre Macht beruht, ausüben können. Und das Zentrum hilft ihnen noch dabei.

### Landtagswahl in Württemberg.

Im Oberamt Freudenstadt fand am Sonnabend der zweite Wahlgang statt und führte zur Wahl des Volksparteilers Gaiser mit 3421 Stimmen (Hauptwahl: 2211), während der sozialdemokratische Kandidat Har der 2004 Stimmen (Hauptwahl: 2145) erhielt. Die Nationalliberalen, auf deren Kandidat Walter im ersten Wahlgang 1814 Stimmen gefallen waren, hatten nach längerem Sperren und nachdem sich die Volkspartei vor ihnen genügend gebemüht hatte — sie mußte auf Verlangen der Nationalliberalen ein ausdrückliches Bittgesuch einreichen —, schließlich Parole für die Volkspartei ausgegeben und damit der letzteren das Mandat noch einmal gerettet. Die Sozialdemokratie, die schon in der Hauptwahl ihre Stimmengahl verdoppelt hatte, erhielt aus eigener Kraft noch einen Stimmengewinn von 440 Stimmen und ist der Volkspartei so nahe gerückt, daß der schließliche Gewinn dieses Industriearmen, aber vornehmlich von Baldarbeitern bewohnten Kreises eine Frage der übernächsten Zeit sein wird.

### Die Schiffsabgaben.

Dem Herrn v. Rheinbaben scheint alle junkerliche Schneidigkeit, die er gegen das klare Recht der Abgabefreiheit auf den deutschen Flüssen zu entwickeln versteht, nicht viel helfen zu wollen. Jeder Widerstand der deutschen Bundesstaaten wäre schließlich durch preussische Brutalität, die von ihrer Macht stets rücksichtslos Gebrauch macht, ersticht worden. Zum Glück für das deutsche Volk hat aber diesmal nicht die preussische Regierung allein, sondern auch das Ausland ein Wort mitzureden. Infolgedessen dürften diesmal die deutschen Volksinteressen vor Schädigung bewahrt bleiben. Die von uns bereits gemeldete Rede des österreichischen Handelsministers, der mit solcher Entschiedenheit die Zustimmung Oesterreichs zur Einführung der Schiffsabgaben verweigert, macht wohl den Plänen Preußens, wenigstens so weit sie eine Verkehrsstörung auf Elbe und Donau bezwecken, ein Ende. Für die preussischen Junker und ihre Regierung endet ihre verkehrshörliche Arbeit mit einer großen und verdienten Blamage.

### Ausweisungsschande.

Ein in Hertzen (Westf.) wohnender österreichischer Bergarbeiter erhielt im Februar dieses Jahres die Aufforderung, Hertzen und das preussische Staatsgebiet binnen wenigen Tagen zu verlassen. Der Mann wurde während der Frist krank und zwar derart, daß er mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus in Medlinghausen gebracht werden mußte. Am 2. März wurde er aber schon wieder entlassen. Als der Mann pflichtgemäß sich seinem zuständigen Knappschaftsamt vorstellte, erklärte dieser, daß er ihn unmöglich arbeitsfähig schreiben könne; er begreife gar nicht, wie das Krankenhaus ihn als geheilt habe entlassen können. Am 3. März aber wurde schon der kranke Mann per Schub über die Grenze gebracht!

Die demokratische Vereinigung veranstaltet anlässlich des Verhaltens der Polizei am gestrigen Sonntag eine öffentliche Protestversammlung im Feenpalast, Burgstr. 24, am Sonntag, den 13. d. Mts., mittags 12 Uhr. In dieser Versammlung werden Dr. Rudolf Breitscheid, Frau Regine Deutsch, Oberst Gädke und G. v. Gerlach Anreden halten.

### Ungarn.

#### Wahlrechtsdemonstration.

Budapest, 7. März. Anlässlich der gestern gehaltenen Programmrede des Grafen Tisza kam es in Szeged zu großen Straßendemonstrationen. Die sozialdemokratischen Arbeiter empfangen den Grafen Tisza mit Abzugsrufen und Rufen nach dem allgemeinen Wahlrecht. Tisza wurde aus der Menge mit faulen Eiern beworfen. Die Polizei trieb die Demonstranten auseinander.

### Frankreich.

#### Die Unterschlagungen in der Marine.

Toulon, 7. März. Im Laufe der Untersuchung wegen der im Arsenal begangenen Unregelmäßigkeiten wurde festgestellt, daß die Lieferanten wiederholt Beamte bestochen haben, um sich der Zahlung der für verspätete Lieferungen vorgesehenen Konventionalstrafen zu entziehen. In solchen Fällen wurde in den Büchern das Datum der Lieferungsfristen gefälscht.

### Spanien.

#### Die allgemeinen Wahlen.

Madrid, 5. März. (Fig. Ver.) Nach einer offiziellen Verlautbarung finden die nächsten Wahlen in der ersten Hälfte des Mai statt. Die republikanisch-sozialistische Koalition entfällt im ganzen Lande eine sehr energische Agitation. Sie hofft in allen großen Städten, besonders in Madrid, Barcelona, Valencia, Bilbao und Saragossa, den Sieg davonzutragen.

### England.

#### Parlamentarische Nachwahl.

London, 4. März. (Fig. Ver.) Am 7. d. M. wird in Ilkeston (Derbyschire) eine parlamentarische Nachwahl vorgenommen, da der siegreiche liberale Kandidat zurückgetreten ist, um dem bei den letzten Wahlen unterlegenen Unterstaatssekretär der Kolonien, Oberst Seeley, zu einem Mandat zu verhilfen. Es kandidieren dort: Seeley (liberal), Wright (konservativ). Bei den Januarwahlen siegte der Liberale mit einer Mehrheit von 4200 Stimmen, so daß das Mandat den Liberalen gesichert erscheint. Die Suffragets agitieren dort gegen den Regierungskandidaten. Wie heute aus Ilkeston berichtet wird, wurden sie von den Liberalen mißhandelt.

#### Die Londoner Grafschaftswahlen.

London, 6. März. Bei den gestrigen Wahlen für den Londoner Grafschaftsrat wurden 50 Mitglieder der Londoner

Wahlen Reformpartei und 57 Fortschrittliche gewählt. Zwei Ergebnisse stehen noch aus und dürften am Montag zugunsten der Fortschrittlichen entschieden werden, so daß dann beide Parteien gleich stark sind. Die kommunale Reformpartei hatte im Jahre 1907 zum ersten Male die Mehrheit im Grafschaftsrat. Die Fortschrittlichen, die im Gegensatz zu den Reformisten im allgemeinen den Grundbesitz der kommunalen Eigentums an den öffentlichen Verkehrs-, Beleuchtungseinrichtungen usw. vertreten, haben gestern 31 Sitze gewonnen.

### Rußland.

#### Die Arbeit des Galgens.

Die juristische Wochenchrift „Pravo“ berichtet in ihrer letzten Nummer über die Ergebnisse der Henkerjustiz in den letzten 5 Jahren in Rußland. „Im ganzen wurden in den letzten 5 Jahren 6268 Todesurteile gefällt und 2855 Hinrichtungen vollstreckt. Im Durchschnitt entfallen in dieser Periode auf jeden Monat 104 Todesurteile und 48 Hinrichtungen, auf jede Woche 24 Todesurteile zwei Hinrichtungen. Im Jahre 1906, als die Kriegselbstjustiz in Kraft war, erreichte die Zahl der Todesurteile in einzelnen Monaten die Höhe von 220. Im Jahre 1907 belief sich das Maximum der Hinrichtungen pro Woche auf 29, im Jahre 1908 auf 36, wobei in dem letzten Jahre keine einzige Woche ohne Hinrichtungen verstrich. Im Januar 1908 belief sich die Zahl der vollstreckten Hinrichtungen an einzelnen Tagen auf 8, 9, 11, 12; im Februar belief sich das Maximum der an einem Tage vollstreckten Hinrichtungen auf 14.“

Die Zeitschrift bemerkt zu diesen furchtbaren Zahlen: „Nach der Zahl der Hinrichtungen erinnern diese fünf Jahre an die blutigsten Perioden des Mittelalters. Auch die russische Geschichte kennt nicht viele solcher Momente, die sich nach der großen Menge der Hinrichtungen mit unserer Zeit messen können.“

Der Unterschied zwischen dem Mittelalter und der Gegenwart ist bloß der, daß der moskowitzische Zar Iwan IV. den Namen „Iwan der Schreckliche“ erhielt, während Nikolai II., der die Schredenstaten Iwans weit in den Schatten stellt, von der offiziellen Geschichtsschreibung noch immer als „Friedenszar“ gepriesen wird.

#### Die administrative Verwicklung.

Petersburg, 5. März. Reichsduma. Bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern befaßte der Direktor des Polizeidepartements die von mehreren Rednern ausgesprochene Ansicht, es sei unwahr, daß die Regierung ihr Versprechen betreffend die administrative Verbanung nicht erfüllt habe. Am 1. Februar 1902 habe die Zahl der nach den entfernt liegenden Gouvernements verbannten 1720 betragen, am 1. Februar 1910 12200; im Jahre 1906 seien 7677, im vorigen Jahre 1901, in den ersten zwei Monaten des Jahres 1910 171 Personen verbannt worden. Gegen die ersten zwei Monate des Vorjahres betrage die Abnahme 50 Proz.

### Türkei.

#### Die Korruption unter Abdul Hamid.

Konstantinopel, 5. März. Wie im Wafministerrium (Ministerium der frommen Stiftungen) wurden nimmere auch im Kriegsministerium riesige Unterschlagungen, die während des Hamidischen Regimes festgefunden haben, konstatiert. Die bestraubten Summen betragen viele Millionen. Am meisten wurde während der Ministerchaft Nisa Paschas, des letzten Kriegsministers der absolutistischen Herrschaft gestohlen. Nisa Pascha wurde nach dem Sturze des Absolutismus nach der Insel Rhodus verbannt. Man hat ihm damals schon einen Teil seines Raubes abgenommen. Es soll ihm aber jetzt abermals ein Teil seines noch immer bedeutenden Vermögens entzogen werden. Die zur Untersuchung der Diebstähle Hamidischer Kreaturen gebildete Kommission wird eine Liste jener Personen feststellen, die im Kriegsministerium geraubt und unmaßstäblich die geraubten Millionen zurückfordern. Da diese Herren alle Millionäre geworden sind, hofft man auch ohne Schwierigkeiten, die gestohlenen Gelder von ihnen einzuweisen zu können.

### Monaco.

#### Eine Straßendemonstration für die Verfassung.

Paris, 7. März. Aus Monaco wird gemeldet: Gestern zogen etwa 700 Einwohner, darunter auch Frauen, vor das Schloß, um der Forderung nach einer Verfassung Ausdruck zu geben. Eine Abordnung von drei Personen legte dem Fürsten die Wünsche der Bevölkerung vor. Der Fürst versprach, die Frage durch eine Kommission prüfen zu lassen, die aus drei von ihm zu ernennenden und drei von der Bevölkerung zu wählenden Mitgliedern zusammengesetzt werden soll.

Vielleicht schickt man den Herrn v. Zagow nach Monaco, um dort vernünftiger Polizeipraxis zu lernen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Gemeindevertreterwahl.

Steglich, 7. März. Die heutige Gemeindevertreterwahl endete in beiden Bezirken mit einer Stichwahl zwischen den Kandidaten der Sozialdemokratie und denen des Mietervereins.

Dienstag (8. März) findet die Erstwahl im ersten Bezirk statt.

### Ein fürchterliches Verbrechen.

Beuthen, 7. März. (W. S.) Im benachbarten Orte Wisia wurde ein 50-jähriger Waldarbeiter namens Steinert von Arbeitskollegen auf furchtbare Weise ermordet. Man trieb dem Unglücklichen ein Stemmisen in die Brust und durchstießte den Unterleib teilweise. Die Täter wurden verhaftet.

### Eine schwere Explosion.

Genf, 7. März. (W. S.) Eine heftige Feuerbrunst ist heute in einem Benzindepot ausgebrochen. Das Feuer nahm mit großer Geschwindigkeit eine enorme Ausdehnung an. Fortwährend vernahm man Explosionen von Benzinsäfern. Die ganze Stadt ist in eine Rauchwolke gehüllt. Brennendes Öl ergießt sich in einem Umkreis von 300 Metern um das Depot und bedroht einen Teil der anstehenden Gebäude. Die gesamte Feuerwehr ist an Ort und Stelle. Wahrscheinlich werden Truppen zur Hilfeleistung herangezogen werden, um eine Katastrophe zu verhindern.

### Aus der russischen Duma.

Petersburg, 7. März. (W. S.) Die Duma hat heute den Etat des Ministeriums des Innern angenommen. Kadetten, Sozialdemokraten, Arbeitergruppe und Muselmanen stimmten gegen die Annahme.

Reichstag.

50. Sitzung vom Montag, den 7. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Schoen, v. Tirpitz. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des am 13. Oktober 1909 abgeschlossenen neuen Vertrages betr. die Gotthardbahn zwischen dem Deutschen Reich, Italien und der Schweiz. Staatssekretär v. Schoen empfiehlt die Annahme des Vertrages; eine Abänderung der bisherigen Verträge sei notwendig geworden, weil die Gotthardbahn am 1. Mai 1909 aus dem Besitz einer Privatgesellschaft in den der Schweizerischen Eidgenossenschaft übergegangen sei. Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Wadersapp empfiehlt den Vertrag ebenfalls, der für alle Beteiligten als gerecht und billig zu bezeichnen sei. Abg. Fürst Hatzfeldt (Rp.) wünscht, daß die Aktionäre der Gotthardbahn, die zum großen Teil Deutsche seien, ausreichend entschädigt werden. Abg. Dove (So. Vo.): Die deutsche Regierung dürfte kaum in der Lage sein, einen Einfluß auf die Entschädigung der Aktionäre auszuüben. Staatssekretär v. Schoen: Ueber die Abfindung der Aktionäre wird zwischen den Beteiligten bereits verhandelt; die Reichsregierung hat keine Veranlassung, vermittelnd in diese Verhandlungen einzugreifen; eine solche Vermittelung wird auch von den Aktionären nicht gewünscht. Abg. Scheidemann (Soz.): Wir stimmen dem Vertrage zu und lassen uns darin auch nicht durch das Bedenken des Fürsten Hatzfeldt irren machen, die deutschen Aktionäre könnten zu kurz kommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Schwabach (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu dem Vertrage. Damit schließt die Diskussion. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird sofort in die zweite Lesung eingetreten und in dieser der Vertrag debattelos genehmigt. Es folgt die

Fortsetzung der Beratung des Marineetat

mit dem Antrage Albrecht u. Gen. (Soz.) auf Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichs-Verfahren. Abg. Dr. Struve (So. Vo.): Wir freuen uns über die Worte des Reichskanzlers, daß die friedliche Verständigung der Kultur-mächte zu fördern sei. Wir freuen uns auch über unsere Flotte, die als Friedensinstrument dienen soll. Aber deshalb lassen wir uns in der Kritik nicht irren machen; im Parlament kann gar nicht genug an Kritik geübt werden und keinen Polizeipräsidenten geht das was an! (Lebhafte Zustimmung links.) Schon genug ist die Öffentlichkeit durch solche unnützen Provokationen gereizt worden, und ich möchte den neugierigen Herrn Polizeipräsidenten warnen, sich irgendwie um die Vorgänge im Parlament zu kümmern. (Lebhafte Zustimmung S. d. So. Vo.) Herr v. Putsch meinte, der deutsche Marineetat sei dem aller anderen Nationen an Klarheit voran. (Abg. Hans Ebler zu Putsch [L]: Er ist spezialisiert und genau.) Wenn er nur spezialisiert und genau ist, aber nicht klar, so bin ich mit Ihnen einverstanden und bitte Sie, uns zu unterstützen in dem Bemühen, mehr Klarheit in den Marineetat zu bringen. (Sehr gut! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Der Staatssekretär hat bestritten, daß von ihm eine Verfügung ergangen sei, daß Beamte nicht mit Abgeordneten verkehren sollen. Darauf kommt es nicht an, sondern ich erwarte von seiner Loyalität, daß er erklärt: So etwas lasse ich mir von meinem Vertriebsdirektor nicht gefallen, sondern da werde ich mit ernstem Wesen dazwischen fahren! (Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Staatssekretär v. Tirpitz: Ueber die Stellenzulagen wird im nächsten Jahre eine Denkschrift erscheinen. Uebrigens sind Tafel- und Besoldungs keine Stellenzulagen. Abg. Herr v. Camp (Rp.): Herrn Gädde ist zu viel Ehre geschehen dadurch, daß Herr v. Putsch sich hier mit ihm beschäftigte. (Rachen links.) Ich bedaure, daß Graf Oppersdorff und Herr Sade-

tum es nicht für richtig gehalten haben, in die Budgetkommission einzutreten.

Der Redner preist die Verträge mit Krupp gegenüber dem Angebot von Thyssen. Eine Reichsanstalt für Geschützherstellung zu errichten, dürfte sich kaum empfehlen; schwerlich würden ihre Leistungen denen der Firma Krupp gleichkommen.

Bei den Verwaltungen fehlt es in der Tat oft an kaufmännischem Geist; der Staatssekretär sollte hier für Verbesserung sorgen. Mit Recht legt der Staatssekretär das Schwergewicht unserer maritimen Rüstung nicht auf die Küstenverteidigung. Die Hauptsache ist die Schlachflotte. Es war ein Verdienst des Freisinn und besonders des Abg. Richter, daß er früher als andere Parteien die Bedeutung der deutschen Flotte erkannt hat. Aber wenn die Freisinnredner jetzt Kritik an Flottengesetz üben, dem sie selbst zugestimmt haben, so ist das schließlich ihre Sache. Jeder Preuze hat das Recht der freien Meinungsäußerung. (Schallende Heiterkeit. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Bloß nicht im Treppentor Park! Erneute stürmische Heiterkeit links.)

Redner polemisiert gegen die Ausführungen Sadehums vom Sonnabend. Es ist nicht wahr, daß Deutschland kein Geld für sozialpolitische Aufgaben ausgibt. Deutschland gibt mehr Geld für sozialpolitische Aufgaben aus als andere Länder. Der deutsche Handel bedarf eines starken Flottenschutzes. Es ist nicht wahr, daß der deutsche Flottenbau sich gegen England richtet. Daß dies nicht der Fall ist, ist hier genügend oft dargelegt worden. (Abg. Ledebour ruft: Es findet nur leider keinen Glauben!) In England freilich nicht! Vielleicht überzeugt Herr Ledebour seine englischen Parteigenossen von den friedlichen Absichten Deutschlands. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die englischen Arbeiter sind keine Jingos!) Auch die Mehrzahl der Wähler der Partei des Herrn Bebel ist von der Notwendigkeit einer starken Flotte überzeugt. (Rachen bei den Sozialdemokraten. Weisfall rechts.)

Staatssekretär v. Tirpitz wendet sich gegen die Einführung der sogenannten englischen Arbeitszeit in den Verwaltungen und versichert dabei, daß auch er seine Mittagsruhe haben müsse. (Zustimmung rechts.)

Abg. Wassermann (natl.) feiert das Flottengesetz und die Flottenpolitik und wendet sich absondern gegen Sadehums: Dr. Sadehum hat von dem Verhältnis zu England gesprochen. Die deutsche Presse hat gegenüber der maßlosen Deutschlandbegeisterung eines Teils der englischen Presse stoische Zurückhaltung bewahrt. Wir wollen uns nicht das Maß unserer Flottenrüstungen von England vorschreiben lassen. Jede starke Nation hat Recht und Anspruch auf eine starke Flotte. Aber eine englandfeindliche Spitze hat unsere Flottenpolitik nicht. Daß unsere Auslandsflotte noch keineswegs auf der Höhe ist, geht schon daraus hervor, daß wichtige Auslandsstationen von deutschen Kriegsschiffen entblößt sind.

Die Bedeutung der Ausführungen des Oberst a. D. Gädde im „Berliner Tageblatt“ liegt darin, daß Herr Gädde, ein früherer Militär, England mit der Nase darauf gestoßen hat, daß wir angeblich eine England gemachte Schlachflotte zu bauen beabsichtigen, während wir doch nur einen Ausbau unserer Flotte im Rahmen unseres Flottengesetzes beabsichtigen. Das ist das Bedauerliche der Ausführungen Gäddes.

Redner bespricht ausführlich einen Artikel Karl Leuthners in den „Sozialistischen Monatsheften“, die zwar kein parteiöffentliches Blatt seien, an denen aber doch Leute wie Eduard Bernstein und Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine mitarbeiten. In dem Artikel wird ausgeführt, daß ein internationales Flottenabrüstungsabkommen einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bedeute. (Lebhafte Hört! hört! bei den bürgerlichen Parteien. Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Das sind sehr bedeutungsvolle Ausführungen aus sozialdemokratischem Munde! (Lebhafte Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Abg. Wassermann hat wohl — gleich uns allen — die Empfindung gehabt, daß die außerordentlich dürftigen Ausführungen des Reichskanzlers in seiner fünfminütigen Rede dringend einer Ergänzung bedürften, und er ist jenem deshalb hilfreich beigeprungen. Den guten Willen erkenne ich an, aber irgend etwas Besonderes, das mich nötigte, auf sie einzugehen, kann ich in den Reden der beiden Herren Bethmann und Wassermann nicht finden. (Heiterkeit.) Herr v. Camp hat verschiedene Aeußerungen getan, die mir durchaus sympathisch waren. (Große Heiterkeit.) So sagte er, jeder Preuze habe das Recht, seine Meinung frei und unbehindert zum Ausdruck zu bringen. (Abg. Kretsch [L]: Das steht ja in der Ver-

nächsten Jahre in Berlin und wohl auch anderswo mit einer Hochspannung der „Großen“ beglückt werden.

Den letzten, leichtsinnigen, über der Dreierstühle schwebenden Ton traf wohl am besten die gastierende Jenny Fischer in der Rolle der Lahn, die aus Langeweile auf den Mägdemarkt geht und sich in den sie mißachtenden künstlerischen Grafen verliebt. Ich sang effektiv und spielte leider terrorvoll der Gast August Bodemann. Ladys Vertraute war die kräftig dramatische Alisbin Rosa Sachs-Friedel; und von den zwei Varytionen, dem tenorartigen August Koesler und dem baritonartigen (Karl Fischötter) sagte besonders der letztere hervor. In einer Nebenrolle überraschte Marie v. Fieltig durch gut drahtische Sing- und Spielkunst.

Der Gang, den die Volkspartei nimmt, ist so sicher und stetig, daß wir von ihr auch noch die „Zukunftsmusik“ erhoffen können, die solchen Spielern gebührt, und die allerdings dem schwerblütigen Deutschen in seinem Bühnen- und namentlich Orchesterpiel am Schwierigsten zu sein scheint.

Humor und Satire.

Die große Bierrede.

Hierauf ergreift v. Bethmann das Wort: Meine Herren! Man hört öfters die Bemerkung, daß es in Preußen Agrarier gibt. Ich verstehe das nicht. (Zuruf links: Oldenburg!) Der Kanzler lächelt weidreud und fährt fort: Meine Herren, über oldenburgische Verhältnisse habe ich mich nicht zu äußern. Von der gleichen Seite wird auch der Vorwurf erhoben, daß Preußen das Land der füslerischen Reaktion sei. Ja, meine Herren, was ist Reaktion? (Lächelt weidreud.) Gewiß, es gibt Leute, die sie als den Gegenpart von Fortschritt betrachten, aber was ist damit bewiesen? (Lächelt weidreud.) Ich glaube, daß ich in dieser Richtung nichts mehr zu sagen habe, und wende mich jetzt zum Kapitel Politzweien. Die preussische Polizei... (Lächelt weidreud.) Ich wende mich jetzt gegen den Vorwurf, daß Landräte bei den Wahlen die konservativen unterstützen sollen. Meine Herren, der Beamte ist ein Angestellter und bezüglich der Angestellten haben wir gedruckte Bestimmungen. (Lächelt weidreud.) Ich wende mich jetzt zum öffentlichen Wahlrecht. Meine Herren, was ist denn überhaupt Wahlrecht? Manche verstehen darunter das Recht zu wählen, aber wann ist dieses Recht in Preußen jemals bestritten oder verkümmert worden? (Lächelt weidreud.) Man kann eine Frau wählen; man kann einen Beruf wählen; man kann dies und das wählen. Unser ganzes Leben setzt sich aus Wahlen zusammen; muß man gerade einen Abgeordneten wählen? (Lächelt weidreud.) [In diesem Augenblick betritt ein anderer Minister, von Trottel ohne Satz, den Saal.] v. Bethmann fährt weiter: Ich komme jetzt...

Die Kaste der Gebildeten. (Der typische Schatzmann): „Nur immer feste draufschauen, daß man unsere Bildung sieht! Was für doch Wähler zweiter Klasse!“ (Simplificissimus\*)

fassung!) Wir können also hoffen, Herrn Herrn v. Camp-Rassauen demnächst — gleich einigen Demokraten — bei unseren Demonstrationen zugunsten der freien Meinungsäußerung an unserer Seite zu finden. (Große Heiterkeit links.) Aber in einer gewissen nervösen Weise hat Herr v. Camp sich gegen jede Kritik geäußert. (Widerpruch rechts.) Zunächst wandte er sich feierlichst gegen Herrn Oberst Gädde, wobei er sich im Einklang befand mit den Herren Hans Ebler zu Putsch und Wassermann. Mir liegt es fern, mich in eine Verteidigung der Ansichten Gäddes einzulassen. Gädde ist Mann genug sich selber zu verteidigen, und er läßt sich auch durch die Vitoden der Patrioten hier im Reichstage nicht einschüchtern. (Sehr richtig! links.) Daß Sie hier bei jeder Gelegenheit die Erklärung abgeben, auf die Ansichten und Ausführungen des Herrn Gädde dürfe man nichts geben, hat ja seinen Grund lediglich in dem Werge, daß ein Offizier sich soweit von den anerzogenen Gewohnheiten emanzipiert hat, daß er es wagt, seine Meinung frei herauszusagen über die Dinge, von denen er was versteht. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Erklärungen des Herrn Hans Ebler zu Putsch, des Freiherrn von Camp-Rassauen und der anderen erinnern nur daran, daß die schwarzen Krähen immer verfluchen, der weißen die Augen auszuhaben. (Sehr richtig! links.) Daß er ein Militär war, wird dem Mann fürchtbar übergenommen von den Militaristen und noch mehr von den angeführten Militaristen: den Reserveoffizieren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Mit gleicher Erregung hat sich Herr v. Camp gegen den Grafen Oppersdorff und den Abg. Sadehum gewendet. In der Kommission, meinte er, hätten sie ihre Kritik anbringen sollen. Was den Kollegen Sadehum betrifft, so ist diese Meinung ganz deplaziert, am allerdeplaziertesten im Munde des Vorsitzenden der Budgetkommission. Mit diesem Vorsitzenden, dem Herrn v. Camp-Rassauen, bin ich ja nicht oft einverstanden, aber es hat mich immer gefreut, daß er beständig darauf lauert, jede Gelegenheit zu ergreifen, die Verhandlungen der Kommission abzukürzen, und er beizigt in dieser Richtung eine anerkanntwertige Unparteilichkeit und Rücksichtlosigkeit nach allen Seiten hin. (Große Heiterkeit), auch gegenüber den Herren Staatssekretären. Hätte der Abg. Sadehum, was er vorgestern hier ausgeführt hat, in der Budgetkommission vorgebracht, so würde der Vorsitzende, Herr v. Camp, ihn mit vollem Recht mit der Bemerkung unterbrochen haben: daß allgemeine, politische Erörterungen im Plenum gehören! (Lebh. Sehr richtig! rechts.) Sie rufen sehr richtig, Herr v. Camp! Sie haben also schon vergessen, daß Sie dem Abg. Sadehum vorgeworfen haben, er hätte seine Ausführungen nicht in der Budgetkommission gemacht! (Große Heiterkeit.)

Kun komme ich zu den auswendigen und abwesenden Herren. Der Reichskanzler hat in seiner kurzen Rede einige Ansichten über die Flottenpolitik

geäußert, die bei ähnlicher Gelegenheit seit dem Bestehen des Reiches jeder Reichskanzler äußern kann und äußert: allgemeine Ansichten über die Tendenz der Politik, daß unsere auswärtige Politik nicht nur England, sondern allen Mächten gegenüber darauf gerichtet sei, die wichtigen kulturellen Kräfte der Nationen zu fördern, daß diese Richtlinien in der Politik nicht willkürlich gewählt seien, sondern sich aus dem Dasein der kulturellen Kräfte ergeben. Alles ganz richtig. Und ich bezweifle auch nicht, daß der Reichskanzler die besten Absichten hat. Aber all' das trifft nicht den Kern der Sache. Was Kanzler, Minister, Diplomaten bei solchen Gelegenheiten hier oder bei Festessen oder auf einer Nordlandkreise irgend einer Korona von Zuhörern sagen, ist ganz gleichgültig für die auswärtige Politik. Die Diplomaten beurteilen sich nicht nach dem, was sie bei offiziellen Gelegenheiten sagen — womit ich übrigens nicht betonen will, daß Herr v. Bethmann Hollweg sich schon als Diplomat qualifiziert hat. (Heiterkeit.) Also: die Diplomaten urteilen nicht nach dem, was einer sagt, sondern nach dem, was einer tut oder unterläßt. Und die Taten und Unterlassungen der Reichsregierung und auch des Herrn v. Bethmann Hollweg sind es, welche in England Verunruhigung hervorgerufen haben, und auch die neueste Leistung des Reichskanzlers wird in England den Glauben bestärken, daß das, was die Herren über die Flottenpolitik sagen, keine Bedeutung hat.

Wir können Worte ist der Reichskanzler auf die wichtigste Frage für unsere Beziehungen zu England eingegangen: auf die Frage, ob England und Deutschland nicht dazu kommen könnten, eine

Verständigung über die Abrüstung

herbeizuführen. (Sehr richtig! S. d. Soz.) Und da muß ich darauf

Notizen.

— Beiträge. Prof. Dr. Schubert spricht Dienstag, abends 8 Uhr, in der Urania über „Das Klima Norddeutschlands und seine Ursachen“. Am Mittwoch spricht Prof. Rathgen über „Wörterbücher und Buchhandeln“, Donnerstag Dr. Berndt über „Kultur- und Wirtschaftsleben auf niederen Stufen“ und Sonnabend Dr. Gehlhoff über „Die physikalischen Grundlagen der elektrischen Leuchttechnik“.

— Deutsche Polarpläne. In der Berliner Gesellschaft für Erdkunde entwickelte am Sonnabend Wilhelm Fischer, der sich durch seine Reisen in Tibet bekannt gemacht hat, den Plan einer neuen deutschen Südpolarexpedition. Hauptzweck soll die Erforschung des gewaltigen Innens der Antarktis sein. Der Vorstoß soll von der weit nach Süden offenen Weddellsee und wünschlich gleichzeitig mit einer zweiten Expedition von der Rosssee aus unternommen werden. Die Mittel (1,2 Millionen für ein und 2 Millionen für zwei Schiffe) hofft Fischer privatim aufzubringen. Prof. Peud und der schwedische Forscher Otto Nordenskiöld begrüßten den Plan, der voraussichtlich im Oktober 1910 ins Werk gesetzt werden soll.

In Hamburg tagte der Arbeitsausschuß der Zeppelin-Polargesellschaft, die bekanntlich im Luftschiff Vorforschungen unternehmen will. In Hamburg soll eine Station errichtet werden für zwei Luftschiffe, um Vorstudien für die Polarreise zu unternehmen. Ein Luftschiff fliehet Zeppelin. Im Hochsommer soll mit Vorposten und Polareis auf dem Reichsforschungsdampfer „Poseidon“ begonnen werden.

— Jeanne Marzi, eine der bekanntesten französischen Schriftstellerinnen, ist im Cannes im Alter von 56 Jahren gestorben. Sie hat sich zuerst auf dem Theater versucht und begann erst in reiferen Jahren als Schriftstellerin hervorzutreten. Ihr erster Roman erschien 1887. Einen großen Erfolg hatten die „Courtisanengespräche“, die sie gemeinsam mit Maurice Donnay für die „Die Parisienne“ schrieb. Mit dialogischen Szenen aus der „Gesellschaft“ hat sie am meisten Glück gehabt. Ihre größte Produktivität und der Höhepunkt ihres literarischen Ansehens fällt in das Jahrzehnt 1890 bis 1900. Regung hat sie sicher befallen, aber eigentlich war es die Oberflächlichkeit und die eben noch gesellschaftlich erlaubte Schlipflichkeit ihrer Produktionen, die ihnen einen Platz in französischen und auch deutschen Bourgeoisblättern verschaffte.

— Ein neues Drama von Perez Galdos, dem hervorragenden unter den lebenden spanischen Dramatikern, wurde, wie aus Madrid gemeldet wird, am vergangenen Montag im Madrid der Spanischen Theater aufgeführt. Es heißt „Casandra“ und gehört in die Reihe der früheren antikerischen Dramen: „Moria“, „Donna Perfecta“, „Azarin“, „Palma“ und „Elektra“. In „Casandra“ ist ein neuer Fall der religiösen Entartung dargestellt, die in der bürgerlichen spanischen Gesellschaft wüthet. Die Hauptperson Juana Samaniego verlor in Spanien so häufigen Typus der Panathleten, deren Unabwanktheit schließlich die Existenz ihres Gatten und ihrer Kinder opfert. — Der Erfolg war außerordentlich stark. Das Publikum bereitete dem Dichter eine Ovation und begleitete ihn bis in seine Wohnung.

Kleines feuilleton.

Der schiefe Turm von Pisa. Wie dem alten Campanile auf dem Markusplatz zu Venedig, der am 14. Juli 1902 unerwartet in sich zusammenstürzte, scheint der Turm der Zeit jetzt auch dem berühmten schiefen Turm zu Pisa aus Leben gehen zu wollen. Der Boden unter den Fundamenten hat sich gesenkt und zeigt Verschiebungen, und eine Kommission von Fachmännern beschäftigt sich mit der Frage, auf welche Weise diesem wunderlichen Waudenmal zu weiterem Leben verholfen werden kann. Der Streit über die Entfestigung der Lotabweichung des Turmes, die von einigen als eine absichtliche gewollte Wauflererei bezeichnet wurde, ist dahin entschieden, daß die Neigung zur Senkrechten ursprünglich nicht beabsichtigt war. Im Jahre 1174 hatte der Architekt Bonnanus mit dem Bau begonnen, bei dem zum großen Teile antikes Material benutzt wurde. Als man bis zum dritten Stockwerke des zylindrisch-hohigen, auf acht Geschosse projektierten Turmes gelangt war, trat die unerwartete Senkung des unsicheren Baugrundes ein, ebenso unerwartet kam sie aber auch zum Stillstand, und als man sich vergewissert hatte, daß der Schwerpunkt des Turmes auch unter den veränderten Voraussetzungen noch innerhalb des Kreises der Turmbasis liegen werde, wagte man sich lähn an die Errichtung der nachfolgenden fünf Stockwerke, deren oberstes mit seiner Spitze um nicht weniger als 4,8 Meter überhängt. Wenn der Turm heute ohne wesentliche Beschädigungen ein Alter von mehr als 700 Jahren erreicht hat, so verdankt er dies neben seiner schon erwähnten eigenartigen Schwerpunkt-lage einerseits der eine hohe Festigkeit gewöhnlichen Mauerwerk der marmorierten Umfassungsmauern, die in sich wie der geschwungene Bogen einer feineren Brücke wirken, andererseits aber auch dem Architektenkniff, daß auf der überhängenden Seite entgegengesetzten Seite größere und schwerere Massen eingebaut wurden, die das Uebergewicht wieder ausbalancierten und ähnlich wirkten wie der Schwerpunkt eines Stahlaufhängens. Nichtsdestoweniger beobachtet man schon seit langen Jahren die Voracht, nur drei Personen zu gleicher Zeit zur Besteigung zuzulassen. Weit bedenkllicher als das Gewicht so weniger Menschen ist dasjenige des im obersten Umgang in dessen Bogen hängen: von dem allein die Risikoglocke 10 000 Pfänder Flusd wiegt. Auch sie ist allerdings vorsichtigerweise auf der der Neigung entgegengesetzten Seite aufgehängt.

Musik.

Welchen Schatz wir an den wenigen Opem des heiteren Genres aus deutscher Komponistenschule besitzen, zeigte noch mehr, als die neuliche Stradella-Vorstellung, die Reinsublimierung von H. Piotows „Martha oder Der Markt zu Richmond“, die uns am Sonntag von der Volksope dargeboten wurde. Mit Geschick schlug die Regie einen Weg ein, der sich sowohl vom Ton der „großen“ Oper wie von dem der Operette fernhielt. Auf diesem Weg läßt sich allerdings noch weit ausbreiten; und ein solches Ausbreiten ist uns so öftiger und dringender, als uns die

betreffen, daß wir im vorigen Jahre eine Resolution eingebracht hatten, die es der Regierung sehr erleichtert hätte, ein solches Abkommen mit England zu treffen, weil wir in der Resolution auswärtigen, daß in einem solchen Abkommen auch die Frage des Vorkriegsrechts geregelt werden sollte. Aber die Regierung hat sich ablehnend verhalten und ebenso die bürgerlichen Parteien dieses Hauses mit alleiniger Ausnahme der Freiwiligen. Jetzt könnte man ja nach den Äußerungen des Grafen v. Dypertdorf glauben, daß in einem Teil der bürgerlichen Parteien die Meinung für ein solches Abkommen vorhanden wäre. Sie sehen auch hier wieder, wie solche Anregungen der Sozialdemokraten, die zuerst auf allgemeine Abneigung stoßen, von den bürgerlichen Parteien aufgenommen werden. (Zuruf im Zentrum.) Sie sagen, Sie haben diese Meinung längst gehabt! Dann ist es nur bedauerlich, daß Sie diese Ansicht nicht in die Tat umgesetzt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im Zusammenhang mit den Ausführungen des Herrn v. Bassemann über die Haltung Englands will ich nur darauf hinweisen, wie die Engländer die Rede des Herrn v. Bethmann beurteilen, sie geben Acht auf das, was er behauptet, und gehen abschließend über die allgemeinen Lebensarten hinweg. Ein heutiges Mittagsblatt bringt Auszüge der englischen Tageszeitungen über die Rede des Reichskanzlers. Zunächst konstatiert es, daß die liberalen Blätter sich sehr kühl auszuweisen und auch die konservativen Blätter kommen über kühlfreundliche Redewendungen nicht hinaus. Die verhältnismäßig freundlichste Besprechung ist die des „Daily Graphic“. Das Blatt sagt:

„Niemand zweifelt Deutschlands Recht an, als unabhängiger Staat eine gewaltige Flotte zu bauen. Dies schließt jedoch nicht aus, daß andere dadurch verletzt werden. Die Wahrheit ist, daß die öffentliche Meinung dieses Landes erregt und erstaunt ist, nicht weil dem englischen Steuerzahler dieselben Lasten wie dem deutschen aufgebürdet werden, sondern vor allem, weil diese Rüstungen eine Verminderung der deutschen Freundschaft bedeuten. Zweifellos wird dies Deutschland bereuen. Eine Freundschaft aber, die uns viele Millionen pro Jahr kostet und durch Mißtrauen so verbittert ist, daß sie Garantien in Dreadnoughts suchen muß, kann niemals mehr als diplomatische Redensart sein.“

Die Erregung, die in England fortgesetzt besteht, hat ihren Grund darin, daß die Engländer sich mit gutem Recht sagen: Wollte das Deutsche Reich weiter nichts, als seine Riffen und seinen Handel schützen, so brauchte es eine so große Flotte nicht. Diese kann nur den Zweck haben, eventuell für einen großen Seekrieg mit einer großen Seemacht gerüstet zu sein. Und das kann, wie die Dinge liegen, nur ein Krieg mit England sein; sie sagen sich also zweifellos: Deutschland präpariert sich auf einen eventuellen Seekrieg mit England. Und da arbeiten natürlich die englischen Jingo's, das für ihre Zwecke zu verarbeiten, wie unsere Chauvinisten die englischen Rüstungen ausnutzen, um hier für den Flottenbau Propaganda zu machen. Und deshalb müssen alle Leute, welche diese jingoistischen und chauvinistischen Verheerungen in beiden Ländern bekämpfen wollen, alles aufbieten, um den Jingo's und den Chauvinisten im eigenen Lande entgegenzutreten und sie zu bekämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie zu uns sagen, sorgen Sie doch, daß die Engländer eine andere Meinung von Deutschland bekommen, so erwidere ich Ihnen: Die Engländer können wir von hier aus nicht belehren, wohl aber müssen wir

#### unseren eigenen Chauvinisten bekämpfen,

damit sie ihre Flottenrüstungen zurückbrauchen. Und genau das verlangen in England unsere Parteigenossen von den englischen Jingo's! (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Herr Bassemann sagte, in England verhielten sich die Sozialdemokraten ganz anders, da bewilligten sie die Mittel für die Flotte. Zufällig hat unser Genosse Südelum gerade heute einen Brief von dem Vorsitzenden der englischen Labour-Party bekommen, in welchem darauf aufmerksam gemacht wird, daß von den englischen Jingo's und Flottenhebern die Ansicht verbreitet wird, die deutschen Sozialdemokraten träten für erhöhte Flottenrüstungen ein. Er sagt hinzu: „Wir glauben das nicht, aber durch die Verbreitung dieser Ansicht kommen wir im Unterhause in eine schwierige Lage“. Es ist sehr charakteristisch, daß die englischen Jingo's mit allen Mitteln die Ansicht zu verbreiten suchen, die deutschen Sozialdemokraten seien marinerfreundlich, genau wie es hier alle Augenblicke heißt: „Recht Euch ein Beispiel an den englischen Sozialdemokraten, das sind Patrioten!“ Ich hoffe, Ihnen dieses Argument ein für allemal aus der Hand geschlagen zu haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

#### Man sagt nun, wir brauchen

#### „die Flotte zur Verteidigung unserer Küste und des Handels.“

Demgegenüber berufe ich mich auf einen Gewährsmann, der Ihnen näher steht als uns: auf den früheren Staatssekretär v. Hellmann, der gesagt hat:

#### Die deutschen Küsten verteidigen sich selbst!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine ganz verkehrte Anschauung ist es, als ob der Handel durch eine starke Kriegsflotte geschützt werden könnte. Wenn Sie den deutschen Handel für den Fall eines Krieges, zu dem es ja hoffentlich niemals kommen wird, schützen wollen, so müssen Sie nach unserer vorjährigen Resolution handeln, die verlangte, daß das Seebüchrecht beseitigt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist natürlich nur zu erreichen durch eine Verständigung mit England und durch ein Entgegenkommen gegenüber dem englischen Wunsch auf Beschränkung der Rüstungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Herr Bassemann sich auf den Genossen Leuthner berufen hat, so bemerke ich zunächst, daß Leuthner Deutscher ist. Im übrigen ist er in hohem Maße angefeindet von allen deutschen Anschauungen. Auch sind die „Monatsblätter“ ein von der Partei völlig unabhängiges Blatt, und aus Artikeln, die in den „Monatsblättern“ erscheinen, auf offizielle Ansichten der Partei zu schließen, ist absolut unberechtigt. Im übrigen steht Leuthner in der Partei alleck mit seinen alldemokratischen chauvinistischen Phantasereien, die bei uns nur Heiterkeit erregen. Damit kann also Herr Bassemann keinen Staat machen.

#### Hinterhältigkeit und Mangel an Offenheit

Ich muß dann noch auf eine allgemeine Erscheinung bei unseren leitenden Staatsmännern kommen, die viel dazu beiträgt, das Mißtrauen im Ausland gegen die Politik der deutschen Regierung zu mehren. Mein Parteigenosse Südelum hat schon einen Auspruch des verstorbenen Abgeordneten Eugen Richter über die Methode der Auskünfte des Herrn Staatssekretärs von Tirpitz angeführt. Richter sagte damals: „Der Erlaß (auf den sich seine Rede bezog) enthält das Eingeständnis einer Hinterhältigkeit, eines Mangels an Offenheit, dem wir leider bei Herrn Staatssekretär v. Tirpitz nicht zum ersten Male begegnen.“ Ich rief damals: „Und dem wie ja nicht zum letzten Male begegnen!“ Wir sind dieser Methode auch bei anderen Vertretern der Reichsregierung vielmehr fortwährend begegnet. Ich erinnere zum Beispiel auch an die Auskünfte des Fürsten Bülow und des Herrn v. Tirpitz in bezug auf die Verständigung mit England. Auf eine Anfrage des Abg. Daubmann erklärte am 10. Dezember 1906 Fürst Bülow: „Es ist gefragt worden, warum wir gegenwärtig englischen Vorschlägen in bezug auf eine Einschränkung der Rüstungen eine ablehnende Haltung eingenommen hätten. Ich stelle zunächst fest, daß ein solcher Vorschlag an uns nicht herangetragen ist.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) ... Unsere Zurückhaltung geht hervor aus Zweifel an der praktischen Durchführbarkeit.“ Als dann im englischen Parlament Herr Asquith erklärte, daß allerdings die Regierung mit einer Offerte an die deutsche Regierung heranzutreten sei, damit diese ihre Hand zu Vereinbarungen über die Herabsetzung der Rüstungen biete, wurde das in der Unterkommission vorgebracht. Darauf erklärte Herr v. Tirpitz am 17. März, indem er Bezug nahm auf die Erklärungen des Reichskanzlers Fürsten Bülow, nochmals: „Ich stelle fest, daß ein solcher Vorschlag an uns nicht herangetragen ist.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Form dieser Abstreitung muß jeden glauben machen, daß niemals an die deutsche Regierung eine solche Anregung gelangt sei. Und was war die Wahrheit? Es kam schließlich heraus, daß die englische Regierung zwar nicht in offizieller Form, aber doch unter der Hand in formloser Weise der deutschen Regierung wiederholt nahegelegt hatte, ob sie nicht zu solchen Verhandlungen die Hand bieten wolle. Und die englische Regierung hatte diese formlose Weisung gewährt, weil es eben diplomatischer Gebrauch ist, bei solchen Verhandlungen zwischen zwei Staaten einen formellen Vorschlag erst zu machen, wenn vorher in formloser Weise eine prinzipielle Verständigung erzielt ist! Angesichts dieser Tatsache beweist die Auskunftsweise der Regierung die Verechthigung des Vorwurfs der Hinterhältigkeit. Die Regierung wird sich ja wachsam auf den Standpunkt stellen, sie verhandelt eben mit dem Reichstag auch diplomatisch. Das ist ja Ihre Methode, daß sie den

#### Reichstag wie eine fremde Macht behandelt,

mit allerhand Kniffen auf ihn Einfluß zu üben sucht und ihn niemals klaren Wein einschenkt. Die Regierung behandelt das Parlament so

#### wie der Polizeipräsident v. Jagow

die Bevölkerung Berlins als feindliche Macht behandelt, nur daß dieser nicht diplomatische Mittel gebrauchen, sondern direkt auf friedliche Leute einzuwirken läßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere auch an die Haltung des Herrn v. Bethmann-Hollweg beim Sprachenparagrafen!

Nach all den Erfahrungen trauen wir den Leuten von der Regierung überhaupt nicht mehr zu, daß sie offen und ehrlich und gegenüberstehen. Wir fragen uns immer, wenn einer der Herren eine Erklärung abgibt: Was bedeutet er? Was will er damit? Hat er Hintergedanken? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Welchen Eindruck muß das aber nach außen machen, auch auf die öffentliche Meinung im Ausland! Sie wird dadurch nur verstärkt in dem Glauben, daß hinter all den Redensarten voller Frechheit böse Hintergedanken stecken. Indem die Herren von der Regierung diese diplomatischen Mittel der doppeldeutigen Auskünfte in das öffentliche politische Leben einführen, diskreditieren sie nicht nur sich in Deutschland, sondern sie diskreditieren auch unser Vaterland gegenüber fremden Mächten.

Vizepräsident Erbsprinz zu Hohenzollern: Sie dürfen nicht von der deutschen Regierung sagen, daß sie unser Vaterland gegenüber fremden Mächten diskreditieren.

Abg. Ledebour: Ich habe gemeint, die Haltung unserer Regierung wie sie sich im Ausland darstellt, daß die deutsche Regierung unser Vaterland nicht diskreditieren will, bezweifle ich nicht; die Herren sind sich eben nicht klar über das, was sie tun! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Folge ist jedenfalls, daß das Ansehen Deutschlands im Ausland immer mehr sinkt, wenn das Ausland sieht, was sich das deutsche Volk gefallen lassen muß von den Mitgliedern der Regierung, die nach unserer Überzeugung überhaupt nicht den vollen Kredit erstklassiger Staatsmänner haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Genau so wie das Ansehen Russlands im Ausland unter den Kulturpunkt gerufen ist durch die Regierungsmethoden der zarischen Bureaucratie, so sinkt das Ansehen Deutschlands im Ausland durch die Regierungsmethode der preussischen Bureaucratie, die das eigene Volk wie eine feindliche Macht behandelt. Ist es doch, wie gesagt, schon so weit gekommen, daß dieser unfugbare Herr v. Jagow sich erlaubt, auf friedliche Spaziergänger seine Gendarmen und Schutzleute einzuweisen zu lassen. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Hohenzollern: Ich bitte Sie, bei der Sache zu bleiben.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich will den Nachweis führen, daß durch die jetzige Regierungsmethode das Ansehen Deutschlands im Ausland auf das Schwächste gefährdet wird. Sie werden mir es doch nicht unmöglich machen wollen, gegen den Reichskanzler, der diese Fragen der auswärtigen Politik hier in die Debatte hineingebracht hat, zu polemisieren. Haben Sie so wenig Vertrauen zu dem Herrn, daß er sich nicht selbst verteidigen kann? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also die Herstellung eines friedlichen Verhältnisses zu England wird durch diese Methode der Regierung gegenüber dem Parlamente und dem Volke auf das schwerste gefährdet. Deshalb ist es Aufgabe des Reichstages, dafür zu sorgen, gestützt auf die Bewegung im Volke, daß diese Leute von der Regierung beseitigt werden, die nicht läbig sind, das Ansehen Deutschlands in England zu wahren, die nicht läbig sind, Deutschland die Stellung zu verschaffen, die einem großen, fortgeschrittenen, freien Kulturvolke gebührt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Wenn Sie (nach rechts) und im Stillsitzen dabei, so werden wir den Kampf allein führen, und wir werden es schließlich dahin bringen, daß diese absolut unfähige Regierung um so schneller verschwindet. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Es ist eine Keuschung des verstorbenen Abgeordneten Richter zitiert worden. Der betreffende Erlaß ist damals von Herrn Richter so verstanden worden, als ob er eine Verschlingung unserer Indienststellung beabsichtigt. Diese Ansicht hat niemals vorgelegen, es war dies ein Mißverständnis des Herrn Richter. Der positive Beweis liegt jetzt vor: darin, daß wir nicht ein Jahr schneller vorgegangen sind, als in dem Flottenprogramm vorgeesehen war. Damit ist der Vorwurf der Hinterhältigkeit in diesem Falle vollständig zurückgewiesen.

Wenn man sich den Vorwurf der Hinterhältigkeit in bezug auf unsere Ausführungen bezüglich Vereinbarungen mit England über die Flottenrüstungen als nachdrücklich zurückweisen. Ich kann jedes Wort ausrecht erdalen, das ich in dieser Angelegenheit gesagt habe. Es hieß damals in der Erklärung der Regierung: „Die englische Regierung hat zwar allgemein ihre Vereinstwilligkeit zu erkennen gegeben, in dieser Frage zu einer Verständigung zu gelangen, aber in den unvermeidlichen Gesprächen ist niemals ein englischer Vorschlag hervorgetreten, der nach unserer Auffassung als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können.“ Danach werden Sie mir zugeben, daß ich voll berechtigt bin, den Vorwurf der Hinterhältigkeit zurückzuweisen. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Dreyer (Rp.): Herr Ledebour hat kein Recht, und als Jingo zu bezeichnen, denn das würde heißen, wir bauen die Flotte zu Angriffszwecken, und das muß ich zurückweisen. Bedauerlich ist, daß man in England die Ausführungen des Herrn Ledebour als die eines Verräters der Arbeiterpartei ansehen wird, denn man versteht es in England nicht, daß sich eine Arbeiterpartei mit der Existenz des ganzen Staates in Widerspruch setzt, wie das in Deutschland die Sozialdemokratie tut.

Hedner wendet sich dagegen, daß Beamte ohne Erlaubnis ihrer Vorgesetzten Mitteilungen an Parlamentarier machen. Der Beamte soll gewiß das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht haben, seinen Verstand nach Belieben zu wählen; er soll aber nicht hinter dem Rücken seiner vorgesetzten Behörden sich mit Abgeordneten in Verbindung setzen und dadurch die Beamten-disziplin gefährden. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dreyer (Rp.): Herr Ledebour ärgert naturgemäß die Kürze der Rede des Herrn Reichskanzlers. Wir aber sind mit den kurzen und würdigen Worten des Reichskanzlers voll aufzufrieden. Wenn die Erklärung wenig Neues bot, so hat auch die Rede des Abg. Ledebour trotz ihrer Länge wenig Neues. (Zustimmung rechts.)

Abg. Werner (Ant.): Ueber den Kieler Wertprozeß ist genug gesprochen worden. (Hedner verbeugte sich sehr ausgiebig über den Kieler Wertprozeß.) Herr Ledebour hat den Reichskanzler und Herrn v. Tirpitz als unfähig hingestellt. Er sollte doch nicht den Rückschlag seiner eigenen Fähigkeit an andere Staubgeborene anlegen. (Weiterkeit rechts.)

Abg. Graf Dypertdorf (Rp.) betont erneut und nachdrücklich die Notwendigkeit, eine Konvention gegenüber Krupp zu schaffen. — Es ist ein Denkfehler, wenn die Verständigung über eine Begrenzung des Flottenbaus mit Abstrahlung identisch gesetzt wird. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir halten durchaus an dem Flottengebot fest, das schließt aber nicht aus, daß nicht sowohl der Staats-

sekretär des Reichsmarineamts als vielmehr das Auswärtige Amt sich sehr ernst mit der Frage der internationalen Verständigung beschäftigt. Hat doch ein Mann wie Herr v. Holstein die Beschränkung der Flottenrüstungen durch internationale Abmachungen für sehr distastabel erklärt. (Lebhaftes Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Herr Wassermann läßt gut, solche Beschränkungen nicht mit Redewendungen wie „Aufgabe des nationalen Selbstbestimmungsrechts“, „Harmlosigkeit“ usw. oder mit dem Vergleich Deutschlands und Serbiens abzutun. Mit Serbien stellt sich Deutschland noch längst nicht auf eine Stufe, wenn es den Gedanken einer verträglichen Beschränkung der Flottenrüstungen in Erwägung zieht. (Lebhaftes Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Leunhardt (Frisch. Sp.): Fragen von der eminenten Bedeutung der Flottenrüstungen sollten nur in Gegenwart des Reichskanzlers verhandelt werden. Herr v. Bethmann-Hollweg ist ja auch am Sonnabend hier gewesen, aber nur auf sehr kurze Zeit. Er hat sehr schnell den Staub des Reichstagspaares von seinem Rücken geschüttelt. (Weiterkeit und Sehr wahr! links.) Hedner kritisiert erneut das bekannte Verbot des Kieler Oberverwaltungsamts und erucht den Staatssekretär, solchen Eingriffen in die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten, die zugleich einen Eingriff in die Tätigkeit der Abgeordneten darstellen, ein Ende zu machen. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Den Antrag auf Wiederherstellung der gestrichenen Resegelder bitte ich dringend abzulehnen. Durch die Resegelder haben sich die einzelnen Offiziere

#### Erspornisse bis zu 20 000 Mark!

erübrigt. (Lebhaftes Hört! hört! links und im Zentrum.) Mit diesem Mißbrauch muß unbedingt gebrochen werden. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: In bezug auf das Verhältnis von Beamten zu den Herren Abgeordneten sehe ich ganz auf dem Standpunkt des Herrn v. Serben. Vom Admiral v. Njedom wird mir telegraphisch mitgeteilt, daß er auf das bestimmteste in Abrede stelle, Untersuchungen eingeleitet oder angeordnet zu haben, um Beziehungen zwischen Abgeordneten und Beamten festzustellen.

Abg. Dr. Strauß (So. Sp.): Ich werde es gewiß nicht billigen, wenn Beamte unrichtige Details an Abgeordnete bringen, um die Verwaltung zu schädigen, aber wir dürfen andererseits den Beamten in keiner Weise ihr Staatsbürgerrecht nehmen: als einzige wirkliche Sachkenner auf öffentliche Mißstände hinzuweisen.

Abg. Erzberger (Z.): Also der Staatssekretär hat die Ermittlungen über das Verhältnis der Beamten zu den Abgeordneten nicht angefordert und der Oberverwaltungsamts auch nicht, das haben wir gehört. Nun soll er aber auch positiv sagen, wer und welche Stelle diese Ermittlungen angeordnet hat! (Sehr richtig!) Die Mangelhaftigkeit vor der Kritik muß den Verdacht erwecken, als ob nicht alles so gut und schön bestellt ist, wie der Staatssekretär gerne glauben machen möchte.

Einem blinden Autoritätsglauben an die Firma Krupp wollen wir nicht huldigen; dieser blinde Autoritätsglaube hat uns schon einmal bare 100 Millionen Mark gekostet! (Sehr richtig! im Zentrum.) Dieser Autoritätsglaube führte früher einmal dazu, daß unsere Artillerie gegenüber der französischen minderwertig war (Sehr wahr! links und im Zentrum), und es kostete schweres Geld, den Vorprung wieder einzuholen.

Damit schließt die Diskussion.

Berserkel bemerkt

Abg. Ledebour (So.): Der Staatssekretär v. Tirpitz hat durch sein Zitieren der vorjährigen Worte des Staatssekretärs v. Schoen, die ich nur angeführt hatte, nur bestätigt, was ich gesagt habe. Ich bin ihm für diese Unterstützung dankbar; notwendig war sie freilich nicht.

Der Titel wird bewilligt; einige weitere Titel werden debattelos bewilligt.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 7½ Uhr.

#### Abgeordnetenhause.

35. Sitzung: Montag, 7. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend Aufhebung des Landkreises Frankfurt a. M. und Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt.

Abg. v. Karborsff (R.) wendet sich gegen die Vorlage: Ausschlaggebend für uns ist, daß die Stadt Frankfurt ein außerordentlich weitgehendes Wahlrecht besitzt. Es ist dort das geheime, direkte und annähernd gleiche Wahlrecht eingeführt, das für die Kommunen jedenfalls das ungeeignetste ist. Bezeichnend ist, daß die Wahlrechtsdemonstrationen in Frankfurt den Verfall der Mehrheit der dortigen Stadtverordnetenversammlung gefunden haben. Das ist keine Stadtverordnetenversammlung, der wir die Interessen preussischer Landgemeinden anvertrauen können! (Bravo! rechts.) Wir erkennen an, daß der jetzige Oberbürgermeister Adikes durch seine Bodenpolitik großes geleistet hat, aber was soll später werden, wenn einmal ein Mann an der Spitze Frankfurts steht, der Geist vom Geiste der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ist! Aus diesem Grunde können meine Freunde der Stadt Frankfurt die unbegrenzte Erweiterungsmöglichkeit nicht geben. (Bravo! rechts.)

Ein Regierungskommissar erwidert: Wenn Sie die Vorlage ablehnen, so bringen Sie damit zum Ausdruck: wir wollen die wirtschaftliche Entwidlung, wie sie sich tatsächlich vor den Toren Frankfurts vollzieht, zum Halten bringen. Das können wir nicht wollen, wenn wir vom Standpunkt des öffentlichen Interesses ausgehen. (Sehr gut! links.)

Daß Frankfurt eine ausgezeichnete Verwaltung hat, hat auch der Herr Vorredner anerkannt. Wenn er meinte, daß das an der Person des Herrn Oberbürgermeisters Adikes hängt, so erinnere ich daran, daß die Stadt Frankfurt es stets verstanden hat, ausgezeichnete Männer an die Spitze der Verwaltung zu berufen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Hund. (fr. Sp.): Es handelt sich bei der Reden um einen politischen Vorstoß gegen das demokratische Frankfurt. Nebenbei kommt das Frankfurter geheime Wahlrecht aus dem Jahre 1867 und ist, wie ich zur Vergebung des Herrn v. Karborsff mitteilen will, an einen Senfus von 1200 W. gebunden! Der Geist der Stadtverwaltung wird auch keineswegs allein durch den Oberbürgermeister beeinflusst, sondern die Frankfurter Bürgerschaft hat immer einen lebendigen Sinn im Interesse der Allgemeinheit bewahrt. (Bravo! links.)

Abg. v. Bülow-Domburg (natl.) spricht sich für die Vorlage aus.

Abg. v. Wappensim (L.): Ein großer Teil meiner Freunde wird gegen die Vorlage stimmen. Ich persönlich erkenne allerdings aus meiner Kenntnis der Verhältnisse heraus an, daß ein dringendes Bedürfnis zur anderweitigen Abgrenzung Frankfurts vorliegt. Die Verquickung der Wahlrechtsfrage lehne ich ab, für mich kommt hier allein das öffentliche Interesse in Frage.

Abg. Kirck (Z.) erklärt, daß die Mehrheit seiner Freunde für die Vorlage stimmen werde.

#### Abg. Borgmann (So.):

Herr v. Karborsff scheint selbst keine sachlichen Gründe gegen die Eingemeindung nicht für besonders stichhaltig zu halten, da er als Hauptgründe andere vorgebracht hat, die mit der Vorlage gar nichts zu tun haben, nämlich die Gefahr späterer weitergehender Eingemeindungen und die Frage des Wahlrechts. Da es sich hier nur um Frankfurt handelt, kann ich leider nicht, wie ich es gern getan hätte, auf die geistigen Berliner Demonstrationen im Alexanderpark eingehen.

Den Sozialdemokraten.) Was die Ausführungen des Herrn von Kardorff über den Oberbürgermeister Widens betrifft, so irrt er sich außerordentlich, wenn er meint, daß alles, was Frankfurt geleistet hat, aus dem Kopfe des Herrn Widens hervorgegangen sei. Auch die Mitglieder der städtischen Verwaltung haben ihr reichlich Teil zu der Entwicklung Frankfurts beigetragen. Ich kann ja versichern, daß Herr v. Kardorff als Vandalat gewohnt ist, sich in seinem Kreise als den lieben Gott anzusehen, von dem alles ausgeht. (Weiterkeit.) Er hat offenbar nicht das geringste Verständnis für die Wirklichkeit der Selbstverwaltung. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr v. Kardorff behauptet, die Landgemeinden könnten ebenso gut für die Verkehrsbedürfnisse usw. sorgen, wenn sie selbstständig blieben, so beweist die Begründung der Vorlage das Gegenteil. Gibt es doch für die 80 000 Einwohner des Landkreises gar kein Krankenhaus; die Bewohner des Landkreises sind ja auf die Stadt Frankfurt angewiesen. (Hört! hört!) Ebenso wenig gibt es natürlich eine höhere Schule in diesem Landkreise.

Die Ausführungen des Herrn v. Kardorff haben wieder erkennen lassen, daß in den Kreisen der Konservativen eine hochgradige Städtefeindschaft vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin überzeugt, die Mehrheit dieses Hauses wird sich dem nicht anschließen, sondern wird anerkennen, daß hier eine zwingende Notwendigkeit vorliegt, im öffentlichen Interesse die Eingemeindung vorzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (H.) protestiert dagegen, daß die Konservativen Feinde der Städte wären.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Mehrheit der Konservativen und eines Teils des Zentrums angenommen.

Eine Reihe weiterer Eingemeindungsvorlagen werden in dritter Lesung debattiert angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.): Handel, Gewerbe und Industrie sind zweifellos zu gering in den Parlamenten vertreten. Diesen Zustand zu beseitigen, ist Aufgabe des Hansabundes. Der Hansabund stellt sich durchaus nicht in Gegensatz zur Landwirtschaft, sondern nur zu der verheerenden Tätigkeit des Bundes der Landwirte. (Sehr richtig! links.) Als in einem Orte an der Nahe eine Ortsgruppe des Hansabundes sich bildete, erklärten die Angehörigen des Bundes der Landwirte, bei den Vorstandsmitgliedern dieser Ortsgruppe auch nicht für einen Groschen mehr laufen zu wollen! (Hört! hört! links.) Ist dieser Terror des Bundes der Landwirte um ein Haar besser als der Terrorismus, den man der Sozialdemokratie vorwirft? (Sehr gut! links, Jurus des Abgeordneten v. G. m. n. n.; Und den das Zentrum treibt!) — Gegenüber neuen sozialpolitischen Vorschlägen ist dringend Vorsicht geboten, denn Industrie und Handwerk sind ohnehin schwer belastet. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Naderst (H.): Die Wädereiverordnung sollte möglichst milde gehandhabt werden! Der Erlaß des Ministers, der den forporativen Beiräten von Innungen zum Arbeitgeberverbande gestattet, ist dankenswert. Ich verstehe nicht, wie die Vinske sich dagegen wendet, denn gerade dadurch wird doch die Einbürgerung der Parisierbevölkerung ermöglicht. Die Lage der selbständigen Handwerker ist vielfach schlechter als die der Industriearbeiter. Mit der Verelendungstheorie der Sozialdemokratie ist es also nichts. Die Berücksichtigung bei Submissionen und öffentlichen Lieferungen ist und immer wieder zugesagt worden, aber es ist leider bei den fahnen Worten geblieben.

Handelsminister Sydow: Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Handelsministers, dafür zu sorgen, daß selbständige Erzeugnisse durch die Fürsorge für das Handwerk erhalten und vermehrt werden. (Bravo! rechts.) Lieferungen an das Handwerk sind vor allem von der Militärverwaltung in erheblichem Umfang vergeben worden. Die Frage der Abgrenzung von Fabrik- und Handwerk steht jetzt zur Entscheidung. — Die Wädereiverordnung wird keineswegs rigoros gehandhabt, sondern es wird so nachsichtig wie irgend möglich bei ihrer Durchführung verfahren! Die ganze Verordnung nur auf Neubauten anzuwenden, ist unmöglich, denn es bestanden doch

zum Teil in den Wädereien ganz außerordentliche Mißstände.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus Gründen der Humanität möchte dagegen eingeschritten werden. (Sehr richtig!) Von Seiten der Wädereigenen sind gerade Eingaben an uns gekommen: nicht zu langsam mit der Durchführung der Verordnung vorzugehen. (Jurus rechts: Das ist selbstverständlich! Das ist die andere Seite!) Jawohl, aber auch die mußte berücksichtigt werden angesichts der wirklich groben Mißstände. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Was das Werk betr. die Sicherung der Kauforderungen anlangt, so sollen erst die Erfahrungen mit dem ersten Teil abgewartet werden, ehe der zweite in Kraft gesetzt wird.

Abg. Karstanz (Volk): Es ist in Rußisch-Polen so weit gekommen, daß deutsche Waren als „englische“ bezeichnet werden müßten, um nicht beschlagnahmt zu werden. Auch die kleinen Handwerker haben unter der verheerenden Polenpolitik außerordentlich zu leiden. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Wenn Herr Naderst forderte, daß die Kosten der Sozialpolitik aus allgemeinen Steuermitteln aufgebracht werden sollen, so segelt er bereits mitten ins sozialdemokratische Fahrwasser hinein. Ich bestreite, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie unter der Sozialpolitik irgendwie gelitten hat, im Gegenteil, ihr Absatzgebiet hat sich vergrößert infolge ihres gesunden und intelligenten Arbeiterhandels. (Bravo! bei den Polen.)

Darauf versagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. (Vorher dritte Lesung von Eingemeindungsvorlagen.)

Schluß 4 Uhr.

## Parlamentarisches.

Ein Marinepalast für 5 Millionen. — Der Postetat erledigt. Die Budgetkommission des Reichstages behandelt am Montag zuerst eine Marinefrage: die Marinerverwaltung will einen Palast errichten; sie ist deshalb mit der Hochbahngesellschaft in Unterhandlung getreten. Nach den vorläufig getroffenen Vereinbarungen tritt das Reich fünf verschiedene reichseigene Grundstücke in Größe von 6000 Quadratmetern ab und kauft dafür ein Grundstück von 20 300 Quadratmetern an der Kaiserin-Augusta- und Bendlerstraße ein. Die Inkosten für die Ablösung der Mieter usw. werden sich auf etwa 1,3 Millionen Mark belaufen, die von der Hochbahngesellschaft getragen werden. — Die Kommission beschloß als erste Rate für den auf 5 Millionen Mark geschätzten Neubau 760 000 M. in den Etat einzustellen, obgleich ihr weder Baupläne noch Kostenvorschläge vorgelegt wurden!

Bei der Weiterberatung des Postetats kam es wegen eines vom Referenten, dem nationalliberalen Abg. v. Heibelberg, beantragten Abstriches zu einer längeren Debatte. Der Referent hatte von den für „Stellvertreterungskosten und Tagelöhner“ für erkrankte Beamten (wofür 12 888 000 M. angelegt sind) 1 Million abzukürzen beantragt. Er wurde vom Abg. Czabarger darin warm unterstützt, der den Standpunkt vertrat, daß wenn ein Beamter erkrankt, die anderen die Arbeit vorübergehend mitberichten sollten! Dagegen legte Gewisse Schöpflin einschneidende Verwahrung ein, denn die Postbeamten seien im allgemeinen gerade genug angestrengt. Den gleichen Standpunkt vertrat der Abg. Eichhoff. Der volle Betrag wurde denn auch mit knapper Mehrheit bewilligt; vom Zentrum stimmten zwei Mitglieder für, die anderen gegen die Bewilligung der höheren Summe.

Beim Titel „Telegraphie“ beschwerte sich der Abg. Zabel über die differenzierte Behandlung der Telegraphenarbeiter gegenüber den Postunterbeamten, indem jenen bei ihrer Festanstellung die Dienstzeit, die sie als Arbeiter verbracht haben, nicht angerechnet werde. Weiter beklagte unser Redner, daß die Postverwaltung bei Arbeiterentlassungen nicht immer die notwendige Rücksicht walten lasse. Der Staatssekretär erwiderte, daß Arbeiterentlassungen nur in zwingenden Fällen vorgenommen werden. Auch würde hierbei nicht schematisch verfahren, sondern zuerst die jüngeren Kräfte entlassen; daß die Verwaltung aber die an einem Orte überflüssig gewordenen Kräfte da verwende, wo Neueinstellungen erfolgten, das sei nicht durchzuführen, weil man die Arbeiter nicht wie Beamten verfahren könne. . . . Die Gesamteinnahmen sind mit 609 226 325 M. (20 578 725 M. mehr als im Vorjahre), die Ausgaben mit 641 027 977 M. (1 685 932 M. mehr als im Vorjahre) eingesetzt. Näht man den Nachtrag, der wahrscheinlich auch dieses Jahr nicht ausbleiben wird, unberücksichtigt, so verbleibt dem Reiche aus seinem Postbetrieb ein Ueberschuß von 52 198 348 M.

Ueber die Petitionen, soweit sie die Aufbesserung der Beamtengehälter betreffen, ging die Kommission mit Rücksicht auf die erst im vorigen Jahre erfolgte Neuregelung zur Tagesordnung über. (Die anderen Petitionen sollen später noch verhandelt werden.) Damit war der Postetat verhältnismäßig rasch und für den Staatssekretär Kracke relativ günstig erledigt. Am Dienstag: Reichseisenbahnamt.

## Aus der Partei.

Hervé und die geeinigte Partei.

Paris, 5. März. (Fig. Ver.) Seit einigen Tagen bringen bürgerliche Blätter verschiedener Richtung Berichte und Artikel über den angeblichen Entschluß Hervés, die sozialistische Partei zu verlassen. Es liegt indes keine Veranlassung vor, das Gemüt auf Abschied zu stimmen. Wichtig ist nur, daß Hervé jetzt gemeinsam mit dem Anarchisten Sebastian Faure eine „revolutionäre Partei“ gründet, die die „insurrektionellen Sozialisten“ mit den „revolutionären Syndikaten“ und den Anarchisten vereinigen soll. Aber daraus zu schließen, daß Hervé seine alte Partei verlassen will, wäre etwas vorzeitig. Hervé ist klug genug, um zu wissen, daß er seine Berühmtheit nur dem Umstand verdankt, daß er seine Reklametrompete auf der Straße der Partei bläst und ihr ein Echo überall dort wadrufft, wo man dem Sozialismus abel will. Wer würde dem Angehörigen einer ohnmächtigen Konspiratorenblase noch Aufmerksamkeit schenken. Es bleibt nur noch die Frage, ob die sozialistische Partei selbst zusehen will, daß eines ihrer Mitglieder für eine andere politische Partei tätig ist und für ein Programm Propaganda macht, dessen Bekenner längst von den internationalen Sozialistenkongressen ausgeschlossen sind. Aber man weiß, daß die französische Partei in diesen Dingen gar nicht empfindlich ist. Sicher wäre es — um nur ein neues Postum zu erwähnen — in anderen sozialistischen Parteien schwerlich möglich, daß ein Genosse Versammlungen einberuft, von denen er die anderen Meinungen abhängenden Genossen ausschließt, wie es Hervé bei seinen Versammlungen der „Insurrektionellen“ verfügt. Geht aus diesen Einberufungen hervor, daß in der Tat schon innerhalb der Partei eine spezielle insurrektionelle Geheimorganisation besteht, so stellt der Versuch, sie nunmehr neben der Partei zu etablieren, keinen grundsätzlichen Disziplinbruch dar. Weiter läßt sich nicht verkennen, daß Hervé sowohl von den inneren Parteigegebenheiten, wie von der Brutalität der Bourgeoisie profitiert. Bald glaubt die eine, bald die andere Richtung, die Rangstimmungen der Insurrektionellen in ihre Kombinationen einbezogen zu müssen, und ein Ausschließungsantrag findet wenig Sympathie, wenn er zeitlich mit einer Aktion der Bourgeoisie gegen Hervé zusammenfällt. Gerade jetzt aber macht das ungeheuerliche Massenurteil, das über Hervé wegen eines wohl wenig geschmackvollen, aber juristisch tatsächlich unangreifbaren Artikels vier Jahre Gefängnis verhängt, in allen freithütlich empfindenden Seelen für ihre Gesühle der Solidarität lebendig. Unter diesen Umständen bleibt ihm wohl in der Frage seines Verhältnisses zur Partei die Initiative überlassen. Vermutlich wird er ihre Tür zuschlagen, aber — wie bisher immer — von innen.

In Erwartung von Neuwahlen.

London, 4. März. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beschloß, Genossen Quidman wieder in Burnley aufzustellen. Es soll hier gleichzeitig bemerkt werden, daß sich die Parteien bereits zu den Neuwahlen rüsten.

## Aus Industrie und Handel.

Zur Geschäftslage in der Textilindustrie.

Die Lage der Baumwollspinnereien ist anhaltend ungünstig. Die Nachfrage nach Garnen entspricht durchaus nicht dem Angebot. Die Marktlage des Rohstoffes zeigt nicht zu Eindeutigkeiten mit Seepinzen. Die Baumwollpreise sind noch immer hoch. Upland middling notierte in Bremen am 3. März 70 Pf. pro 1/2 Kilogramm. Obgleich die Preise schwerlich in nächster Zeit sehr zurückgehen werden, halten die Verkäufer sich doch sehr zurück. In fast allen Ländern Europas sind erhebliche Produktionsbeschränkungen durchgeführt. In einigen Bezirken auch in Deutschland. Eine stärkere Einschränkung dürfte mit dem 1. April erfolgen. An einer ganzen Reihe bedeutender Pläge, so in Leipzig, Chemnitz, sind den Arbeitern entsprechende Ankündigungen gemacht worden. Bei der weit über den Bedarf hinaus vorgenommenen Neuaufstellung von Spindeln wird die Wiederkehr einer so glänzenden Konjunktur wie 1906 und 1907 wohl noch länger auf sich warten lassen. Das gilt von den Baumwollspinnereien wie von vielen Zweigen der Baumwollweberei. In Oberfranken arbeiten einzelne Betriebe nur vier Tage in der Woche. Daß in solchen Zeiten gegen die Arbeiter mit besonders rigorosen Maßnahmen vorgegangen wird, versteht sich am Rande. In Langenbielau stehen noch 200 Stühle still. Andere Webstühle müssen 2-3 Tage auf Arbeitsmaterial warten. Etwas besser geht das Geschäft in der Poser Webweberei, der Frottierwaren- und Gosenstoffbranche der sächsischen Lausitz. Auch die Fabrikation von Chemnitz, Schwalb, Phantasteden, Walsch, Wörtern in Hohenstein, Fritschbaler und Klauenstein, Callenberger Bezirk ist als gut zu bezeichnen. Glänzend ist andauernd das Geschäft in allen Gebieten der Kammgarnspinnereien und Wollkammereien. Alle Abfälle, welche bis jetzt veröffentlicht wurden, lassen einen wahren Goldregen für die Aktionäre erkennen. Die Kammgarnwebereien für Damenstoffe waren bisher sehr stark beschäftigt. Momentan macht sich der alljährlich wiederkehrende Wechsel von der Sommer- zur Winterfärbung fühlbar. Die Ausschüß für die bevorstehende Winterfärbung sind ausgezeichnet. Die Tuch- und Suedfärberei hat, soweit Herrenkammgarnstoffe in Frage kommen, gute Aussichten. Die geringeren Suedfärbereien hingegen werden wenig begehrt. Nach Chemnitz, Werdau, Spremberg, Neumünster, M.-Glöblich (Herrenkammgarnstoffe) melden klotten Geschäftsgang. Klagen kommen aus Grünberg, Sorau, Rudenwalde, Cottbus. Entsprechend der gesteigerten Produktion in den Kammgarnwebereien sind auch die Färbereien, Appretur-, Dekaturanstalten mit Aufträgen überhäuft und wird mit Überstunden gearbeitet, so in Bielefeld, Greis, Pittau, Clausen, Worsach u. a. Reges Leben

herrscht jetzt in den Flachspinnereien Bielefelds und Landesbühl. Desgleichen in den Leinwandwebereien der beiden Städte und den Tackentuchwebereien Laubans. In den Sorauer Leinwandwebereien wird ebenfalls mit Überstunden gearbeitet. Gleich Günstiges kann von der Textilindustrie berichtet werden. Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie, den Strickerien und Wiskereien hat sich gebessert. Das gilt für Süddeutschland, Sachsen und Thüringen. Nur in Chemnitz haben die Strumpfwirkerinnen wenig zu tun. Flotter Geschäftsgang wird wieder berichtet aus den Webwebereien und Nierenwebereien des Sappertals.

Folgen der Tabaksteuer. Der Arbeitsmarkt des Tabakgewerbes steht noch im Zeichen harter Depression. Der Andrang Arbeitstuchender ist in diesem Winter so hoch gewesen, daß auf eine geradezu beanspruchende Arbeitslosigkeit zu schließen ist. Es kamen nämlich im Reichsdurchschnitt auf je 100 offene Stellen im Januar nicht weniger als 800 Arbeitsuchende, während der Andrang im Januar 1909 knapp 200 betragen hatte. Ganz besonders hat sich die Arbeitslosigkeit für männliche Tabakarbeiter verheerend, bei denen sich der Andrang in diesem Januar auf 1130 pro je 100 offene Stellen belief gegen 210 im Vergleichsmonat 1909. Es wird danach wohl die arge Verschlechterung des Gesamtarbeitsmarktes im Tabakgewerbe auf die überaus umfangreichen Entlassungen männlicher Tabakarbeiter zurückzuführen sein.

Ziegeleisyn dikat.

Die Bemühungen der Berliner Ziegeleibesitzer, einen Zusammenschluß aller am Berliner Baumarkt interessierten Ziegeleien herbeizuführen, haben Erfolg gehabt. Nachdem es gelungen war, 90 der in Betracht kommenden Firmen zu einigen, ist das Syndikat errichtet worden. Die Preise sollen nun wahrscheinlich durch die Konvention weiter hinaufgetrieben werden. In den letzten Monaten betrug der Preis für Hintermonierungssteine schon 23 M. Ein noch höherer Preis würde den Baumarkt sicher ungünstig beeinflussen. Die Kartelle und Syndikate treiben die Preise hinaus, erhöhen dadurch die Befehlskosten und an den Arbeitslöhnen sollen Ersparnisse erzielt werden.

Amerikanische Invasion. In der „New Yorker Handelszeitung“ lesen wir: „Europa steht vor einer neuen amerikanischen Invasion. Nachdem in der Bekleidungsbranche amerikanische Schuhe in den europäischen Märkten sich einen hohen Ruf erworben haben, steht den europäischen Kleiderfabrikanten im eigenen Markte jetzt nicht zu unterschätzende amerikanische Konkurrenz bevor. Hat das Angebot von amerikanischen Schuhen den Geschmack des europäischen Publikums beeinflusst und daher die Fabrikanten drüber veranlaßt, mit Hilfe amerikanischer Methoden und Maschinen ähnliche Ware zu produzieren, so mag solche Wirkung sich noch in erhöhtem Maße aus dem bevorstehenden Angebot von Herrenkleidung nach New Yorker Mode- und Modart ergeben. Das Verdienst, den Anfang mit diesem neuen, höchst aussehensreichen Zweige des Exportgeschäftes mit Europa gemacht zu haben, gebührt der hiesigen Großfirma Alfred Benjamin u. Co., deren Teilhaber, Herr E. A. Joseph, soeben von einer erfolgreichen Tour durch die Großstädte Europas mit großen Ordern für seine Frühjahrs-Herrenkleidung, „made in New York“ zurückgekehrt ist. . . .“

Vertristung in der Petroleumindustrie. Die ungarischen Petroleumindustriellen beschloßen die Schaffung eines Kartells nach russischem Muster. Es wurden Verhandlungen mit den großen österreichischen Firmen eingeleitet. Falls diese zu einem günstigen Resultat führen, wird in Budapest ein Zentralbureau eröffnet werden. Die ungarischen Petroleumfirmen wollen auch die Benzinfabriken in das Kartell einbezogen, dagegen sträubten sich aber die österreichischen.

## Soziales.

Eine wilde Wählerprobe

erlebten unsere Genossen am 2. März bei der Wahl von Arbeitnehmern zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in Stolpe. In dieser Kasse, die weit über 3000 Mitglieder zählt, ist es den Gewerkschaften noch nicht gelungen, Vertreter hineinzubekommen. Der Wahlkampf war ein äußerst heftiger. Wiewohl er wohl die Ordnung dabei niemals gestört wird, ist jedoch ein helles Zucken Polizeibeamte anwesend. So auch diesmal. Von Seiten des Wahlvorstandes war ein Mitglied beauftragt worden, einem jeden Wähler ein Kupon zu überreichen, in dem er seinen Stimmzettel hineinsteckte. Plötzlich stand an dessen Stelle ein uniformierter Polizeibeamter und teilte stiefzig Inveritas aus. Darüber herrschte Verblüffung, die sich aber in allgemeine Heiterkeit auflöste, als man sah, wie eifrig dieser Ordnungshüter sein Amt versah. Natürlich wurde er von den Genossen in seinem Amte beglückwünscht. Wahl der Tätigkeit dieses Beamten ist es zuzuschreiben, daß die Gewerkschaften mit 5 Stimmen unterlagen. Die Wahl wird wohl mit Erfolg angefochten werden.

Bei den Gewerbegerichtswahlen für das Amt Rastenburg im Großherzogtum Oldenburg siegte die vom Gewerkschaftsrat aufgestellte Liste der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

## Gerichts-Zeitung.

Das schwere Bahnunglück bei Rosenthal.

welches sich am 12. Oktober v. J. ereignete, unterlag gestern der Nachprüfung der ersten Strafkammer des Landgerichts III. Unter der Anklage der Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs, der schlagartigen Tötung und der schlagartigen Körperverletzung hatte sich der Schlichtermeister Adolf Raimwald, früher in Reinholdsdorf, jetzt in Rixdorf, zu verantworten.

Das Unglück ereignete sich am 7. Uhr an der Reinholdsdorf-Biebenwälder Kleinbahn. Der Angeklagte befah in Wilhelmstr. ein Stück Land, auf dem er Kartoffeln angepflanzt hatte. An dem Unglückstage ließ er seine beiden 5 und 2 Jahre alten Kinder Grete und Hans in Begleitung des dienstmännlichen Verta Hentschel wegen des schönen Wetters nach seiner Wilhelmstr. Wohnung fahren. Eine 10jährige Frieda und zwei 10- und 8jährige Anaben Max und Ewald Conrad fuhrten mit hinaus. Die ganze Gesellschaft fuhr abends auf dem Raimwaldschen Schlächtermwagen auf dem sich noch der 18 Jahre alte Raimwaldsche Kutscher Fritz Rindow befand. Bei der Rückfahrt lenkte der Angeklagte selbst das Pferd. Man fuhr langsam durch Rosenthal und näherte sich auf der noch Wittemau führenden Straße dem Punkte, wo die Liebenwalder Kleinbahn den Weg kreuzt. In dieser Kreuzung wurde der Wagen des Angeklagten plötzlich von einem herannahenden Zuge erfasst und überfahren. Die Lokomotive erschuf den Wagen von der Seite, schleifte ihn mit, nachdem er gewissermaßen durchgespalten war. Die Insassen des Wagens wurden herausgeschleudert und wurden teils getötet, teils schwer verwundet. Getötet wurde der Kutscher Rindow, das Dienstmädchen Hentschel, der Sohn des Angeklagten Hans und der Anabe Max Conrad. Verletzt wurden außer dem Angeklagten selbst der Anabe Ewald Conrad und die zehnjährige Frieda Rindow.

Der Angeklagte bestritt, daß er durch Fahrlässigkeit das schwere Unglück verursacht habe. Es sei an jenem Abend recht dunkel gewesen und er sei recht vorsichtig und langsam gefahren. Er habe sein Augenmerk intensiv auf den Weg richten müssen und habe selbstverständlich angenommen, daß die Bahnkreuzung, deren Vorhandensein ihm bekannt war, sich ihm rechtzeitig durch einen Beleuchtungskörper bemerkbar machen würde. Das sei aber nicht der Fall gewesen; es sei weder eine Schranke, noch eine Laterne vorhanden gewesen. Da habe sich sein Wagen plötzlich auf den Schienen befunden, ein heller Schein habe sich gezeigt und sein Wagen sei von der Lokomotive erfasst worden. Er selbst wurde vom Wagen geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Wenn die

haupteil worden, daß er im Trabe gefahren und kurz vor den Schienen, auf dem Wagen stehend, versucht habe, den Wagen noch vor dem Zuge über das Gleis zu bringen, so sei das unrichtig. — Der Führer des Unglückszuges Peterson und der Heizer Münchberg behaupteten, daß der Zug fahrplanmäßig um 6 Uhr 35 Min. abgefahren sei und keine übermäßig schnelle Gangart hatte. Das Lautwerk sei rechtzeitig in Bewegung gesetzt worden. Plötzlich habe sich auf dem Schienentörper vor der mit hellen Laternen versehenen Lokomotive ein Pferd kopf gezeigt, und trotz aller Bemühungen mit der Bremse und Segendampf sei der Zusammenstoß nicht mehr zu vermeiden gewesen. Zeuge Peterson behauptete, daß er gesehen habe, wie im Wagen des Angeklagten jemand aufrecht stand und auf das Pferd einschlug; der Mann hätte bloß das Pferd rechts umdrehen brauchen, dann wäre es nicht zum Zusammenstoß gekommen. Es sei allerdings dunkel gewesen und es stieg schwacher Nebel auf, doch hätte das Herannahen des Zuges rechtzeitig bemerkt werden müssen. — Landrichter Wagner ist auf Grund der vorgenommenen Augenscheinnahme zu dem Ergebnis gekommen, daß an dem Tage, an welchem er an Ort und Stelle war, von dem Bahnübergang nichts zu sehen war; es leuchtete keine Laterne, die Strecke war nicht beleuchtet, und wer nicht wußte, daß dort eine Niveaukreuzung sich befand, konnte nicht vermuten, daß es so sei. Im übrigen sei die Uebersichtlichkeit über eine weite Strecke des Bahnkörpers vorhanden gewesen, so daß ein herannahender Zug wohl zu sehen war. — Ein Radfahrer, der an jenem Abend die Strecke passierte, hat den Zug schon längere Zeit nahen sehen und auch das Lautwerk gehört. Auch ein im Zuge als Fahrgast weilender Eisenbahnbeamter erklärte, daß das Lautwerk rechtzeitig in Tätigkeit gesetzt worden sei. — Zur Sprache kam, daß schon verschiedene Male über die Gefährlichkeit des Ueberanges, das Fehlen einer Laterne usw. Beschwerden erhoben worden sind, die aber keinen Erfolg gehabt haben. Die Niveauverhältnisse seien so eigenartig, daß man keinen rechten Maßstab für die Entfernung des Bahnüberganges habe; man glaubt diesen noch etwas entfernt und stehe plötzlich zu seiner Ueberraschung auf den Schienen. Verschiedene Zeugen bekundeten, daß es am Unglücksabend etwas neblig war. Der Postkassierer Varnas, der sich im Eisenbahnzuge befand, erinnerte sich, daß noch während der Fahrt geläutet worden ist; er bestätigte auch, daß es dunkel gewesen sei. Ein anderer Fahrgast behauptete, daß der Zug mit etwa 5 Minuten Verspätung von Meindorf abgefahren sei. Von einem Lauten hat dieser Zeuge nichts gehört. Müllig werde gesagt, daß an diesem Bahnübergange nicht geläutet werde. Am Tage nach dem Unfall hat, nach der Behauptung des Zeugen Müllig, es sich auf derselben Strecke ereignet, daß der Zug bei der Kreuzung einer belebten Chaussee nicht geläutet hat. Der Zeuge behauptet, daß er in Gemeinschaft mit einem Begleiter genau darauf geachtet habe. — Einem Zeugen Schaeffer gegenüber hat das bei dem Unfall unterbrochene gebliebene Mädchen auf Befragen gesagt, daß der Vater noch rasch über die Schienen fahren wollte, dann aber seien sie überfahren worden. — Ein Zeuge behauptete, daß der Zug bei Abgang von Meindorf Verspätung hatte und schneller als sonst gefahren sei, aufseizend um das Veräumte einzuholen. Der Lokomotivführer Peterson bestritt dies ganz entschieden. Dagegen bekundete ein anderer Fahrgast, daß nach seiner Meinung der Zug an jenem Abend schneller als gewöhnlich fuhr. Eine gewisse Nachlässigkeit im Läuten sei allgemein bekannt. Ein Zeuge hat mit mehreren Bekannten vor einigen Tagen festgestellt, daß derselbe 833-Zug auf der Strecke von Rosenthal bis Blankensfelde nicht geläutet hat, obgleich dort einige nicht ungefährliche Bahnübergänge vorhanden sind. Nehmliche Angaben machen mehrere hierauf vernommene Zeugen.

Das Gericht beschloß, im Gegensatz zu dem Antrage des Staatsanwalts, den Lokomotivführer Peterson und den Heizer Münchberg wegen Verstoßes einer Militärpflicht nicht zu verurteilen.

Staatsanwalt Meiner vertrat in einem längeren Plaidoyer den Standpunkt, daß der Angeklagte den Zug wohl gesehen, dann aber fahrlässigweise versucht habe, noch vor dem Zuge über die Gleise hinwegzukommen. Hierin liege eine große Fahrlässigkeit, für welche der Angeklagte die strafrechtliche Verantwortung zu tragen habe. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen des Unglücksfalls beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von neun Monaten.

Das Gericht kam nach einer nur wenige Minuten währenden Beratung zu einer „Freisprechung“ des Angeklagten. Das Gericht hielt insbesondere für festgestellt, daß von dem Zuge tatsächlich keine Lautsignale gegeben worden waren und bezeichnete das Zeugnis der beiden Bahnbeamten als ein sehr bedenkliches und von Widersprüchen erfülltes.

**Generalstreik. — Militär gegen Streikende. — Gosselästerung.**

Ein Schreckensurteil gegen einen Anarchisten hat gestern die stehende Strafkammer des Landgerichts I gefällt. Vor ihren Schranken stand der Vater Rämennapp, der das anarchische Wochenblatt „Der freie Arbeiter“ verantwortliche gezeichnet hatte. Mehrere Artikel, die im Dezember v. J. erschienen waren, lagen der Anklage zugrunde. Einer dieser Artikel wendet sich gegen den Parlamentarismus sowie gegen die politische Taktik der Sozialdemokratie und preist den Generalstreik als das einzige Mittel, um die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen. Im Anschluß an diese Ausführungen schließt der Artikel mit den Worten: „Auf, und wolle!“ In einer anderen Nummer des Blattes ist aus einem französischen Blatte der Brief einer Mutter abgedruckt, die ihren beim Militär stehenden Sohn ersucht, den Idealen der Arbeiterklasse treu zu bleiben und, wenn er gegen streikende Arbeiter kommandiert werde, nicht etwa auf seine Vorgesetzten, aber auch nicht auf die Arbeiter, sondern in die Luft zu schießen. Diese beiden

Artikel sollen der Anklage zufolge gegen § 110 des Strafgesetzbuches verstoßen, also Aufforderungen zum Ungehorsam gegen Befehle und so weiter enthalten. — In einer dritten Nummer des Blattes werden Weihnachtsbetrachtungen angeführt. Es wird hingewiesen auf den Gegensatz, welcher besteht zwischen den menschlichen Verhältnissen wie sie wirklich sind, und wie sie sein müßten, wenn die christlichen Lehren in die Tat umgesetzt würden. Unter Hinweis auf die heutige Lage der Arbeiterklasse wird die christliche Botschaft: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ als eine freche gleichnerische Lüge bezeichnet. — In diesen Ausführungen erblickt die Anklage einen Verstoß gegen § 166 des Strafgesetzbuches.

Der Staatsanwalt vertrat den Standpunkt, die Aufforderung zum Generalstreik sei gleichbedeutend mit einer Aufforderung zum Kontraktbruch und verstoße deshalb gegen § 110, ebenso wie die Aufforderung, daß ein Soldat dem Befehl seines Vorgesetzten, auf Streikende zu schießen, nicht folgen solle. Die Weihnachtsbetrachtungen seien eine Verhöhnung des Priestertums und der Weihnachtsfeier. Der Staatsanwalt beantragte, wegen Aufforderung zum Ungehorsam 9 Monate, wegen Beschimpfung der christlichen Kirche 6 Monate Gefängnis zu verhängen und beides auf 1 Jahr Gefängnis zusammenzuguziehen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpert, führte unter anderem aus: Der § 166 will nur das religiöse Gefühl, soweit es sich in dem Gottesbegriff konzentriert, schützen. Von Gott ist aber in dem ganzen Artikel gar keine Rede. Wendungen, durch die einzelne Priester getroffen werden, sind keine Beschimpfungen des geistlichen Amtes als einer kirchlichen Einrichtung. Wenn die Weihnachtsbotschaft als eine Lüge bezeichnet wird, so ist das nichts anderes, als die Ansicht des Angeklagten über eine Lehre der christlichen Kirche. Die Befundung einer solchen Ansicht fällt nicht unter § 166. Das Reichsgericht hat sogar einen Angriff auf die Unfehlbarkeit als keine Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen erklärt. — In dem „Brief einer Mutter“ wird dem Soldaten ans Herz gelegt, nicht auf seine Brüder zu schießen. Das ist eine moralische These. Die Moral spricht für die Auffassung, aus welcher der Rat der Mutter entspringt. Solange es ideal denkende Menschen gibt, wird man darüber streiten, ob es menschlich ist, wenn das Militär auf Bürger des eigenen Staates schießt. Doch über moralische Fragen hat das Gericht nicht zu entscheiden. In dem Artikel wird nur gesagt, daß die Soldaten auf ihre streikenden Brüder nicht schießen sollen. Wenn durch die Bestrafung dieser Äußerung die antimilitaristische Propaganda getroffen werden soll, so ist zu berücksichtigen, daß nicht jede antimilitaristische Propaganda strafbar ist. Soweit sie strafbar ist, hat das Reichsgericht in der Strafsache gegen Liebknecht gesagt. Da ist die antimilitaristische Propaganda, jedoch nur unter gewissen Voraussetzungen, als Hochverrat erklärt worden. Im vorliegenden Falle denkt wohl der Staatsanwalt, da es nicht mit dem Hochverrat geht, muß der § 110 herhalten. Er sagt, die Aufforderung, nicht zu schießen, sei ein Angriff auf die unpersönlichen Grundlagen der Verfassung, zu denen das Militär gehöre. Das Militär ist aber in dem Artikel gar nicht angegriffen. Es wird nur protestiert gegen dessen Verwendung bei wirtschaftlichen Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Verwendung des Militärs gegen Streikende gehört nicht zu den unpersönlichen Grundlagen der Staatsverfassung. Der Staatsanwalt beruft sich auf ein Urteil des Reichsgerichts im Falle Reeh, eines anarchischen Redakteurs, der auch aus § 110 verurteilt ist. Im Falle Reeh lautete die Anklage auf Hochverrat durch antimilitaristische Propaganda. Das Reichsgericht hat aber nicht wegen Hochverrat, sondern wegen Vergehen gegen § 110 verurteilt, obgleich der Staatsanwalt vorher erklärt hatte, er lege auf § 110 kein Gewicht, weshalb auch die Verurteilung auf § 110 nicht einging. Anderenfalls wäre das Urteil vielleicht anders ausgefallen. Da das Reichsgericht im Falle Reeh nicht Revisions-, sondern Instanzgericht war, so bedarf das Urteil einer Revision durch andere Instanzen. Im Falle Reeh handelte es sich um direkte Aufforderung zur Verletzung bestimmter Strafparagrafen. Es wurde aufgefodert, den militärischen Dienst zu verweigern. Das ist also etwas ganz anderes, als wenn im vorliegenden Falle aufgefodert wird, nicht auf Streikende zu schießen. Im Falle Reeh hat ja das Reichsgericht auch die Aufforderung zum Generalstreik als Verstoß gegen § 110 verurteilt. Diese Aufforderung ging aber ausdrücklich dahin, daß der Streik ohne Kündigung, ja unter Bruch des Arbeitsvertrages ins Werk gesetzt werden sollte. Im gegenwärtigen Falle hat der Angeklagte aber nur zum Generalstreik aufgefodert, ohne von Kündigung überhaupt zu reden. Die rechtliche Grundlage ist also eine andere wie im Falle Reeh. Aber selbst wenn jemand zur kündigunglosen Arbeitsniederlegung auffordern würde, so wäre das keine Verletzung des § 110, denn dieser stellt nur die Aufforderung zum Ungehorsam gegen Strafgesetze und gegen die Exekutivgewalt unter Strafe. Er steht ja unter der Ueberschrift: Widerstand gegen die Staatsgewalt. Privatverträge, die durch das bürgerliche Recht geregelt werden, sollen nicht unter § 110. Diese Ansicht vertreten auch hervorragende Strafrechtslehrer, wie Liszt und Franke. — Aus rein juristischen Gründen muß der Angeklagte freigesprochen werden. Wir wollen bei politischen Gegnern nicht verzeihen, was wir bei jedem Menschen anerkennen: den Idealismus. Ist denn das Menschenleben so wenig wert, daß man wegen Verletzung idealer Forderungen, die ja von vielen nicht gebilligt werden, ein Jahr aus dem Leben des An-

geklagten hinwegstreicht? Die Bestrafung des Angeklagten würde auch die Bestrafung, die er vertritt, nicht beseitigen.

Nach einstündiger Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Spielhöfer, das Urteil: Hinsichtlich der Aufforderung zum Ungehorsam kann sich das Gericht nur der Auffassung des Reichsgerichts im Falle Reeh anschließen. Es hätte auch keinen Zweck, anders zu urteilen, denn das Urteil würde doch vom Reichsgericht geändert werden. Wenn Soldaten aufgefordert werden, entgegen dem Befehl ihrer Vorgesetzten, absichtlich vorbeizuschließen, so ist das ein Verstoß gegen § 110. Das gilt auch für die Aufforderung zum Generalstreik. Denn der kann ja gar nicht anders gedacht werden, als daß alle Räder stillstehen. Durch die Bezeichnung der Weihnachtsbotschaft als eine gleichnerische freche Lüge wird die christliche Kirche beschimpft. Das schlimmste, was der Angeklagte getan hat, ist die Aufforderung zum Ungehorsam der Soldaten. Das andere kommt erst in zweiter Linie. Wenn das Militär zum Ungehorsam aufgefordert wird, dadurch kann großer Unheil angerichtet werden. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend zu einem Jahr Gefängnis und verfügte, ebenfalls auf Antrag des Staatsanwalts, den Angeklagten sofort in Haft zu nehmen.

Das ist ein Tendenzurteil herber Art. Denn verurteilt ist nach den Gründen im wesentlichen die von der der Richter abweichende politische Ansicht des Täters. Was das Gericht über die Aufforderung zum Generalstreik sagt, ist jedem gesunden Rechtsempfinden ins Gesicht schlagend. Der Arbeiter hat das Recht, seine Arbeit niederzulegen wann er will. Verlezt er dabei einen zivilrechtlichen Vertrag, so macht er sich schadensersatzpflichtig. Aber durch Aufforderung zum Nichterhalten eines zivilrechtlichen Vertrages kann nimmermehr der Tatbestand des § 110 des Strafgesetzbuches erfüllt werden. Die Künsterei, mit der das Reichsgericht seit dem Vergarbeiterstreik im Jahre 1889 das Gegenteil konstruiert hat, vertritt sich, wie recht bedeutende Rechtslehrer annehmen, mit dem Sinn und Wortlaut des Strafgesetzbuches nicht. Völlig ungereimt aber ist es, aus einer allgemeinen Aufforderung zur Arbeitsniederlegung eine Aufforderung zum Kontraktbruch herauszulassen. Nur Klassenjustiz behauptet das Gegenteil.

**Rittergutsbesitzer Holz verurteilt.**

Stolz i. Pommern, 7. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Rittergutsbesitzer Holz aus Treptow bei Stolp, der am 2. Juni vorigen Jahres mit seinen Leuten, Galizern, in Streit geraten war, diese geschlagen hatte, wurde heute vom Schöffengericht zu Stolp zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Als der Stettiner „Volks-Vote“ seinerzeit über die Schlägereien berichtete, wurde Genosse Rehlisch als verantwortlicher Redakteur angeklagt und auch wegen Beleidigung des Holz zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

**Ein teurer Sprung im Bierglas.**

Das Reichsgericht hatte sich in den letzten Tagen mit folgendem Rechtsfall zu beschäftigen: Der Schmiedemeister B. befand sich eines Tages mit mehreren Nachbarn bei dem Beklagten G. in einer ländlichen Gastwirtschaft bei Stettin. Als B. in der Hitze des Gesprächs ein Bierglas, in dem ihm vom Wirt selbst ein Trunk gereicht worden war, etwas scharf auf den Tisch stellte, brach das schon geprungene Glas entzwei. Kurz darauf spritzte Blut aus der Hand des B. Infolge der erlittenen Schnittwunde wurde B. in seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Er erhob gegen G. Klage auf Schadloshaltung, weil dieser den Unfall dadurch verursacht habe, daß er das schon geprungene Glas weiter vermenete.

Das Landgericht Stettin erkannte den Anspruch des Klägers dem Grunde nach als gerechtfertigt an, und das Oberlandesgericht Stettin billigte das landgerichtliche Urteil unter Zurückweisung der von dem Beklagten eingelegten Berufung. Es legt zur Begründung des klägerischen Anspruchs etwa nachstehendes dar: Der Beklagte hat dem Kläger das Bier in einem eingepfungenen Bierglas verabfolgt. Das Herpringen des Glases und die dabei entstandene Verletzung des Klägers ist auf die in dem Glase befindlichen Risse zurückzuführen. Da der Beklagte für die ordentliche Instandhaltung seiner Gerätschaften verantwortlich ist, so hat er darzutun, daß er die im Verleher erforderliche Sorgfalt bei dem geprungenen Glase beobachtet hat. In dieser Beziehung hat er indessen nichts erbracht. Eigenes Verschulden des Klägers liegt nicht vor. Von einem Schmiedemeister, der in einem ländlichen Gasthause einleht, kann nicht verlangt werden, daß er sein Glas nach einem Trunk mit besonderer Vorsicht auf den Tisch zurückstellt, zumal da ein schühendes Unterfach für das Glas vorhanden war. Es ist hier der Gesamtheit der Gäste Rechnung zu tragen. Daß der Kläger von dem Sprung Kenntnis hatte, ist nicht erwiesen. Eine Pflicht, ein ihm vorgefertigtes Glas auf seine Haltbarkeit hin zu prüfen, besteht für den Gast nicht. Der Beklagte ist somit nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches haftbar.

Die gegen diese Entscheidung des Oberlandesgerichts Stettin eingelegte Revision ist nimmermehr vom Reichsgericht zurückgewiesen worden.

**Künftlicher Marktbericht der kaiserlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktränge: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst un verändert. Wild: Zufuhr unbedeutend, Geschäft reger, Preise gut. Geflügel: Zufuhr geringend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise für Butter anstehend. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr stark, Geschäft still, Preise wenig verändert.**

# BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung  
Chausseest. 29-30 □ Brückenstraße 11 □ Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

## Einsegnungs-Anzüge

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Foulés, Melton u.s.w. — Nur eigene Erzeugnisse. —

36.—	33.—	30.—	28.—	26.—	24.—	22.—	21.—
20.—	18.—	16.—	15.—	14.—	13.—	12.—	11.—

Mk.

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Zur Einsegnung  
Wäsche, Hüte  
Hosenträger  
Handschuhe  
Krawatten  
sehr billige u. Preisen

Prüfungs-  
Anzüge  
Solide Webarten  
Moderne Formen  
Nur eig. Erzeugnisse  
Sehr preiswert

Der gemäßregelte Idealismus.

Bei dem großen Interesse, das gegenwärtig mit Recht die preussische Wahlrechtsbewegung in Anspruch nimmt, wäre keine Episode der öffentlichen Aufmerksamkeit entgangen, die „dieserhalb und außerdem“ ein besseres Schicksal verdient hat. Aber glücklicherweise haben die Dinge der Welt ihre eigene Logik, durch die sie sich letzten Endes die Berücksichtigung erzwingen, die sie verdienen. Und so sorgt eine unruhmlische Fortsetzung der Episode dafür, daß auch ihr unruhmlischer erster Teil der Vergessenheit entrückt und der öffentlichen Stämpfung preisgegeben werden kann.

In der kleinen Republik Bremen, dem angeblich liberal regierten hanseatischen Freistaat an der Weser, hatten in den letzten Jahren die Volksschullehrer öfter in achtungswerter Weise von sich reden gemacht. Eine glückliche Verkettung von Umständen brachte es mit sich, daß dort sozialdemokratische Erkenntnis in die Kreise der Lehrerschaft einbrang und — wie das auch sonst der Fall zu sein pflegt — gerade die Köpfe der Besten und Tüchtigsten erhellte. Sozialdemokratische Erkenntnis aber ist nichts Passives, sie begnügt sich nicht damit, den Erwerb besserer politischer Einsicht innerlich zu beglücken, sondern sie ist in höchstem Maße aktiv, sie will fortzeugend gutes gebären, sie will sich im Kampfe für die Ideale des Sozialismus ringend und werdend bewähren.

In diesem Sinne sind auch die sozialdemokratischen Volksschullehrer Bremens tätig gewesen. Sie haben für die wichtigsten Prinzipien der sozialistischen Pädagogik, für die Weltlichkeit und Einheitslichkeit des Schulwesens, und für den Gedanken der Arbeiterziehung in jahrelanger Aufklärungsarbeit gekämpft. Aber sie haben neben der theoretischen Vertiefung ihrer pädagogischen Tätigkeit auch nicht den unmittelbaren praktischen Kampf aus dem Auge gelassen. Den Höhepunkt dieses Kampfes bildete die Beseitigung des ehemaligen bremischen Schulinspektors, eines orthodoxen, aus Preußen importierten Schulbureaukraten.

Da man in dem kirchlich liberalen Bremen Sottisen gegen die Religion nach Herzenslust auf den Markt bringen darf, so bewahrten die Regierung und die hinter ihr stehenden maßgebenden Kreise Bremens dem religiösen Vorstoß der radikalen Volksschullehrer gegenüber noch einigermaßen Haltung und Tournüre. Zwar ließen sie die Haupttrüdführer auch nicht ungerufen, aber es blieb doch bei Geldstrafen und Verweisen.

Die sozialdemokratischen Volksschullehrer haben sich weder durch das eine noch durch das andere ins Manesloch jagen lassen. Sie haben durch Wort und Schrift und insbesondere durch Beschlüsse, zu denen ihre Beredsamkeit und ihre Logik den Lehrerverein zwang, ihren Kampf um die Hebung der Schule und um die Durchsetzung der befreienden Grundzüge der sozialistischen Pädagogik fortgesetzt. Keinen Augenblick haben sie sich auch dadurch irreführen lassen, daß die Behörde an die Stelle des offenen und ehrlichen Reaktionsärs als Schulinspektor einen verdeckten liberal schillernden Reaktionsär setzte, einen ehemaligen bremischen Volksschullehrer, der es durch strebendes Bemühen und unanfechtbare Gesinnung zum „höheren“ Lehrer gebracht hatte, und der sofort den Lehrern den üblichen Beweis zu erbringen bemüht war, daß es von keinem erheblichen Unterschiede ist, ob man auf orthodoxe Kräfte gefolgt oder auf liberale Weise gebraten wird.

Die Lehrer verlangten einen Schulfontent, damit sie in Sachen der Schule ein Wortlein mitteden konnten. Die Behörde setzte zwar einen Konvent ein, aber mit solchen reaktionären Wahlbestimmungen, daß das Wort der Lehrer darin nicht zur Geltung kommen konnte. Und außerdem suchte noch der neue Schulinspektor jeden Versuch einer freien Meinungsäußerung im Konvent selbst zu unterdrücken. Die Lehrer verlangten die Einheitschule und als Uebergang dazu die Milderung der Unterschiede zwischen höheren und niederen Schulen. Die liberale Regierung in Bremen hält aber mit würdiger Zähigkeit sogar an der nicht einmal in Preußen mehr vorhandenen Scheidung der Volksschulen in entgeltliche und unentgeltliche (sogenannte „Frei-“ und Armenschulen) fest. Die bremischen Lehrer sind in ihrer großen Mehrheit für die Beseitigung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Schule. Die Behörde aber stellt einen ehemaligen Pfaffen als Lehrer am Lehrerseminar an und zwingt die Lehrer zur Abhaltung von religiösen Morgenandachten. Und was dergleichen Steine des Anstoßes mehr sind!

Da wagt einem der bremischen Lehrer, einem ihrer besten, dem auch in weiteren Arbeiterkreisen durch seine naturwissenschaftlichen Schriften bekannten Paul Sonnemann, sein Blut, und er bringt im Lehrerverein eine Anfrage ein: „Welche Schritte gedenkt der Vorstand des bremischen Lehrervereins zu tun, um gegen die Zurücksetzung der Lehrerschaft und die Nichtachtung ihrer Beschlüsse zu protestieren und der Würde des Lehrervereins und seiner Beschlüsse mehr Nachdruck zu verleihen?“ Sonnemann selbst kann wegen Krankheit die Anfrage nicht vertreten. Da springt Wilhelm Holzmeier, ein alter Kämpfer der radikalen bremischen Lehrerschaft, seinerzeit ihr Wortführer auf der Münchener Lehrerverammlung, und ungezählte Male ihr Führer in anderen Schlachten, auf den Plan und begründet die Anfrage.

In dieser Anfrage und ihrer Begründung sah die bremische Schulbehörde eine ungehörliche und grobliche Verletzung ihrer Würde. Sie zog Holzmeier zur Verantwortung, den aber die alten Wunden, die er sich im jahrelangen Kampfe für die Interessen der Schule und ihrer Lehrer zugezogen hatte, nicht schreckten, sondern der kampfesmutig wie immer auf den einen Schelmen der Behörde anderthalbe setzte. Er beantwortete die Vernehmung durch eine Eingabe, in der er sich freimütig über das Staatsbürgerrecht und die Beamtenpflicht aussprach und für die Beamten das Recht der freien politischen Meinungsäußerung verlangte. In dieser Eingabe sah die Behörde ein neues Vergehen, eine „unzulässige Kritik“, die sie dem Angeeschuldigten zu seinen sonstigen Sünden aufs Kerbholz schrieb.

Aber auch dadurch ließ sich Holzmeier noch nicht biegen. Als Mitglied des Schulfontents beantragte er: „Es soll verboten sein, bei sogenannten patriotischen Festen den Lehrer zur heuchlerischen Betätigung von Ansichten, Gesinnungen und Gefühlen direkt oder indirekt zu zwingen, die seiner Ueberzeugung zuwiderlaufen.“ In diesem Antrage sah die Behörde eine neue „Unbotmäßigkeit“, die der Anklageschrift gegen Holzmeier mit eingefügt wurde. Und als letztes Verbrechen hielt sie ihm vor, daß er es als eine „würdelose

Posse“ hingestellt habe, wenn ein Lehrer gegen seine Ueberzeugung den Unterricht mit Gesang und Gebet beginnen müsse.

Gegen diese vielen Sünden rückte die Behörde mit alledem Nachtmittel des Disziplinargesetzes vor, und — siehe da! — es gelang ihr, den verstockten Sünder, der sich vor der pädagogischen Einsicht bremischer Pfefferkörbe und dem Kokroftögen eines strebsamen ehemaligen Klassenkollegen vom Seminar nicht biegen wollte, zu brechen, radikal abzubrechen vom Baume der bremischen Volksschullehrerschaft. Holzmeier wurde seines Amtes entsetzt, das er über 25 Jahre mit dem größten Geschick und mit der aufopferndsten Liebe zu den ihm anvertrauten Proletariatskinder ausübt hatte.

Was diese Verurteilung vor aller Welt als eine politische Maßregelung schlimmster Art bloßstellte, sind die Zeugnisse, die Staatsanwalt und Disziplinargericht bei aller Gegnerschaft dem Angeeschuldigten ausstellen mußten. Nach dem Staatsanwalt „steht es außer allem Zweifel, daß der Angeklagte eine energische Natur ist, der den besten Willen mit idealem Streben verbindet“. Und in der Begründung des Urteils wird dem Angeklagten seine Ueberzeugung von der Richtigkeit seiner Ideen und sein „Idealismus“ zugute gehalten. Idealismus und ideales Streben aber ist mit dem Beamtengezet nicht zu verbinden. Darum hinaus mit dem energischen, überzeugten Idealisten aus dem Reiche des kapitalistischen Klassenstaates!

Natürlich hat Holzmeier auch dieser Schlag nicht der Haltung beraubt. Er weiß, wo Idealismus, ideales Streben und Ueberzeugungstreue noch eine Stätte finden. Bereits am vergangenen Freitag stand er vor einer überfüllten Massenversammlung der bremischen Arbeiterschaft und sprach — nunmehr auch aller äußerlichen Fessel ledig — über die interessante Frage: „Warum ich nicht mehr Volksschullehrer sein darf?“

Aber es scheint, als ob die bremische Behörde ein unnatürliches Gelüst danach trägt, diese Frage auch noch von anderen bremischen Volksschullehrern beantwortet zu sehen.

Am Tage der Dienstentlassung Holzmeiers fand sich eine Reihe seiner gesinnungsverwandten Kollegen mit ihm zusammen, um ihm zu zeigen, daß er nicht allein stehe. Da am Tage darauf Bebel's siebzigster Geburtstag war, tauchte der naheliegende Gedanke auf, diesem leuchtenden Vorbild für unerschütterliche Ueberzeugungstreue und unerlöschenden Kampfesmut ein Glückwunschtelegramm zu senden. Daß eine solche harmlose Höflichkeit in Preußen-Deutschland und insbesondere in Bremen besonderes Aufsehen und bei allen Nichtsozialdemokraten Bestürzung oder gar Entrüstung hervorrufen kann, beweist nichts gegen die Absender des Telegramms, wohl aber sehr viel gegen die skandalöse Rückständigkeit der deutschen Zustände.

Nun hätte man meinen sollen, daß der Liberalismus aller Parteischattierungen, vor allen Dingen aber die bremischen Lehrer, wes Geistes Kinder sie in anderen Fragen auch immer sein mochten, sich geschlossen hinter das kleine Häuflein sozialdemokratischer Lehrer stellen würden, die den Mut gehabt haben, ihrer inneren Ueberzeugung in einer an sich durchaus bedenkenfreien Weise offenen Ausdruck zu geben. Aber da offenbarte sich wieder einmal die ganze Erbärmlichkeit der politischen Erziehung des deutschen Bürgertums, vor allen Dingen aber die schon von Diesertweg mit so unerhört scharfen Worten gezeigte hündische Demut des deutschen Volksschullehrers! In feigster Weise lassen sie ihre Kollegen, die in politischen Fragen von ihnen abweichen, im Stich; mit widerlichster Eifersucht bekunden sie der „Behörde“, den „Vorgesetzten“ ihre Ergebenheit und Treue, und zum selbstschänderischen Beweise ihrer Gesinnungstüchtigkeit spielen sie ihren andersdenkenden Kollegen ins Gesicht.

Der Wahlrechtskampf, so sagten wir zu Anfang, nimmt das politische Interesse der Öffentlichkeit mit Recht fast völlig in Anspruch. Aber so weit darf dieses Interesse nicht gehen, daß nicht auch Vorgänge wie die jüngsten bremischen Schulkämpfe die ihnen zukommende Würdigung erfahren. Es handelt sich um Liberale, die in Bremen gegen andersdenkende Männer mit Mitteln kämpfen, an denen sich ostbische Junker ein Beispiel nehmen können, wenn sie wieder einmal liberale Lehrer wie seinerzeit Nidel in Trauehnen zu maßregeln gedenken. Gerade im preussischen Wahlrechtskampf muß den Liberalen die Erbärmlichkeit ihrer bremischen Spielart vor Augen gehalten werden. Vielleicht sorgen sie dafür, daß die bremischen Liberalen ihre ostbischen Gelüste ein wenig zügeln lernen. Wenn nicht — auch gut! Dann werden die Arbeiter und die Lehrer innerhalb und außerhalb Bremens daraus ihre wertvollen Schlüsse ziehen.

Gewerkschaftliches.

Dicke zentrumschriftliche — Wahrheiten!

Bei den Auseinandersetzungen zwischen den katholischen Fachabteilungen und den christlichen Gewerkschaften kommt auch der Humor zu seinem Recht. Auf beiden Seiten würden die katholischen Christen ja in „heilige“ Entrüstung geraten, wenn wir von wissenschaftlicher Entstellung reden würden, um dem frommen Zentrumsbruder aus dem anderen Lager eins auszuwichen. Lassen wir die Zentrumsleute selbst reden.

In ihrer Fachabteilungsnummer kam die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ auch auf den Trierer (jetzt Berliner) Eisenbahnerverband zu sprechen. Der widerstand bekanntlich dem christlichen Liebeswerben beharrlich. Der christliche Bruder griff dann zu recht schoslen Mitteln, um sich für die vergebliche Mühe zu rächen. Der Trierer Verband wird nämlich als „sozialdemokratisch“ verurteilt hingestellt und so der Beachtung der Regierung empfohlen. Es heißt in Nr. 5 der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“:

„Vor einigen Jahren hätte sich der Anschluß des Trierer Eisenbahnerverbandes an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ohne nennenswerte Schwierigkeiten vollziehen lassen. In der Zwischenzeit hat das Trierische Verbandsorgan in erziehbilder Hinsicht vollständig verrotzt, die Sozialdemokratie dagegen ihre Zeit auszunutzen verstanden. Sie suchte sich im Stillen der Eisenbahnhandwerker und Arbeiter zu bemächtigen mit dem Erfolge, daß heute der Trierische Eisenbahnerverband, der sich inzwischen des Mols entledigte und seinen Sitz nach Berlin verlegte, schon stark sozialistisch durchsetzt ist.“

Der Zweck dieser zentrumsbrüderlichen Uebung ist völlig klar.

Humorvoll ist nun, daß das Blatt der Eisenbahner an die bekannte Aeußerung des christlichen Bergarbeitersekretärs Effertz anknüpft und daraus nun seinerseits den Schlus

zieht, daß sich die Ansichten, die Effertz bekunde, in nichts von den Anschauungen der roten, internationalen Sozialdemokraten unterscheiden. Die anderen Christen seien bloß „vorsichtiger“.

Demnach ist also, wenn die frommen Zentrumschristen in beiden Lagern die Wahrheit sagen, die ganze Zentrumsarbeiterbewegung völlig der Sozialdemokratie verfallen!

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung in der Waffenfabrik von Schwarzlose.

Die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schwarzlose hatten sich gestern vormittag wiederum in den „Koadjutor-Bürgerhallen“ versammelt, um über die Lage des Kampfes, der sich belanulich gegen die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit und die Verschlechterung der Löhne richtet, zu beraten. Aus dem Bericht, der teils von dem Verbandsvertreter Lehner und teils von den Streikenden gegeben wurde, ist zu entnehmen, daß die Firma selbst noch hartnäckig auf ihrem Standpunkt beharrt. Es sind jedoch nach anderer Richtung hin Verhandlungen angebahnt. Es ist klar, daß die Aktionäre, die ja schon bei der allen Mißwirtschaft im Betriebe, wie wir sie in Nr. 53 des „Vorwärts“ schilderten, keinerlei Aussicht auf Gewinn haben konnten, sich nun erst recht sagen müssen, daß es so nicht weiter gehen kann. Die Firma hat zwar eine Anzahl Streikbrecher herangeholt, sie können jedoch die 130 Aussperrten nicht im mindesten ersetzen. Es sind eben Arbeitswillige, mit denen eine Produktion nicht möglich ist. Sie sollen auch bereits, statt Revolver zu produzieren, Arbeitsmaschinen ruinieren haben. Die Firma gibt sich alle Mühe, durch Annoncen in zahlreichen Provinzialblättern brauchbare Arbeitskräfte heranzuschaffen. Dabei hat sie Arbeiter nach Berlin getobt, die durchaus nicht Lust haben, Streikbrecher zu spielen, und die nun, weil sie über die Lage irreführend worden sind, die Firma schadenverpflichtig machen. Aus den Reihen der Aussperrten sind nur zwei Arbeiter und drei Arbeiterinnen abtrünnig geworden, und das sind solche, bei denen man von vornherein gar nicht damit rechnen darf, daß sie am Kampfe teilnehmen würden. Einer von diesen, ein Sohn des Restaurateurs König in der Zingendorfsstraße 7, war sogar noch in die gestrige Versammlung gekommen und benahm sich da so, daß man es für angebracht hielt, ihn hinauszuwerfen. Es wird vermutet, daß die Firma Ludwig Löwe an sie gerichtete Gesuche um Arbeit dazu auszunutzen sucht, der Firma Schwarzlose Streikbrecher zuzuführen. Es ist also auch in dieser Hinsicht Vorsicht notwendig.

Die Polizei, als Beauftragte der Firma, versucht fortgesetzt, wie bereits in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ geschildert, den Aussperrten die Ausübung ihres Koalitionsrechtes unmöglich zu machen. Die Aussperrten selbst halten sich vor dem Fabrikgebäude in der Levetzowstraße nur insoweit auf, wie sie als Streikposten dazu verpflichtet sind. Bei dem Aufsehen, das die außerordentlichen Polizeimaßregeln hervorzurufen, ist es natürlich nicht zu vermeiden, daß abends nach Feierabend andere Leute kommen, um sich die Zustände einmal anzusehen. Wenn dabei wirklich einmal Ausschreitungen vorgekommen sind, so sind die Aussperrten sicherlich nicht daran schuld. Wertwürdig ist, daß die Polizei eine 13jährige Arbeiterin, die weit davon entfernt ist, sich durch starken Körperbau auszeichnen, vorgeladen hat, weil sie einen großen starken Mann geschlagen haben soll. Die Beschuldigung erscheint von vornherein ganz unglücklich und erregte dann auch in der Versammlung allgemeines Gelächter.

Im übrigen bewies der ganze Verlauf der Versammlung, daß die Aussperrten treu und fest im Kampfe ansharren. Die wenigen unzuverlässigen Leute, denen man von Anfang an nicht traute, sind ausgeschieden, und nun herrscht der einmütige Wille, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren, so wie es mag. „Wir können es noch wochenlang aushalten“, sagten die Arbeiterinnen, und natürlich haben auch die männlichen Arbeiter deutlich zu verstehen, daß sie hinter ihren Kolleginnen in Kampfesmut und Ausdauer nicht zurückbleiben.

Die Tarifffrage in der Herrenkonfektion.

Wie wir schon mitteilten, ist es bei Eisbach Nachf. zu einer teilweisen Einigung über den Tarif gekommen. In der Werkstättenversammlung am Sonntag berichtete Kunze ausführlich über das Ergebnis der Verhandlungen, soweit sie bis dahin gediehen waren. Für Zivilsachen hat die Firma den bei Wachsoll u. Lewin abgeschlossenen Tarif anerkannt. Sie hatte sich hierzu übrigens zunächst sehr schnell bereit erklärt; als sie dann aber von dem Tarif genaue Kenntnis erhielt, wurde es ihr bei manchen Positionen doch nicht so leicht, ihre Zustimmung zu geben. — Es kommt oft vor, daß Firmen bei den Verhandlungen erklären, sie wollten den Wachsoll und Lewinschen Tarif sehr gern bewilligen, und zwar in der Meinung, daß die Preise bei jener sehr konkurrenzfähigen Firma außerordentlich niedrig sein müßten. Dies trifft jedoch bei weitem nicht in dem Maße zu, wie die anderen Konfektionäre glauben. — Für Maharbeit ist bei Eisbach ebenfalls dasselbe wie bei Wachsoll u. Lewin bewilligt. Auch für die Tagesschneider ist 30 M. als Mindestlohn anerkannt; ebenso sind die Ferien für die Tagesschneider bewilligt. Bei den noch vorliegenden Differenzen handelt es sich hauptsächlich um die Sport- und Lebenssachen. Die Berliner Konfektionäre pflegen sich hier bei ihren niedrigen Angeboten auf die siddische Konkurrenz zu berufen, was jedoch, nachdem nun auch in Süddeutschland die Konfektionsschneider in Lohnbewegung getreten sind, nicht maßgebend sein kann, zumal der Münchener Tarif, verglichen mit den Berliner Verhältnissen, ziemlich hohe Lohnsätze enthält. Der Hauptkonkurrenzort in Lebenssachen wird also auch nicht in der Lage sein, an den Arbeitslöhnen zu sparen. Die Firma Eisbach wünscht, daß der Tarif erst am 15. April in Kraft trete und beruft sich darauf, daß auch bei den anderen Firmen kein früherer Zeitpunkt angelegt sei. Das ist nicht zutreffend. Wenn auch bei Walbert Stier die Sache so liegt, so ist dort doch auch schon eine Lohnerhöhung sofort durchgeführt worden, und bei anderen Firmen ist teils der 1. April als Datum für das Inkrafttreten der Tarife eingesetzt, teils sind die Tarife schon durchgeführt. Bei Firmen, wo wie bei Eisbach ein Streik notwendig wurde, um zum Ziele zu kommen, muß die Arbeiterschaft um so mehr verlangen, daß der Tarif sofort durchgeführt wird.

Gemeinsam mit den Eisbachschen waren die Herrenkonfektionsschneider der Firma Cohn u. Sohn versammelt. Die Verhandlungen sind hier im Vergleich zu denen mit einer Reihe anderer Firmen ziemlich weit gediehen. Die Differenzen, die bei Cohn u. Sohn noch vorliegen, sind nicht so bedeutend. Allerdings liegt noch eine Reihe strittiger Positionen vor, namentlich soweit die billigsten Sachen in Frage kommen. Auch über einzelne Extraarbeiten ist noch keine Einigung zustande gekommen. Dann scheint es unmöglich, auf das Verlangen der Firma einzugehen, daß der Tarif erst am 1. Mai in Kraft treten soll, was in der Diskussion ganz besonders scharf betont wurde.

Im übrigen wurden in der Diskussion, die sich bis gegen Mitternacht hinzog, die noch bei beiden Firmen vorliegenden strittigen Positionen gründlich besprochen. Daß bei Eisbach die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen wird, als der Tarif im ganzen Umfang festgelegt und anerkannt ist, war für alle selbstverständlich. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Angebote der Firma Eisbach im Zivilsachen anzunehmen und ebenso bei Cohn u. Sohn die Angebote, soweit sie mit den geforderten Löhnen übereinstimmen, gutzuheißen. Im übrigen beauftragte die Versammlung die Kommission, bei beiden Firmen, soweit die Einigung nicht erzielt ist, auf Grundlage der geforderten Löhne weiter zu verhandeln und auch den Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Tarife gemäß den Wünschen der Arbeiterschaft festzulegen.

**Achtung, Töpfer!** Wegen Beschäftigung von Wilden und Nichtzahlung des Tarifes verhängen wir hiermit über die Firmen C. Tresemmer, Kistler, 24, Bau Griesstraße, Pantom, und S. E. I., Bau Friedrichstraße, Ecke Friedrichstraße, Tempelhof, die Sperre.

**Achtung, Mater!** Die Differenzen bei der Firma P. Fintz betr. Lohnzahlung sind beigelegt und ist hiermit die verhängte Sperre wieder aufgehoben.

### Deutsches Reich.

Gegen die Reichshausersche Kampfweise protestierte am Sonnabend in Köln eine Versammlung des Ortsvereins des Verbandes deutscher Buchdrucker. Die Versammlung nahm nach einem Referat von Konzenberg über das Thema: „Ist die Schreibweise des Korrespondent in jüngster Zeit im Interesse des Verbandes und der gesamten organisierten Arbeiterschaft gelegen?“ eine Resolution an, in der der Zentralvorstand aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, daß der Raum des Verbandsorgans nicht zu persönlichen Angriffen Reichshausers benutzt wird. Ferner bedauerte die Versammlung, daß am 2. Februar, dem Tage der 70. Weiberversammlung des Gewerkschaftsverbandes, im „Korrespondent“ keinerlei Hinweis auf diesen Tag gebracht wurde, vielmehr am selben Tage der gehässige Artikel „Richard Fischer“ erschien.

### Der Rheinfelder Streik und die christlichen Gewerkschaften vor dem Badischen Landtag.

Karlsruhe, 5. März. Die Rolle, die die christlichen Gewerkschaften im vorigen Jahre bei dem Streik in Rheinfelden gespielt haben, insbesondere der christliche Metallarbeiterverband und ihr Agitator Engel, kam gestern und heute vor der 2. Kammer des badischen Landtags zur Verhandlung. Auf der Tagesordnung stand das Budget des Ministeriums des Innern, und zwar der Titel betr. die Gewerbeaufsicht und die Durchführung der sozialen Gesetzgebung. Namens der Budgetkommission erbat unser Genosse Wittmann den Bericht. Dabei kam er auch auf Proschüren zu sprechen, welche die christlichen Gewerkschaften über den genannten Streik verbreiteten und auch im Landtag umgehen ließen, und in denen dem Vorstand der badischen Fabrikinspektion, Oberregierungsrat Wittmann, sowie dem in die Besetzung des von den Christlichen in Szene gesetzten Streiks der Aluminiumfabrik ebenfalls bemüht gemessenen Landeskommissar Straub die schwersten Vorwürfe gemacht worden, die auf nicht geringeres hinauslaufen, als auf den Vorwurf der Parteifälschung. Der Berichterstatter hat daher die Regierung um Auskunft, die um so nötiger wurde, als der Freiburger christliche Arbeitersekretär Reinhardt, der der Zentrumsfraktion der Kammer angehört, gleich nach Wittmann die Behauptungen der Proschüren wiederholte.

Gestern nun gab der Vorstand der Fabrikinspektion in zweifelhafte Ausführungen das ganze Material kund und führte aus, daß der Streik lediglich durch den genannten Engel ignoriert worden war, wiewohl nicht die geringste Aussicht auf Erfolg bestand und wiewohl die Arbeiter sich erst dadurch zum Streik bewegen ließen, daß ihnen von Engel drei Mark Streikunterstützung zugesichert wurden, wiewohl das Streikreglement nur 250 M. Unterstützung vorsehen hatte. Es wurde ferner astenmäßig festgestellt, daß die Fabrik in keiner Weise nachgegeben hat, daß also eine vollkommene Niederlage der Streikenden die Folge war, daß aber Engel trotzdem in einem Telegramm an einen anderen Gewerkschaftsbeamten von einem Siege sprach. Er hat freilich versucht, den Streikenden vor dem Friedensschluß vorzureden, die Fabrik habe Lohnnachbesserungen zugesagt, aber es wurde ihm in den betreffenden Verhandlungen mit der Streikkommission sofort durch den Landeskommissar, welcher die Verhandlungen mit der Fabrik geführt hatte, sowie durch Herrn Wittmann entgegengetreten und ihm dringend nahegelegt, nichts auszuloggen, das Anerbieten der Fabrik sei klipp und klar in kurzen Sätzen formuliert. Als ihm diese Auslegungen nicht gelangen, versuchte er es mit seinem Ehrenwort, und hat fünf- oder siebenmal sein Ehrenwort gegeben, zuletzt dahin, daß er überzeugt sei, daß die Fabrik wahrhaftig ein Licht bis zu dem und dem Termin eine Lohnnachbesserung einrichten läßt. Herr Wittmann schilderte der Kammer eingehend, wie Herr Engel sodann in der Presse immer wieder falsche Mitteilungen über die Sache veröffentlichte, und wie er auch weiter zu unrichtigen Schlüssen und Mitteilungen an ihn und an andere gelangte, wie er, der Redner, sich an andere christliche Gewerkschaftsführer gewandt habe, um Engel zur Einstellung seiner Agitation zu bewegen. Als das alles nicht genügt habe, sei er direkt nach Köln gefahren, um die Endpendlerung des Mannes von seinem Amte und seine Veretzung in eine weniger verantwortliche Stellung zu erreichen. Das ist ihm auch gelangt; aber nachher haben die christlichen Führer die Sache wiederum aufgegriffen und eine Untersuchung an Ort und Stelle vorgenommen, ohne sich mit dem Landeskommissar und dem Fabrikinspektor in Verbindung zu setzen, und schließlich auch eine Entscheidung zustande gebracht, die dem Engel günstig, den beiden Beamten ungünstig war. Engel, Kammerer, Heelen, Niefer und Stegerwald, — alle diese christlichen Gewerkschaftsführer und noch manche andere hat Herr Wittmann in dieser Sache bemerkt, teilweise zunächst mit Erfolg, aber schließlich doch immer mit der Erfahrung, daß die Herren mit der Wahrheit nicht gern etwas zu tun haben mögen.

Stimmlos lauteten das Haus und die dichtbesetzten Tribünen dem Bericht, das damit den Christlichen gehalten wurde. Die Arbeit des Herrn Wittmann vollendete der Minister des Innern, Freiherr v. Lobmann, indem er dem Mannheimer Stadtpfarrer Nebel, welcher inzwischen gesprochen und zu retten gesucht hatte, was nicht mehr zu retten war, sagte, daß mit den inneren Besserungsverläufen, die dieser der Menschheit verkündigt, bei dem Engel begonne werden möge; er hätte sagen können, bei dem Engel der „Christlichen“. In kurzer treffender Weise referierte

dann noch unser Genosse Koll, was vorgebracht worden war, und stellte fest, daß der ganze Vorgang nur ein Schulbeispiel dafür ist, wie die christlichen Gewerkschaften Mitglieder einzufangen suchen. Er bedauerte die Vorgänge in Rheinfelden und ihre traurigen Folgen, noch vielmehr aber, daß dabei eine ganze Reihe von Personen, die sich als Führer der Arbeiterbewegung aufspielten, in diesem Ding eine so traurige Rolle gespielt haben.

### Ausland.

#### Ein Streik und seine Lehren.

New York, 25. Februar. (Fig. Ver.)

Was alle Einsichtigen vorausgesagt, ist eingetroffen. Die Straßenbahngesellschaft in Philadelphia hat in schänderlicher Verletzung des am 4. Juni vorigen Jahres abgeschlossenen Vertrages ihrem Fahrpersonal einen neuen Kampf aufgedrängt. Seit Sonnabend letzter Woche stehen die organisierten Konduktoren und Motorführer, rund 5000 an der Zahl, aus, weil 600 von ihnen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft Annull und Fall entlassen worden waren. Die gesamte Arbeiterschaft und auch ein großer Teil der Bürgerschaft nehmen Partei für die Streikenden; andererseits gerieten sich die städtischen Behörden als Sachwalter der Straßenbahngesellschaft und bieten die Nachmittage der Stadt und des Staates auf, um einem wortbrüchigen Unternehmertum zum Siege zu verhelfen.

Als das Fahrpersonal der Straßenbahn am 24. Mai letzten Jahres die Arbeit einstellte, übten die Führer der in Philadelphia allmächtigen republikanischen Partei auf den Mayor (Bürgermeister) und dieser wiederum einen Druck aus, der genügte, um die Straßenbahngesellschaft zum Nachgeben zu bewegen. Eine andere Anordnung der Dienststunden, eine geringfügige Lohn-erhöhung wurden zugestanden, die Verpflichtung der Bediensteten, ihre Uniformen durch Vermittlung der Gesellschaft zu teuren Preisen zu kaufen, aufgehoben, eine abermalige Lohnaufbesserung vom 30. Juni dieses Jahres an in Aussicht gestellt und die Gewerkschaft durch die Schaffung eines Arbeiterausschusses tatsächlich, wenn auch nicht formell anerkannt.

Damals standen die Normahlen, bei denen über die Aufstellung der Kandidaten entschieden wird, in Aussicht. Die Herrschaft der offiziellen republikanischen Parteileitung stand auf dem Spiele, wenn die Arbeiter dem Staatssekretär Mc. Nicholl die Gefolgschaft versagten. Daher das Eingreifen Mc. Nicholls und Mayors Neuhorn.

In der vorigen Woche errang die offizielle Organisation der Republikaner in Philadelphia bei den Frühjahrsahlen einen über alle Erwartungen glänzenden Sieg. Die Demokraten brachten noch nicht einmal die gefehliche der Minderheit zugestanden Kandidaten durch, da die Republikaner, ohne ihre Siegesaussichten zu gefährden, eine hinlängliche Anzahl Wähler zu der zum Zwecke der Verdrängung der Demokraten gebildeten „Arbeiterpartei“ abkommandieren konnten, um deren Kandidaten eine größere Stimmzahl zu verschaffen, als die demokratischen Bewerber auf sich vereinigen. Die Arbeiterstimmen haben ihre Schuldigkeit getan, nun glauben die republikanischen Führer ihre Masse abwerben zu können.

Auf die erste Stunde von dem Beginn des gegenwärtigen Straßenbahnerstreiks reisten die republikanischen Staatsdeputierten „Jim“ Mc. Nicholl und Billy Ware von Philadelphia nach Florida. Sie waren also für die Arbeiter nicht zu sprechen. Deshalb wandte sich eine Deputation von Philadelphiaer Gewerkschaftsführern an den in Washington weilenden Bundes Senator Penrose, um ihn um seine Vermittlung anzusuchen. Penrose schien nicht abgeneigt. Befriedigt fuhren die Gewerkschaftsdelegierten nach Philadelphia zurück. Kaum waren sie wieder daheim, mußten sie von Penrose telephonisch hören, er habe nicht genau verstanden, ob er als Schlichter vorgehen sei oder nur eine Schlichtergerichtliche Pailegung des Streits in die Wege leiten solle.

Inzwischen aber wurde die vor einigen Jahren von der pennsylvanischen Legislatur eingesandene Truppe der Staatskonstabler von dem Gouverneur nach Philadelphia geschickt, und zwar auf Erjuchen des dortigen Mayors. Diesen „Kojaken“, wie der Volksmund sie nennt, sagen die großkapitalistischen Blätter rühmend nach, daß sie ohne Jögern auf Volksansammlungen (siehe) und daß sie feuern, um zu töten“. Dieses Lob haben die Staatskonstabler bisher „redlich“ verdient. Schon vor ihrem Eintreffen war in Philadelphia viel Blut geflossen. Vier Tote, über 40 Schußwunden, zahlreiche auf andere Art Verletzte, 500 Verhaftungen sind bis jetzt neben einem halben Hundert von den Großgeschworenen erhobenen Anklagen und drakonischen Sanktionen das Fazit des Streiks. Wegen eines Arbeiter, der einen Stein geworfen, erkannte ein Richter auf sechs Jahre Zuchthaus.

Infolge der Brutalität der Ordnungshandeln kommt es an allen Ecken und Enden zu Zusammenstößen zwischen Polizei, „Sicherheitsmannschaften“ und Arbeitern. In dem Fabrikdistrikt Kensington wurden zwei Kampagnen „Fencibles“ (eine Paradedruppe) entworfen. Männer und Frauen rissen in ihrer Empörung den „Fencibles“ die Uniformen vom Leib. Erklärlicher-weise werden auch die Streikbrecher, die notorische Verbrecher sind, nicht mit Samtpfötchen angefaßt. Und als Protest gegen die Stellungnahme der Behörden zugunsten der wortbrüchigen Bahnmagnaten wird die Erklärung eines Generalstreiks in Aussicht genommen.

Auch gegen die republikanischen Politiker richtet sich die Empörung. Aber die Wahlen sind vorüber, und bis zur nächsten Wahl dürften die Arbeiter Philadelphias die Lehren des Eisenbahnerstreiks leider wieder vergessen haben.

Ueber die gegenwärtige Situation berichten verschiedene Telegramme:

New York, 6. März. In Philadelphia veranstalteten etwa 10 000 Personen eine Demonstration vor der Unabhängigkeitshalle. Infolge eines Mißgriffes der Leitung der Polizei ritten viele Ab-

teilungen der Polizei in die Volksmenge hinein, worauf schwere Außerordnungen erfolgten. 25 Straßenbahnwagen wurden demoliert. Eine Straße war vollständig in den Händen des Volkshaufens. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Philadelphia, 7. März. Die Unruhen erneuerten sich im Laufe des gestrigen Tages. Mehrere Personen, darunter eine Frau, wurden durch Schüsse, zahlreiche andere durch Schläge mit Polizeimitteln zum Teil schwer verletzt. Eine Anzahl Demonstrationen wurde verhaftet.

Philadelphia, 7. März. In Philadelphia stellten die Arbeitervereine genaue Zähllisten auf, in der die Anzahl und Beschäftigung der Streikenden genau verzeichnet wurden. Nach diesen Listen streiken etwa 60 000 Mann. Heute wird Zuwachs erwartet. Viele Theater- und Vergnügungsbetriebe sind geschlossen. Die Warenhäuser haben Dunder von Verkaufserlösen entlassen müssen. Obgleich ein Drittel der gewöhnlichen Wagenzahl sich im Betriebe befindet, betragen die Einkünfte der Straßenbahngesellschaft vielleicht ein Zehntel der gesamten Einnahmen in normalen Zeiten, da einerseits sehr wenig Fahrgäste vorhanden sind und andererseits die streikbrechenden Konduktoren einen großen Teil der Fahrgelder unterschlagen, da sie wissen, daß sie, falls die Streikenden siegreich bleiben, entlassen werden.

Philadelphia, 8. März. Die Streikenden haben sich bereit erklärt, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, wenn sie vorher wieder eingestellt werden. Es ist aber unwahrscheinlich, daß die Arbeitgeber diese Bedingung annehmen werden. Wie verlautet, beabsichtigen die Streikenden, den Präsidenten Taft um seine Vermittlung zu bitten. Bei den getriebenen Tumulten bewarfen Männer, Frauen und Kinder die Straßenbahnwagen und die Polizei mit Steinen. Die Schulleute mochten von ihren Säckchen Gebrauch, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Frauen, erwacht!

Das war ein Wahlrechts Sonntag in Berlin! Zu seinem Gelingen haben die Frauen und Mädchen des Proletariats in volstem Maße beigetragen. Auch das „schwache Geschlecht“ fügte sich nicht dem ungeschlichen Verbot des durch Selbstbewußtsein und Ungeschicklichkeit ausgezeichneten Berliner Polizeipräsidenten. Zu Tausenden sind unsere Frauen und Mädchen mit in Reih und Glied marschiert und haben mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht auch das volle Staatsbürgerrecht des Weibes gefordert.

Wir wünschten, daß unsere Genossinnen vom Lande und aus den kleinen Provinzstädtchen sich ebenfalls hätten beteiligen können. Wenn sie den Massentritt der Arbeiterbataillone gehört, das hundertaufendköpfige Heer ihrer Parteigenossen und Genossinnen gesehen hätten, würde jeglicher Kleinmut verschwinden. Mit Stolz und Freude würden sie erkennen, daß der Sozialismus seine Wurzeln auch in der Masse der Frauen geschlagen und hinter den sozialistischen Idealen eine Nacht steht.

Die Verbreitung dieses Wahlbewußtseins in der Arbeiterklasse und bei den Frauen ist es ja auch, was die Herrschenden fürchten und was sie gegen die Demonstrationen so wüten läßt. Mögen sie loben! Alle die Frauen und Mädchen, die am Sonntag zur Meeresküste eilten, aus der dumpfen Werkstatt, aus Fabriken und Kontoren, aus den Verkaufsläden, aus der Enge des Hauses und den Manfardenstuben der Heimarbeit, sie förderten das proletarische Wahlbewußtsein. Möge ihr Beispiel ein Ansporn für unsere Genossinnen im Lande sein.

Arbeiterfrauen und Mädchen Preußens, folgt dem Rufe der Partei! Frauen und Mädchen im ganzen Reich: unterstützt die preussischen Wahlrechtskämpfer, denn erst durch den Sturz der preussischen Reaktion wird der Weg frei für die politische Gleichberechtigung der doppelt entrechteten Frauen!

#### Dankend abgelehnt!

In Hamburg gaben die Ueberbreitknechtchen, die im sogenannten „Deutsch-Rationalen Handlungsgehilfen-Verband“ schon so viele Proben ihrer kleinlichen Konkurrentenangst vor der Kollegin ablegten, und damit teils Heiterkeit, teils aber auch Scham auf solcher Volksgenossen auslösten, kürzlich eine neue Dravourvorstellung auf diesem Gebiete. Der Hamburger Senat unterbreitete der Bürgerschaft einen Antrag auf Bewilligung von 60 000 M., die dem Zwecke der Ausbildung weiblicher Angestellter dienen sollten. Das traf die vorzüglich auf Hurrabrußen und „Deutschland, Deutschland über alles“ grölenden Irrentonen ins patriotische Herz. Kraft ihrer guten Gesinnung und dergleichen Qualitäten mehr, forderten sie Ablehnung der Vorlage. Vergeblich! Sie wurde angenommen. Nun können die Bestimmungsbüchigen Mache und drohen mit dem Sozialdemokratischen werden. So schreibt ein „älterer Handlungsgehilfe“ im Sprechsaal der „Hamburger Nachrichten“:

Der Senatsantrag betreffend die 60 000 M., der neulich in der Bürgerschaft mit knapper Mehrheit angenommen wurde, muß die männliche Handlungsgehilfenschaft sehr entmutigen. Mancher Handlungsgehilfe wird dadurch eventuell zu einem Wschwanken ins sozialdemokratische Lager veranlaßt worden sein. Denn es gibt leider eine Masse politisch unbeschlagener Geister darunter, die gar nicht wissen, daß gerade die Sozialdemokratie und ihr Anhang die Frauenkonkurrenz begünstigen.

Wir danken auch vor dem Zug. Für solche Musterexemplare von Rücksichtslosigkeit und Unzuverlässigkeit ist bei uns kein Platz. Wenn aber abgelehnt wird das Eingekündigte, daß im gegenwärtigen Lager Dummheit, Stolz und Bestimmungslumperei auf einem Holz wachsen. Reichliche teutonischer Erziehung!

Generaldirektor Ernst Strauß, NW. 23, Schinkel-Str. 27, 10667 Berlin, Grotte-Str. 470/71, Grenz-Str. 11 (Schubert), Str. 2076.



# Umsonst

Bügeleisen, Bekede, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benützung von **Flammers Seife und Flammers Seifenpulver**. Hunderttausende solcher Geschenke kamen bis jetzt zur Verteilung. Beide Waschmittel sind die denkbar besten, geben mühelos und ohne besonderes Bleichen schönste Wäsche, sie sind garantiert unschädlich, ausgiebig und billig im Preis. Sparsame, auf Ihren Vorteil bedachte Hausfrauen verwenden nur noch



# Flammer Seife u. Seifenpulver



# Theater und Vergnügungen



Dienstag, den 8. März.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königl. Oberhaus. Der Propst.**  
Königl. Schauspielhaus. Der  
deutsche König.  
**Neues königl. Operntheater.**  
Geschlossen.  
**Deutsches Jubel.**  
Kammerdiener. Der gute  
König Dagobert. (Anfang 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.

**Berliner. Tausend.**  
Seltene. Das Konzert.  
**Neues Schauspielhaus. Der Herr**  
Verteidiger.  
**Neues. Der Philosoph von Sans-**  
souci.

**Dehnen. Die geschiedene Frau.**  
Königliche Oper. Sigunnerslebe.  
**Neues Operetten. Der Graf von**  
Luxemburg.

**Trionon. Theodor u. Cie.**  
Kleines. Der große Name.  
Rehens. Am Landeshof.  
**Thalia. Die Doppelprinzessin.**  
Schiller u. Wagner. (Theater.)  
Kabale und Liebe.

**Schiller. Charottenburg. Egmont.**  
Heddel. Ravalere.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die**  
Jungfrau von Orleans.  
**Volksober. Die lustigen Weiber**  
von Windsor.

**Luise. Was Gott zusammenfügt.**  
Der Lustturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
**Ged. Herrnsfeld. So muß man's**  
machen. Eine Uebergangs-Oper.  
**Stadttheater. Wasbit. Geschlossen.**  
Parodie. Schenke. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Anf. 8 1/2 Uhr.

**Wintergarten. Spezialitäten.**  
Reichshallen. Streiter Sänger.  
**Palast. Spezialitäten.**  
Wagner. Spezialitäten.  
**Karl Haverland. Spezialitäten.**  
Walhalla. Spezialitäten.  
**Waggenhagen. Spezialitäten. (Anf.**  
7 1/2 Uhr.)

**Urania. Landenstraße 48/49.**  
Anfang 4 Uhr: Hans Hildenbrand  
Die Photographie in natürlichen  
Farben.  
Abends 8 Uhr: Eugen Jabel: Vom  
Kreml zur Nowa.  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Schubert: Das Klima  
Norddeutschlands und seine Ur-  
sachen.

**Urania. Landenstraße 48/49.**  
Anfang 4 Uhr: Hans Hildenbrand  
Die Photographie in natürlichen  
Farben.  
Abends 8 Uhr: Eugen Jabel: Vom  
Kreml zur Nowa.  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Schubert: Das Klima  
Norddeutschlands und seine Ur-  
sachen.

**Urania. Landenstraße 48/49.**  
Anfang 4 Uhr: Hans Hildenbrand  
Die Photographie in natürlichen  
Farben.  
Abends 8 Uhr: Eugen Jabel: Vom  
Kreml zur Nowa.  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Schubert: Das Klima  
Norddeutschlands und seine Ur-  
sachen.

**Urania. Landenstraße 48/49.**  
Anfang 4 Uhr: Hans Hildenbrand  
Die Photographie in natürlichen  
Farben.  
Abends 8 Uhr: Eugen Jabel: Vom  
Kreml zur Nowa.  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Schubert: Das Klima  
Norddeutschlands und seine Ur-  
sachen.

**Urania. Landenstraße 48/49.**  
Anfang 4 Uhr: Hans Hildenbrand  
Die Photographie in natürlichen  
Farben.  
Abends 8 Uhr: Eugen Jabel: Vom  
Kreml zur Nowa.  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Schubert: Das Klima  
Norddeutschlands und seine Ur-  
sachen.

**Urania. Landenstraße 48/49.**  
Anfang 4 Uhr: Hans Hildenbrand  
Die Photographie in natürlichen  
Farben.  
Abends 8 Uhr: Eugen Jabel: Vom  
Kreml zur Nowa.  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Schubert: Das Klima  
Norddeutschlands und seine Ur-  
sachen.

**Urania. Landenstraße 48/49.**  
Anfang 4 Uhr: Hans Hildenbrand  
Die Photographie in natürlichen  
Farben.  
Abends 8 Uhr: Eugen Jabel: Vom  
Kreml zur Nowa.  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Schubert: Das Klima  
Norddeutschlands und seine Ur-  
sachen.

**Urania. Landenstraße 48/49.**  
Anfang 4 Uhr: Hans Hildenbrand  
Die Photographie in natürlichen  
Farben.  
Abends 8 Uhr: Eugen Jabel: Vom  
Kreml zur Nowa.  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Schubert: Das Klima  
Norddeutschlands und seine Ur-  
sachen.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Hans Hildenbrand: Die Photo-  
graphie in natürlichen Farben.  
8 Uhr Eugen Jabel: Vom Kreml  
zur Nowa.  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Schubert: Das Klima  
Norddeutschlands und seine Ur-  
sachen.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches**  
Schauspielhaus.  
Dienstag, 8. März, abends 8 Uhr:  
**Die Jungfrau von Orleans.**  
Mittwoch: Der seltsame Leutnant.  
Donnerstag: Der seltsame Leutnant.  
Freitag: Der seltsame Leutnant.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Lanbensschlag.**  
Schwan in 3 Akten von Hennequin  
und Heber.  
Morgen und folgende Tage:  
Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, 13. März, nachm. 3 Uhr:  
Kammerer Dich um Anele.

**Volks-Oper.**  
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 78.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die lustigen Weiber**  
von Windsor.  
(Kaiser Abonnement.)

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Was Gott zusammenfügt.**  
Schauspiel in fünf Akten von Ernst  
Hilbert nach freier Benutzung einer  
Erzählung von Courth's-Wahler.  
Mittwoch: Die Kette um die Erde  
in 80 Tagen.  
Donnerstag: Vater und Sohn.  
Freitag: Was Gott zusammen-  
fügt.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Das  
gesellschaftliche  
Ereignis von Berlin  
Auftritt der schönen  
**Sisters Ridley**  
in ihren historischen Tänzen.  
**Georg Kaiser**  
Schneider - Duncker  
und das große Programm!

**Passage-Panoptikum**  
**Senegal in Berlin!**  
**50 wilde Weiber**  
Männer, Kinder.  
**Drei Negerdörfer**  
Ohne Extra-Entree!

**W. Noacks Theater**  
Oranienstr. 16, am Hofentaleer Tor.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Heber's Grab hinaus.**  
Lebensbild in 6 Bildern.  
Mittwoch: Der Sonnenhof.  
Donnerstag Benjamins Heute: Der  
Flarerer von Kirchfeld.

**Karl Haverland**  
Königliche Theater. präz. 8 U.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Reue erstklassige Spezialität.  
Liliputaner-Truppe prolongiert.  
Heute nach d. Vorstellung: Ball.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 192.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann  
Ludermann.  
Mittwoch: Die Eisenbahner.  
Donnerstag und folgende Tage:  
Die Ehre.

**Trionon-Theater.**  
Heute und folgende Tage, 8 Uhr:  
**Theodore & Cie.**  
Sonntag nachm.: Pariser Witwen.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16,  
Engel-Afer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von  
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel,  
Georg Reddersen, Nordhausen.  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Amt IV, 3014.

**Möbel-Halle Harry Goldschmidt**  
Ecke Stallchreiber-Straße. Berlin S., Moritzplatz 60. Ecke Stallchreiber-Straße.  
Bekannt für beste, gediegenste Arbeit!  
**Auf Kredit!**  
Kulanteste Zahlungsbedingungen!

**Möbel-Halle Harry Goldschmidt**  
Ecke Stallchreiber-Straße. Berlin S., Moritzplatz 60. Ecke Stallchreiber-Straße.  
Bekannt für beste, gediegenste Arbeit!  
**Auf Kredit!**  
Kulanteste Zahlungsbedingungen!

**Möbel-Halle Harry Goldschmidt**  
Ecke Stallchreiber-Straße. Berlin S., Moritzplatz 60. Ecke Stallchreiber-Straße.  
Bekannt für beste, gediegenste Arbeit!  
**Auf Kredit!**  
Kulanteste Zahlungsbedingungen!

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten  
von Friedrich Schiller.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Egmont.  
Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von  
Johann Wolfgang v. Goethe.  
Ende 11 1/2 Uhr.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Neue Jugend. (Johan Ulfstjerna.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Neue Jugend. (Johan Ulfstjerna.)

**Castan's Panopticum**  
Friedrichstr. 105, Paschorrpal.  
Neu! **Mr. Frank Lentini** **Doppelmann** einzig in  
Sensationell! **Mr. der** **der Welt.**  
**Ali Ben Mohamed,** Orientalischer  
Mr. Widowski, Schwert- und Bajonettkünstler.  
Täglich 7 1/2 Uhr abends und  
Sonntags zwei Vorstellungen: **Heitere Vorträge.**

**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
Ehrengruber - Abschiedswoche.  
Grute, Dienstag, den 8. März 1910:  
**Ein Fest auf der Alm.**  
Großer Bock - Jubel und Trabel  
Der berühmte **Schorsch Ehrengruber**  
mit seiner Truppe (50 Mitarbeiter) aus München.  
Schichttag - Ueberraschungen jeglicher Art um-  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
Die grünen Passierkarten behalten volle Gültigkeit.  
Morgen, Mittwoch: Elitetag. - Donnerstag:  
Das gr. Alpenfest. Eintrittskarten inkl. Ball 75 Pf.

**Arnold Scholz Neue Welt** Hasenheide 108/114  
Elitetag! Dienstag, den 8. März 1910: Elitetag!  
**Bockbierfest in den bayerischen Alpen**  
Prämierung der ältesten Veteranen  
die nachweislich die meisten Gefechte mitgemacht haben.  
Ausweispapiere sind mitzubringen.  
Anmeldung bis 10 Uhr abends an der Kasse.  
Preise 50, 30, 20 Mark.  
Die in den Vorjahren prämierten Veteranen scheidon aus.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Wintergarten**  
Das Dreigestirn  
weiblicher Schönheit, Grazie u. Kunst  
**Rosario Guerrero**  
**Marie Lafargue**  
**Odette Valery**  
und die anderen  
-Star-Attraktionen.-

**Apollo Theater**  
Der größte Lacherfolg!  
8 1/2 Uhr: **Konrad Dreher**  
als  
**Der Beschpreller.**  
Vorher ab 8 Uhr:  
Die neuen Spezialitäten.

**Palast-Theater.**  
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.  
Internationales  
**Ringkampf-Championat**  
um die Weltmeisterschaft.  
Vorkämpfer: Herr Prof. H. Hundersdorfer.  
Preis: 10 000 M. in bar.  
Dienstag, 8. März ringen:  
John Pohl-Abel II. geg. Charles  
d'Anders, Antwerpen.  
Köhl, Weiskiringer v. Bayern, geg.  
Chambers Jipser, Nordamerika.  
Maffett, Italien, gegen Scott,  
Transvaal.  
Weltmeister Joch Wedersen, gegen  
Clément d'Anders, Frankreich.  
Vorher: Die glänzenden Spezialitäten.  
Anf. 8 Uhr. Preise 50 Pf. bis 3 M.

**Casino-Theater**  
Lützowstraße 37. Anfang 8 Uhr.  
**Berlin**  
bei  
**Nacht.**  
Voffe in 3 Akten v. G. Schöpfer-Vorhoff.  
Sommt. 4 U.: Truchzens Sommerreise.

**Tonbild-Theater**  
Reinickendorfer Str. 26-27.  
**Reform-  
Kino**  
Das schönste  
Programm  
Berlins,  
laufend vom 2.-7. März  
u. a.: Am Hofe einer ägypt.  
Messalina. Kunstfilm 1. Rang.  
8. Platz 30 Pf.  
Abend 10 Pf. o. n. Raubjagd.  
Dauervorstellung u. 4-11 Uhr.

**Zirkus Sarrasani**  
alter Botanischer Garten.  
Dienstag, den 8. März 1910,  
abends 8 Uhr:  
Sensationelle Vorstellung  
mit einem rein sizilianischen  
Programm.  
Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der  
Ringkampf-Konkurrenz  
unter dem Protektorat des  
Herrn Prof. Reinhold Bogas.  
Es ringen:  
Lassartess gegen Streng.  
Van der Berg gegen Krook.  
Jack Lewis gegen Michaloff.  
Entscheidungskampf:  
Bernard gegen Nitschko.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 10. März:  
**Madame Bonivart**  
oder:  
Ueberraschungen der Ehescheidung.  
Schwan in drei Akten von Wilson  
und Ward. Deutsch v. G. Reumann.

**Volgt-Theater**  
Gastspiel in Puhlmanns  
Theater, Schönhauser Allee 148.  
Dienstag, den 8. März:  
**Aschenbrödel.**  
Lustspiel in 4 Aufzügen v. H. Bennig.  
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

**Walhalla-  
Variete Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 Uhr. Das große Programm,  
Watt, das lebende Elektrizitäts-  
werk u. die übrigen Spezialitäten.  
Tunnel: Die allgrößte Kasse.  
Theaterbesuchern freier Eintritt!

**Folies Caprice**  
Der Luftturner.  
Neuer bunter Teil.  
**Herr Wasserkropf.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.  
**Königstadt-Kasino.**  
Holmarktstraße 72.  
Täglich: **Franz Sobanski.**  
Neu: Effe Marion; neu: Udda  
und Dittfried Heley; neu: Ellen  
Giltia; neu: Des Alexandrom.  
Prolongiert: Viktor Ritter. Das  
sensationalste Schauspiel. Ab-  
kommen auf der Bühne. Im  
dunklen Korridor. Sch. 11 Uf.

**Zirkus Schumann**  
Dienstag, den 8. März,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Fest-Vorstellung**  
zugunsten des Zentralkomitees  
der deutschen Vereine vom  
Roten Kreuz.  
**Gala-Fest-Programm.**  
Unter anderem:  
Kommissionär Alb. Schumann,  
Kommissionär Gustav Stensbock  
als Gast.  
**Diedrei Rivalen**  
Ferie aus der Augenottenzelt.

**Herrnsfeld**  
Theater  
Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 5062.  
Nur noch bis inklusive  
Montag, den 14. März:  
**So muß man's machen**  
und **Eine Uebergangs-Ehe.**  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.  
Dienstag, den 15. März:  
**Beginn des großen**  
**Herrnsfeld-Zyklus.**

Es werden folgende Stücke auf-  
geführt: „Endlich allein“, „Ball  
Stummen“, „Die Welt geht unter“,  
„Rechte Ehre“, „Familientag im Hause  
Bretstein“, „Katholik geht zur Jagd“,  
„Meine-Deine Tochter“, „Gemeinde-  
Rath“, „Die beiden Blinden“,  
I. Serie: **Die Original-  
Klabriasperte** und **Es lebe**  
**das Nachleben** mit Anton und  
Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
Billetts hierfür ab heute  
bereits zu haben.

**Reichshallen-Theater.**  
**StettinerSänger**  
Der Nachwächter von  
Zerpenschleuse  
von Regiel.  
Anfang:  
Böhm. 8  
Uhr.  
Sonntag  
7 Uhr.

**Sanssouci,** Kottbusser  
Straße 6.  
Direktion Wilhelm Kömer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hofmanns Nord. Sänger**  
und Langstränzen.  
Stets neues, hochaff.  
Soiree-Programm!  
Die drahtlichen  
Schinger!  
Morgen Mittwoch:  
**Theaterabend.**  
Maria Wagbalene. Schauspiel in  
5 Akten von Hebbel.

**Buggenhagen**  
am Moritzplatz  
8 Uhr.  
Heute 9 1/2 Uhr ringen:  
**2 gr. Entscheidungskämpfe:**  
Tuomisto, Finnland gegen Leon  
de Wolf, Belgien.  
Max Schneider, Ludenwalde, geg.  
Albert Fein, Berlin.  
Im unteren Saale: Großes  
**Bockbier-Kellerfest**  
mit Doppel-Konzert.

**ORPHEUM**  
SO. BRÜCKEN - R. Z.  
an der Jannowbrücke.  
Deutschlands größte und  
vornehmste Lichtbühne  
650 Sitzplätze  
Feenhalle Ausstattung  
Beginn:  
Wochentags 4 Uhr.  
Sonntags 2 "

**Die reellsten und billigsten**  
**Möbel**  
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zins-  
vergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-  
fabrik unter 10jähriger Garantie  
4406L\* **A. Schulz,** Reichenberger  
Straße 6.

**Carmen Sylva**  
Cigaretten  
Beste Qualitäten

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
Alkoholarmes  
Spezialbräu.  
Aerisch empfohlen für  
Nervöse, Bleichsüchtige,  
nährnde Mütter etc. etc.  
Preis pro Flasche 10 Pf.  
Überall käuflich.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.**  
BERLIN - PARKOW.  
Größte Malzbrauerei Deutschlands.

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
Alkoholarmes  
Spezialbräu.  
Aerisch empfohlen für  
Nervöse, Bleichsüchtige,  
nährnde Mütter etc. etc.  
Preis pro Flasche 10 Pf.  
Überall käuflich.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.**  
BERLIN - PARKOW.  
Größte Malzbrauerei Deutschlands.

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
Alkoholarmes  
Spezialbräu.  
Aerisch empfohlen für  
Nervöse, Bleichsüchtige,  
nährnde Mütter etc. etc.  
Preis pro Flasche 10 Pf.  
Überall käuflich.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.**  
BERLIN - PARKOW.  
Größte Malzbrauerei Deutschlands.

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
Alkoholarmes  
Spezialbräu.  
Aerisch empfohlen für  
Nervöse, Bleichsüchtige,  
nährnde Mütter etc. etc.  
Preis pro Flasche 10 Pf.  
Überall käuflich.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.**  
BERLIN - PARKOW.  
Größte Malzbrauerei Deutschlands.

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
Alkoholarmes  
Spezialbräu.  
Aerisch empfohlen für  
Nervöse, Bleichsüchtige,  
nährnde Mütter etc. etc.  
Preis pro Flasche 10 Pf.  
Überall käuflich.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.**  
BERLIN - PARKOW.  
Größte Malzbrauerei Deutschlands.

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
Alkoholarmes  
Spezialbräu.  
Aerisch empfohlen für  
Nervöse, Bleichsüchtige,  
nährnde Mütter etc. etc.  
Preis pro Flasche 10 Pf.  
Überall käuflich.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.**  
BERLIN - PARKOW.  
Größte Malzbrauerei Deutschlands.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Frankfurter Viertel, Bezirk 306.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schuhmacher **Hermann Adam** Friedrichsberger Str. 27 gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Frankfurter Viertel, Bezirk Nr. 292.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kutnacher **Alex Zellner** Krausstr. 55a gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 8. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
216/6 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Zimmerpolier **Karl Stehr** am Sonntagvormittag infolge eines Lungenschlages im Alter von 51 Jahren verstorben ist.  
Um stille Beileid bitten  
Die Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 1054b

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer Deutschlands.**  
(E. S. Nr. 2, Hamburg)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerpolier **Karl Stehr** Steinmühlstr. 2 am 6. März verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 9. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 253/3  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand, Bezirk I.

**Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Karl Stehr** am 6. d. M. an Lungenschlag verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
254/7 Der Vorstand.

**Schöneherger Männer-Chor.**  
Am 5. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Restaurateur **Friedrich Gröbke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle (Wanke Hölle) aus statt. 00/9  
Der Vorstand.  
NB. Die Sänger treffen sich Punkt 1/5 Uhr bei Hinkel am Kirchhof.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfahrer **Wilhelm Gläcke** am 5. März im Alter von 33 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung, Heidenfeldstr. 10, aus nach dem Verstorbenen-Friedhof in Weihensee statt.  
Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 7. März mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tischler **Hugo Lockhoff** nach langem, schwerem Leiden im 64. Lebensjahre verstorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Niddorfer Gemeinde-Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser einziger lieber Sohn **Walter** im noch nicht vollendetem 15. Lebensjahre am 5. März, abends 8 Uhr, nach kurzem schweren Leiden verstorben ist.  
Dies zeigen tiefbetrauert an Die trauernden Eltern **Karl Kuhl nebst Frau,** Schönholzer Str. 7.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Riens-Kirchhofes in Nordend aus statt. 45819

**Todes-Anzeige.**  
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter und unsere liebe Schwester, die Arbeiterin **Anna Krause** nach langem, schwerem Leiden sanft einschlafen ist.  
Dies zeigen tiefbetrauert an Die trauernden Hinterbliebenen **Ferd. Krause** nebst Frau und Söhnen.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Schillingstr. 42, aus nach dem Seemanns-Kirchhof in Nordend statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, meine gute Tochter und Schwester **Auguste Otto** geb. Raath am 5. März, früh 3 Uhr, nach langem Leiden verstorben ist.  
Dies zeigen tiefbetrauert an Die trauernden Hinterbliebenen **Wilhelm Otto,** Anna Raath nebst Sohn.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Alsterstraße 93, nach dem Kirchhof der Elisabeth-Gemeinde, Pringeln-Allee, aus statt. 45802

Am 4. d. Mts. verstarb meine liebe Frau **Therese Saemann** geb. Fiedler.  
Der trauernde Gatte nebst Kindern **Franz Saemann,** Culmstr. 32.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Niddorfer Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Dankjaugung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders und Schwagers **Eugen Preussch** sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen der Firma Fritz Berner, Altonaerstraße 6, aufschuldigsten Dank.  
Die trauernden Geschwister **Preussch.** 10415

**Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute u. Apotheker zu Berlin.**  
Bekanntmachung.  
Dienstag, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordl. Generalversammlung** in Weipers (fr. Brandes) Festsaal, Sebastiansstr. 30.  
Tages-Ordnung:  
Antrag des Vorstandes auf Grundstückerwerb zum Bau eines eigenen Verwaltungsgebäudes. 10406  
Der Vorstand.  
Richard Nürnberg, Jonas Stahl, Vorsitzender, Schriftführer.

**Herren- u. Knabengarderobe**  
fertig u. nach Mass  
**J. KURZBERG,**  
Rosenthalerstr. 40  
Wochens von 11 M. an  
auf Teilzahlung

Stempel-Tabak  
von 26342  
**Robert Hecht,**  
Berlin S.,  
Cranichstr. 142.  
Liefert schnell und billig alle Arten  
Stempel  
in bester  
Ausführung.  
Kantinen-Typen „Perfekt“  
zum Aufstempeln einzelner Wörter  
sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

**Zentralverband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin.  
**Sektion der Gips- und Zementbranche.**  
Mittwoch, den 2. März 1910, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15 (großer Saal):  
**General-Versammlung.** 136/15\*  
Tages-Ordnung:  
1. Jahres- und Klassenbericht des Sektionsvorstandes.  
2. Neuwahl des Sektionsvorsitzenden, der Revisoren und des Arbeitsvermittlers sowie der Mitglieder der Schlichtungskommissionen.  
3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Sektionsvorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Heute, Dienstag, den 8. März 1910:  
**Gemeinsame General-Versammlung**  
für die Orte  
**Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Weißensee**  
im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15 (Saal 4). 80/3  
Tages-Ordnung:  
Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern und Stellungnahme zum Abschluß des Vertrages.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III, Amt 3, 1987.  
Heute, Dienstag, den 8. März, abends 8 Uhr:  
**Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend**  
in Freyers Festsaal (früher Keller), Kopenstr. 29.  
Tages-Ordnung:  
1. Die gegenwärtige Situation im Rohrlegergewerbe, und welche Stellung müssen jetzt die gesamten Kollegen einnehmen? Referent: Kollege Handl. 2. Diskussion.  
Kollegen!  
Da es endlich an der Zeit ist, eine wirklich wahrheitsgemäße Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse im Rohrlegergewerbe der Öffentlichkeit mitzuteilen, ist es notwendig, daß Ihr alle in dieser Versammlung erscheint. Lange und oft genug hat man von anderer Seite, des sogenannten „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ versucht, Euch, Kollegen, und die Öffentlichkeit zu täuschen.  
In dieser Versammlung soll sich zeigen, wo und wie die Interessen der Arbeiterschaft am besten vertreten werden. Darum agitiert für einen Massenbesuch der Rohrleger und Helfer zu dieser Versammlung. Keiner darf fehlen!  
112/19 Die Ortsverwaltung.

**Ortskrankenkasse der Maschinenbauarbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.**  
Berichtigung.  
Die in der Nummer vom 6. März erscheinende Annonce enthält infolgedessen einen Druckfehler, als es unter I heißen muß:  
I Die Wahlen von 143 Vertretern der versicherungspflichtigen und 8 Vertretern der freiwilligen Mitglieder für die Generalversammlungen des 1910/1911 (nicht 1910/1915) gemäß § 44 des Statuts usw.  
Der Vorstand.  
Fr. Schuldt, W. Heidenhain.

**Große wissenschaftliche Lichtbilder-Vorträge**  
des Herrn Direktor Uhlig vom Waldsanatorium in Oybin.  
Dienstag, 8. März: **Kleins Festsaal, Hasenheide 13/15, für Herren.**  
Abends 1/9 Uhr  
**Für Damen aber 18 Jahre.**  
I. Teil. Die Darmtätigkeit, die größte Ernährungsgeschäft neuerer Heilkunde.  
Selbsthilfe bei folgenden schweren Erkrankungen, plötzlichen Erkrankungen. Herpenelend, Katerien- und Herzarterien, Ursachen, Symptome, Abhilfe.  
II. Teil. Schönheitsaufzug.  
III. Teil. Die Naturheilmethoden von Oybin. Wintersport in Oybin.  
**Für Herren aber 18 Jahre.**  
I und II. Teil. Wie im Damenabstrich.  
III. Teil. Was Männer über die Leiden ihrer Frauen und Töchter wissen müssen?  
Anatomie- u. Herzentartung  
Nach den Vorträgen: Fragenbeantwortung.  
Eintritt: 50 Pfennig, 75 Pfennig, 1 Mark.

**Für Wohnungen ohne W.-C.**  
ist Automors unentbehrlich, da es Geruchlosigkeit der Abortanlagen verbürgt und jede Ansteckung durch diese verhindert

**Klempnerei,**  
ohne Konkurrenz i. Stadt Norddeutschlands soll sofort verk. werden. **Großartige Existenz.** Ausgedehnte Land- u. Bauhandlung, Kottens Ladengeschäft i. eigenem Grundst. Dreifach genaueste Kundsch. an demittels ernährte Reifestanten. **Wasser zweifach.** Off. unter **W. B. 40** an **Rudolf Mosse, Straßburg.**

**1**  
Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige **Herren- u. Knabengarderobe**  
Ersatz für Maß.  
Maß-Anfertigung  
Feinste Verarbeitung  
**S. Boltuch**  
Frankfurter Allee 75, L. Eingang Theaterstrasse.

**Hygienische Bedarfsartikel**  
**Drogerie Zarenba.**  
Reinigungsmittel, dir. a. Rosenbader Tor.  
Billigste Bezugsquelle!  
Besuch i. zur dauernden Kundsch.

**MANOLI**  
CIGARETTES  
ÜBERALL

**Fruchtweine**  
kräftig und abgelagert  
sind billiger, wohlgeschmeckender und nahrhafter als  
**Branntwein!**

**Johannisbeerwein, herb und süß** 1/2 Flasche 60 Pf.  
**Heidelbeerwein, herb und süß** 1/2 " 35 "  
**Stachelbeerwein, süß** 1/2 " 35 "  
**Himbeerwein, süß** 1/2 " 35 "  
**Kirschwein, süß** 1/2 Flasche 70 Pf.  
**Brombeerwein, süß** 1/2 " 40 "  
**Erdbeerwein, süß** 1/2 " 40 "

Zu haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!

**Fruchtweine**  
sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Fasse sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten bedeutende Preisermäßigung.

**Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.**  
Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4065L\*

**Inventur-Extrapreise**  
nur einmal jährlich im  
**Steppdecken**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158

Unterhalten nirgends Filialen!

Simlisseide in den 4 15 5 25  
Ersatz f. Solde rot 10 50 8 50  
Wollatlas blau oliv  
Bunte Normal-Schlafdecken 1 65 2 50 3 50  
Wolldecken ganz dick 3 00 4 00  
Reisedecken (engl.) getigert 6, 8, 10 M.  
Inventur-Extralliste gratis und franko.  
u. Katalog m. ca. 600 Illustrat.

**Eszet**  
Cigarette  
ohne Streichholz zu entzünden!  
„Eszet“ ist unentbehrlich bei stürmischem Wetter  
„Eszet“ ist unentbehrlich für Jagd, Sport und Bootfahrten  
„Eszet“ ist unentbehrlich für jeden Raucher, der sich viel im Freien aufhält.  
„Eszet“ entzündet sich an einer an der Sohle befindlichen Keilspitze wie ein Streichholz  
„Eszet“ ist frei von jedem fremden Geschmack und Geruch  
„Eszet“ ist hergestellt aus den feinsten türkischen Tabaken  
„Eszet“ wird deshalb von Qualitäts-ranchern bevorzugt  
„Eszet“ ist zu haben in Blechpackungen à 20 Stück von 2 1/2 bis 20 Pf. pro Stück  
„Eszet“ ist in Spezial-Zigarren-geschäften zu haben  
**Cigarettenfabrik VIOLA-COMPAGNIE HAMBURG 6.**  
Generalvertretung für Berlin: Scheier & Löwenberg, Heilbronner Str. 19. Tel. VI. 16730.

Morgen Mittwoch, Zahlabend in allen Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Landtagswahl im 6. Berliner Landtagswahlbezirk.

Wir haben mitgeteilt, daß die Abgeordnetenwahl auf Dienstag, den 12. April festgesetzt ist. Vorher aber müssen noch Wahlmännerergänzungswahlen vollzogen werden für die Wahlmänner, die durch Verzug, Tod usw. ausgeschieden sind. Diese Ergänzungswahlen finden am Dienstag, den 15. März statt. Es kommen folgende Wahlbezirke in Frage:

- Wahlbezirk 496. Alexanderstr. 19 und 20, Holzmarktstr. 1-11 und 60-72. An der Jannowbrücke, Stahlabendbogen 66-71, Stahlabendbogen Jannowbrücke (1897). 1. Wdt. für 2 scheidende Wahlmänner, deren Wahl nicht zustande gekommen ist.
Wahlbezirk 500. Langestr. 4-12 und 109-107 (1813). 2. Wdt. für den Abgeordneten Richard Buch.
Wahlbezirk 505. Markstr. 1-18 und 47-53, Kleine Markstr. 1-5 und 25-30 (1816). 2. Wdt. für den Kaufmann Otto Dittmann.
Wahlbezirk 509. Blumenstr. 33-34, Krautstr. 2b-3a und 6-10 und 47-53 und 54a-55a (1903). 2. Wdt. für den Restaurateur Richard Ledermann.
Wahlbezirk 510. Große Prenzlauer Straße 49-63, Bahmannstraße 16-20 (1902). 2. Wdt. für den Kaufmann Georg Dobendorf.
Wahlbezirk 511. Blantzenleiderstr. 2-14, Nachluststr. 7 und 16 (1892). 3. Wdt. für den Schiller Ernst Helmreich.
Wahlbezirk 525. Gr. Frankfurter Str. 35-48, Straußberger Str. 21, Weberstr. 1-2 und 64-66 (796). 3. Wdt. für den Schriftsetzer Rudolf Brühl. 1. Wdt. für den Tischlermeister Emil Gluck.
Wahlbezirk 531. Friedrichsberger Str. 13-17, Fürstenwalder Straße 1 und 24, Reuber Str. 10 und 11, Pöhlchenstr. 30-35 und 79 bis 87 (1438). 2. Wdt. für den Kaufmann Hermann Weinmann.
Wahlbezirk 536. Köpenicker Str. 38-40 und 60, Pöhlchenstr. 38 und 66-78 (1892). 1. Wdt. für den Lehrer Wilhelm Pöhlcher.
Wahlbezirk 542. Gr. Frankfurter Str. 11-13 und 128-130 (1909). 2. Wdt. für den Schlossermeister Karl Neumann.
Wahlbezirk 544. Friedenstr. 74-82, Fruchtstr. 40-45, Pöhlchenstraße 61-62 (1849). 3. Wdt. für den Bureauarbeiter Robert Weber.
Wahlbezirk 545. Andreasstr. 35-44 und 47-53, Blumenstraße 38/39 (1873). 2. Wdt. für den Kaufmann Alexander Reimann.
Wahlbezirk 545. Andreasstr. 3-13 und 69-76, Dresdener Str. 11 bis 14 und 18-21, Langestr. 28, Stahlabendbogen 1-7 (1909). 1. Wdt. für den Kaufmann Emil Braun.
Wahlbezirk 557. Dresdener Str. 1-10 und 22-23, Holzmarktstraße 42, Krautstr. 30, Stahlabendbogen 8-27 (1904). 1. Wdt. für den Schlosser Wilhelm Wohlhüt.
Wahlbezirk 559. Mühlenstr. 2-31 und 64a-80 (1905). 2. Wdt. für den Gemeindefabrikarbeiter Hans Franke.
Wahlbezirk 563. Weinstr. 12-20 und 30/31, Ehrenbergstraße, Nagelstr. 1-12, Kottbuser Str. 4-11 und 20-26, Rudolphstr. 5-17, Straßauer Allee 3 und 37-43, Terrain der Dö- und Schlesienschen Bahn von Straßauer Straße bis Rudolphplatz (799). 1. Wdt. für einen scheidenden Wahlmann, dessen Wahl nicht zustande gekommen ist.
Wahlbezirk 565. Weinstr. 1-10 und 21-29, Straßauer Allee 4 und 34a-36 (1851). 2. Wdt. für den Eigentümer Paul Fenger. 1. Wdt. für den Geschäftsführer Otto Siepmann.
Wahlbezirk 567. Gapsdörfer Str. 2-11, Ein Rudolphplatz 1 (1892). 1. Wdt. für den Buchbinder Johannes Berger.
Wahlbezirk 576. Fruchtstr. 14-15 und 74-79, Langestr. 40-59, Waballstr. 1-9 (1892). 3. Wdt. für den Former Max Klose.
Wahlbezirk 577. Langestr. 41-49 und 60-68 (1903). 1. Wdt. für den Eisenbahnarbeiter August Baum.
Wahlbezirk 580. Friedrichsberger Str. 18-30, Fruchtstr. 16-19 und 73-78 (1904). 2. Wdt. für den Schuhmachermeister Franz Zehnig.
Wahlbezirk 582. Reichenberger Str. 2-9 und 38-43 (1916). 1. Wdt. für den Eigentümer, Buchbinder Max Schöndel.
Wahlbezirk 584. Rindfleischerg. 9-13 und 22-28 (1907). 1. Wdt. für den Bäckermeister, Buchbinder Salomon.
Wahlbezirk 596. Köpenicker Str. 12-19 und 73-80, Rindfleischerg. Str. 18 (811). 3. Wdt. für den Schenkwirt Karl Köhler.
Wahlbezirk 593. Rindfleischerg. Str. 2-12 und 23-33 (1903). 3. Wdt. für den Drechsler Ernst Niemann.
Wahlbezirk 595. Fruchtstr. 35-38 und 51-53, Remeler Str. 38 (780). 2. Wdt. für den Gastwirt August Golumbus.
Wahlbezirk 596. Fruchtstr. 29-34 und 56-60 (1189). 2. Wdt. für den Schenkwirt Adolf Weis.
Wahlbezirk 598. Rindfleischerg. Str. 2-8 und 35-38 (1904). 2. Wdt. für den Arbeiter Ernst Großmann.
Wahlbezirk 604. Gutsener Str. 4-12 und 55-57 (1892). 2. Wdt. für den Gastwirt Paul Döhl.
Wahlbezirk 616. Bromberger Str. 13 bis Ende, Rindfleischerg. Straße 54-62 und 66-71 (1913). 1. Wdt. für den Buchdrucker Leo Kaminski.
Wahlbezirk 622. Wauer Str. 2-8 und 16-22 (1847). 1. Wdt. für den Kaufmann, Buchbinder Karl Döhl.
Wahlbezirk 624. Wauer Straße 4-11, Reuber Straße 6-9, Straßauer Str. 55/56 (1911). 2. Wdt. für den Schenkwirt Emil Hummel.
Wahlbezirk 632. Dönhofsplatz Str. 16-21 und 29-33 (1902). 1. Wdt. für einen scheidenden Wahlmann, dessen Wahl nicht zustande gekommen ist.
Wahlbezirk 634. Dönhofsplatz Str. 22-24 und 25-28 (825). 1. Wdt. für den Magistratsbureauassistenten Otto Daube.
Wahlbezirk 635. Frankfurter Allee 75-80 und 117a-121, Hühner Str. 1-2, Kottbuser Str. 1-6 und 35-41, Weidenweg 25 (1904). 1. Wdt. für einen scheidenden Wahlmann, dessen Wahl nicht zustande gekommen ist.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichshagen. Jahlnacht für Buchdrucker usw. Mittwoch, d. d. M., nachts 11 1/2 Uhr, bei Jul. Meyer, Dönhofsplatz 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Reichstagsabg. Hildebrand: „Politische Pflichten der Arbeiter“. 3. Diskussion. Die Vertrauensleute.

Zehndorf (Wannsee). Am Mittwoch findet der Zahlabend (nur dieses Mal) für den 1. und 2. Bezirk bei Wied, Kottbuser Str. 8 und 4 Bezirk bei Schöne, Potsdamer Chaussee, statt. Ferner werden die Parteigenossen ersucht, am Donnerstag, den 10. März, die öffentliche demokratische Versammlung im Kaiserhof zu besuchen. Der Vorstand.

Johannisthal. Heute Dienstag, den 8. März, fällt die Mitgliederversammlung des Wahlvereins aus. Abends 8 Uhr findet in Seufelers Hof, Friedrichstr. 43, eine Wählerversammlung statt. Tagesordnung: „Ein letztes Wort an die Gemeindeglieder Johannisthal“. Referent: Stadtverordneter Alex. Bogels. Kein Arbeiter darf dieser Versammlung fernbleiben. Der Vorstand.

Grünau. Die regelmäßige Mitgliederversammlung morgen abend fällt aus, dafür findet in den nächsten Tagen eine öffentliche Versammlung statt. Näheres wird noch bekannt gegeben. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Donnerstag, den 10. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokal von E. Müller, Berliner Str. 29, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Die Aufgaben einer Gemeindevertretung“. Referent: Gemeindevorsteher Otto Döhl. Zu dieser Versammlung findet Mittwoch abend 7 Uhr eine Handzettelerbreitung von den bekannten Lokalen aus statt. Die Bezirksleitung.

Pankow. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet eine große Volksversammlung bei Köpcke, Kreuzstr. 3/4, statt. Es sprechen Wolf Hoffmann und Walde Wonnaffe über das Thema: „Was treibt uns aus der Kirche?“ Alle Geistlichen Pankows sind hierzu eingeladen. Den Parteigenossen von Pankow-Süd zur Kenntnisnahme, daß wegen der bevorstehenden Gemeindevahlen der gemeinsame Zahlabend im Türmen nicht stattfindet. Am nächsten Zahlabend gehen die Genossen und Genossinnen wieder in ihre Bezirkslokale.

Berliner Nachrichten.

Die Leute des Herrn von Jagow.

Vom Wahlrechts Sonntag werden noch zahlreiche Einzelheiten bekannt, die ein geradezu erschütterndes Bild davon geben, wie in Straßen und Parkanlagen gegen die Bewältigung von der Polizei Berlins und der ihr zugesellten Gendarmen gemüht worden ist.

Am ärgsten ging es zu in der Umgebung des Bahnhofs Treptow, die trotz des frühen Beginns der Sperre und trotz der Respektlosigkeit des Polizei- und Gendarmenaufgebotes schwer ganz von Bivollisten zu „säubern“ war. Als im Treptower Park in der Mittagsstunde ein Trupp berittener Gendarmen, dem schrien Ton der Signalfeste folgend, sich in Trab setzte, um zur ersten Attacke vorzurücken, kam Bewegung auch in die Reihen einer abseits in Reserve stehenden Gruppe von Fußschutzeuten. Ein älterer Schuhmann rief, wie fiebernd vor Erregung: „Da! Jetzt! Jetzt geht es los! Jetzt müssen die verfluchten Hunde zusammengehauen werden, daß die Fäden fliegen!“ Der sinnlosen Mut dieser Ausrufung entsprachen denn auch die Attacken, die da draußen in immer erneuter Wiederholung gemacht wurden. Rücksichtslos wurden Wehrlose angegriffen, Frauen wurden niedergeworfen, auf Fliehende wurde eingehauen.

Vom Bahnhof her trieben Schutzeute eine Menschenmenge durch die Eisenstraße nach der Köpenicker Landstraße. Berittene Gendarmen, die dort standen, zogen plötzlich blank. Sie ritten in die ihnen entgegengebrängte Menge hinein, wobei mehrere Personen unter die Pferde gerieten. Auch mit dem Säbel wurde dreingefahren, daß Blut floss. Ein Mann, in dessen Begleitung sich seine Frau und sein anscheinend etwa dreijähriges Kind befanden, erhielt zwei Säbelhiebe über den Kopf.

In der Eisenstraße wurde um 1/2 Uhr zwischen dem Strohhofbahnhof und dem Großmannschen Lokal eine Frau auf dem Trottoir von einem Gendarmen überritten und durch Pferdehufe verletzt. Sie hatte zu einer Beerdigung gehen wollen, die auf dem Treptower Friedhof bei Baum- schuleweg stattfinden sollte. Ein Mann sprang zu und hob die Frau auf, ein anderer Mann nahm sich der zehnjährigen Tochter an, die in ihrer Begleitung war. Die Untersuchung durch einen Arzt ergab, daß die Frau einen komplizierten Bruch des linken Oberarms, starke Quetschungen des linken Oberschenkels und eine Hautabschürfung an der Stirn erlitten hatte.

Um 1/4 Uhr befanden sich in der Umgebung des Bahnhofs Treptow nur noch wenige Passanten. Da sprengten plötzlich die Gendarmen die Eisenstraße heraus nach dem Bahnhof zu. Vor den Säbeln, mit denen sie sich schlugen, rannte alles einseitig davon. Einem Mann flog unter einem Säbelhieb der Hut vom Kopfe. Ein anderer Mann, anscheinend etwa 45-50 Jahre alt, erhielt einen Säbelhieb. Ohne zu wissen, was ihm geschehen war, griff er bestürzt nach seinem Kopfe. Blut strömte ihm über den linken Schlädel und über die tastende Hand. Von der anderen Seite eilten Passanten herbei, nahmen sich des Mannes an und führten ihn fort.

Um 1/2 Uhr nachmittags glich Treptow noch einem Schlachtfeld. Noch sah man immer wieder Veritene auf harmlose Spaziergänger einsprengen, auf Männer, Frauen und Kinder, die mit entsetztem Geschrei flüchteten. Aus einer vorbeifahrenden Droschke rief ein Herr einem Leutnant zu, daß das doch unmöglich so weiter gehen könne. Ein Schuhmann antwortete ihm mit drohenden Worten und wütenden Geberden.

An der Köpenicker Landstraße wurde eine Attacke auf das Gartenlokal „Kreuz-Gesellschaftshaus“ gemacht. Schutzeute drangen schimpfend in den Vorgarten ein, in dem Gäste bei Bier oder Kaffee saßen. Junge Leute wurden im Gedränge gepackt, Frauen wurden von den Stühlen emporgerissen, und alle wieder hinausgetrieben.

Auf der Köpenicker Eisenbahn hatte man auch die Bahnbeamten mobil gemacht. Die Straße von der Kreuzung mit der Ringbahn bis zur Station Baumshulenberg war von morgens 10 Uhr an mit zahlreichen Beamten besetzt, die besonders die Brücken bewachten. In dem Turm der Wochstation hinter dem Turmplatz des Turnvereins „Fichte“ saßen 15-20 Beamte.

Schlimm dauerte die Polizei auch in der Umgebung der Schlesischen Brücke. In einer Gastwirtschaft auf dem Grundstück Schlesische Straße 6 weilten Gäste, die Lieder sangen. Plötzlich stürzten Polizisten herein und trieben die Gäste hinaus, wobei es nicht ohne Verletzungen abging und dem Gastwirt die Tür zertrümmert wurde.

An der Schlesischen Brücke wurde abends um 1/2 Uhr ein Passant von einem Schuhmann über den Haufen geritten. Er stürzte auf das Pflaster und fiel so schwer, daß er, nach einem Hausarzt geschafft, zunächst wie tot dalag. Zwei später hinzukommende Schutzeute trachten ihn nach der Wache, legten ihn auf den Fußboden und wiesen dann schroff die Personen hinaus, die Hilfe geleistet hatten.

Auch im Innern der Stadt kam es infolge der Aufgeregtheit der Polizei mitunter zu Zusammenstößen. Ein Zug von Demonstranten, der durch die Köpenicker Straße nach der Gegend des Generalschulhaus gezogen und von da aus schließlich bis zur Friedrichshagen gelangt war, wurde dort von Polizei attackiert. „Wollt Ihr zurück, Ihr Hunde!“ schrie ein Leutnant, und mit gezogenem Säbel stürzten seine Leute sich auf die Verfolgten.

Die Straße dient lediglich dem Verkehr! Wie ein Hohn auf dieses Wort des Polizeipräsidenten wirkte die von ihm angeordnete Sperre, durch die die gesamte Bevölkerung des Südostens der Stadt von dem Treptower Park abgeschnitten wurde.

Da haben wir Sozialdemokraten besser dafür zu sorgen gewußt, daß die Straße, wo sie nicht von Polizei behütet wurde, tatsächlich dem Verkehr erhalten blieb. Ueberall und besonders an den Verkehrsstrahlpunkten wurde darauf geachtet, daß Straßenbahnwagen, Omnibusse usw. den Vortritt vor den Demonstranten hatten und ohne Aufsehen durchfahren konnten. So geschah es auf der Potsdamer Brücke, daß aus einem Zuge ein Genosse herausritt und während des circa 20 Minuten dauernden Vorbeimarsches durch seine mit Umsicht gegebenen Kommandos jede Störung des Wagenverkehrs verhinderte. Das Militär wurde in den Kasernen zusammengehalten, und scharfe Patronen lagen bereit. Man erzählt, auf dem Dach der Kasernen des 8. Gardebataillons in der Köpenicker

Straße habe bis 8 Uhr ein Hornist Ausschau halten müssen nach dem „Feind“, den man anrücken zu sehen erwartete.

Lachpfeifen.

Der selbige Schusterstift aus Alt-Berlin telegraphiert drahtlos vom Himmel herunter: „Det habi a mal fauba jeshob'n. So wat imponiert mir. Id nehme et in alle Ehren höflichst zurück, det Ihr seit achtundvierzig jeshlafen habt. Nu sehe id janz deutlich, det die preis'ichen Schlafmützen ausjeshlafen ham. Kee so wat! Selbst der liebe Jott saachte, als a de Bolente in Treptower Park un Such in' Tiergarten uffmarschieren sah: da bleibt uff de Erde keen Doge droden! Die ganze himmlische Heerjahren flogen zusammen. Petrus schob de Klaffen beiseite, un nu kielten wa ohne Fernrohr uff de lachende Mutter Erde. Et war enfaach een Schauspiel for Jötter. Wa alle hier oben können et uff'n Dienst nehmen, det wieda, wie schon zu meine Jlangzeit, de Polizei anjeshlafen hat. Der liebe Jott war wietend un hätte am liebsten uff die uniformierten Unmenschen — jenau so hat a sich ausjeshrieben — een paar kräftige Klöße, die nich von Rappo war'n, runterjehoben. Wa et jing nich, weil a die hundertfufzigtausend Spaziergänger, die in de Woche weiter nicht wie Arbeiter ham, det Sonntagsnachmittagsvorniejen nich vaderben wollte. Aber a hat eifrig in det jrohe Himmelskontobuch jeshrieben un nachher 'ne lange Konferenz mit den Höllenfirjen jehabt. Der jlangte wie 'ne Speckkarte von wejen det jute Jeshäft. Det war ooch so 'ne Art Polizeikonferenz, aba 'ne andre Jarnitur, an die sich jewisse Leute eilich de Finga vabrennen wer'n. Jelaacht ham wa, det da jünge Himmel wadelle. Walleicht jittert noch nachträglich ooch de Erde davon. Wie in Tiergarten an jrohen Stern der seine Herr mit'n Anstrichter an den Polizeihauptmann ranjung, da saachte een Engel: „Scheen is een Zylinderhut, wenn man ihn besiten dut . . . pocht mal Achtung . . . jett hört de Polizei uff, mit de Klängen zu fucheln un uff de Hühneroogen rumzutrampeeln. Denn for een' Zintenpropfen un for'n hohen Namen, der darunter steckt, hat je macht'je Manschetten.“ Un richtig — et wurde 'ne Weile jestopt mit die Niederreiterei. Jraf Goensbroech, der jrade deswejen mal in' Himmel rinkommt, saacht der liebe Jott, weil a keen Jesuit mehr is, is et ja nich jewelen, aber sicha een anderet jrohet Tier. Det kann balleicht noch jut wer'n un wieda 'ne neue Namaste ablegen. Eure jünge Polizei, die for de Kage is, muß nich mit Seebels un Pistolen — nee, mit Brillen ausjeshrikt' wer'n, weil se so furchtbar furchtig is. Wer lacht da? Id lache mit. Un wat saacht denn eigentlich euer Oberjurgemeester zu det neuste volljeshliche Helmschild? Wenn det da richtige Mann an de Spritze wäre, wierde er mal 'ne jewaltige Lippe risker'n un sich janz energisch vabitten, det die Polizei, vor die ihr Bierga jedet Jahr wille Millionen berappt, euch um det Sonntagsvorniejen un de Jeshäftsleute um de Sonntags-einnahme bringe. Ellbogenfreiheit, Herr Oberjurgemeester!

Id jlaube, det nu eure underjeshliche Polizei den Kanal voll hat un einsehen wird, det die deutjchen Arbeiter keene wilden Tiere, aba ooch keene Vangeblischen sind. Die Hauptsache is, det ihr immer den jraden Weech jett. Denn kann euch die Polizei in der Staatsanwalt, for den in Himmel ooch nicht wille Blas jehrich is, sonst wat.“

August Friedrich Schulzes himmlische Botschaft soll einen Ehrenplatz im Redaktionsarchiv erhalten, neben den Botschaften des Polizeipräsidenten, der durch seine Verfügungen uns die größten Dienste leistet.

Für 25 Pf. Schwindel. Unter den Berliner „Augen Frauen“ ist die Konkurrenz bereits so groß geworden, daß sie erbedlich auf die Preise drückt. Also auch die Dummheit macht sich nicht mehr so wie bisher bezahlt. Moderne Wochenschriften und Kartendruckereien, die weiter nichts als Schwindlerinnen sind, kündigen durch öffentliche Zettelverteilung an, daß sie für jeden Besuch nur noch 25 Pf., auch Sonntags, verlangen. Selbst dieser geringe Betrag ist fortgeworfenes Geld. Dafür soll man sich lieber Brot kaufen.

Hauserende Kinder-Photographen. Der beliebte Trick hauserender Photographen, die Großstadthäuser mit den zum Fenster hinausschauenden Bewohnern abzulunterfeilen, zieht nicht mehr recht. Oft meldeten sich in einer Woche drei solche Kamerakünstler. Der zweite machte dann regelmäßig schlechte Geschäfte, weil das Feld schon abgegrast war. Jetzt sind die hauserenden Photographen auf einen sehr hübschen neuen Kunstgriff verfallen. Sie klingeln an jeder Wohnungstür und bitten: „Schönen Sie Ihre Kinder nach dem Hof . . . der Photograph kommt gleich!“ Das lassen sich die Mütter nicht zweimal sagen, und unter den Kindern herrscht helles Jubel. Selbstverständlich gehen diese Kinderbilder für ein paar Nidel weg wie die warmen Semmeln.

Die Deputation der städtischen Gewerke beschloß in ihrer gestrigen Sitzung die Einrichtung der Preßgasbeleuchtung in der Dönhofsstraße, Rindfleischergasse und in dem Berliner Teil des Kurfürstendammes und eine wesentliche Verbesserung der Beleuchtung auf dem Straußberger, Köpenicker, Strolauer und Mariannenplatz. Ferner beschloß die Deputation einen weiteren Teil des Gasanstaltsgeländes zu sämorgendorn an den Berliner Verein für Luftschiffahrt zu verpachten.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im Februar betragen 106 837,50 M. gegen 88 011,20 M. im Februar 1909, das ist eine Tageseinnahme von 3772,77 M. gegen 5071,89 M. im Februar 1909. Es wurden insgesamt 1 222 462 Personen gegen 628 189 Personen im Vorjahr befördert. Die Anzahl der im Februar gefahrenen Wagenkilometer (Motowagen und Anhängewagen) ist von 112 834 des Vorjahres auf 180 083 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer beträgt 50,78 Pf. gegen 51,41 Pf. im Vorjahr.

Ferienordnung für die Berliner Fortbildungsschulen 1910. Die Ferien des Jahres 1910 für die Berliner Fortbildungsschulen sind folgendermaßen festgelegt worden: Osterferien: Schlußtag: Mittwoch, den 23. März; Schulanfang: Montag, den 4. April. Pfingstferien: Schlußtag: Mittwoch, den 11. Mai; Schulanfang: Montag, den 23. Mai. Sommerferien: Schlußtag: Mittwoch, 6. Juli; Schulanfang: Donnerstag, 11. August. Herbstferien: Schlußtag: Mittwoch, den 23. September; Schulanfang: Montag, den 10. Oktober. Weihnachtsferien: Schlußtag: Sonnabend, den 3. Dezember 1910; Schulanfang: Montag, den 2. Januar 1911. — Schluß des Schuljahres: Freitag, den 31. März 1910.

Die Straße dient dem Verkehr! Wie ein Hohn auf dieses Wort des Polizeipräsidenten wirkte die von ihm angeordnete Verkehrssperre in den Betrieben der Großen Berliner Straßenbahn wird berichtet: Die Treptower Chaussee

war vollständig gesperrt. Die nach Treptow fahrenden Linien mußten während der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags an der Schlesienschen Brücke umlegen und von 2 Uhr bis 6 Uhr durften die Wagen sogar nur bis zum Schlesienschen Tor verkehren. Die den Opernplatz passierenden Straßenbahnwagen mußten von 1/2 bis 1/3 Uhr von der Hedwigskirche bis zur Eisernen Brücke mit geschlossenem Gitter fahren. In der Zeit von 1.25 bis 1/4 Uhr nachmittags mußten die Fahrgäste der Linien N, O, S, T und U die in der Richtung nach dem Kupfergraben verkehrenden Wagen am Brandenburger Tor verlassen.

Der Stadtkämmerer Hermann Blankenslein, der lange Jahre Stadtkämmerer von Berlin für den Hochbau war, ist in der Nacht zum Sonntag nach längerem Leiden im 82. Lebensjahre gestorben.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonnabendabend gegen 8 Uhr in der Chausseestraße. Dort trat vor dem Hause Nr. 58 ein etwa 54-jähriger, gutgekleideter Herr, dessen Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten, unmittelbar vor einem in der Richtung nach den Linden fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 32 B auf das Gleis und wurde umgestoßen. Der Unbekannte geriet unter den Vorderperren vor den Schweißrahmen und erlitt eine schwere Brustquetschung sowie eine klaffende Wunde an der rechten Kopfseite. Der Verunglückte wurde nach dem Augusta-Hospital in der Spangenhofstraße gebracht, wo er in der verflochtenen Nacht verstarb.

Hilflos aufgefunden wurde gestern Mittag in der Gneisenaustraße vor Nr. 65 ein etwa 85 Jahre alter Arbeiter. Man brachte ihn nach dem Krankenhaus am Urban, wo er die Besinnung noch nicht wieder erlangt hat. Seine Kleidung besteht aus einem dunklen Anzug, Schnürschuhen, einer roten Strawatte und einem schwarzen Hut.

In der Dunkelheit in den Teltowkanal geraten und ertrunken ist der 23 Jahre alte Mechaniker Otto Schmidt aus der Pichlerstr. 70 zu Steglitz. Der junge Mensch hatte Bekannte in Groß-Lichterfelde-Ost besucht und als er in später Abendstunde heimwärts ging, befand er sich in etwas animerem Zustand. Er geriet nun an das Ufer des Teltowkanals heran und tappete im Finsternen so unglücklich, daß er die Böschung hinunterstürzte und hilflos ertrank. Die Leiche des Vermissten wurde gestern geborgen.

Die Leiche mit den Strangulationsmarken. Siebzehn Pfennige waren das ganze Verbleiben eines Toten, dessen Leiche unter recht eigenartigen Begleitumständen aus dem Teltowkanal geborgen wurde. Auf dem Zehlendorfer Gebiet sahen Schiffer auf der Oberfläche des Kanals einen Leichnam schwimmen, den sie ans Land schafften. Der Tote, eine etwa 18 Jahre alte männliche Person, zeigte am Hals verdächtige Strangulationsmarken. Wo diese Zeichen herrühren, war nicht festzustellen. Daß sie sich der Unbekannte etwa selbst beigebracht haben könnte, ist schwer anzunehmen. Die Leiche war bereits vollständig in Verwesung übergegangen; sie ist daher gänzlich unkenntlich. In den Taschen des Toten fand man ein Portemonnaie mit 17 Pfennigen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hatte im Februar dieses Jahres einen Umsatz von 364 177,69 M., im gleichen Monat des Vorjahres 247 219,84 M., das sind 116 957,85 M. mehr. In den 8 Monaten dieses Geschäftsjahres beträgt der Umsatz 2 462 041,87 M., während die gleichen Monate des Vorjahres 1 635 592,20 M. brachten, also 726 439,67 M. Zunahme des Umsatzes. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit etwa 28 000. Von den Hausanteilen sind über 270 000 M. eingezahlt. Die Ab- und Ausschüttungsarbeiten auf dem Grundstücken in der Rittergutsstraße sind rege im Gange und wird auch die Bautätigkeit in dieser Woche wahrscheinlich einsehen. — Es ist lebhaft zu wünschen, daß durch Zutritt neuer Mitglieder die Genossenschaft weitere Fortschritte macht.

Beim Wahlrechts-Spaziergang am Sonntag sind verblühte Gegenstände verloren bzw. gefunden worden. Unweit des Großen Sterns im Tiergarten wurde eine Tasche gefunden, enthaltend vier Schlüssel (Haus-, Korridor-, Stubenschlüssel), Auskunft über den Finder erteilt die Redaktion. In der Vellebrunn-Allee, Ecke Charlottenburger Chaussee, ist bei der ersten Attacke ein Stock und eine Schirmmütze aufgehoben worden und in unserer Redaktion abzuholen. An der Siegesallee ist ein Spazierstock verloren worden; abzugeben im Verbandsbureau.

Zwergengeld. Am 1. Februar 1910 wurde nachmittags 4.35 Uhr vor dem Hause Ebertstr. 40 von dem Straßenbahnwagen Nr. 41 der Linie Virchow-Krankenhaus-Waldauer Brücke ein 11-jähriger Knabe überfahren. Personen, welche den Vorfall gesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse Postfach 44 bei Werner, vorn 3 Treppen abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Die Gemeindevahlbewegung.

Zehlendorf (Bannseebahn). Besondere Hindernisse scheint die Gemeindevormalung der Arbeiterschaft aus Anlaß der bevorstehenden Gemeindevahl bereiten zu wollen. Für den Südbezirk ist auch in der dritten Klasse eine Ersatzwahl erforderlich, für den schon seit vielen Monaten ausgeschiedenen Hofrat Kunow. So lange hat die Ersatzwahl Zeit gehabt. Jetzt hat man sie zum 14. März von 5—8 Uhr und die Neuwahl zum 16. März von 5 bis 8 Uhr angelegt. Die Rechnung ist ja sehr durchsichtig. Man will die geringen Ausgaben der Arbeiterschaft noch schlechter gestalten, indem man hofft, durch das Heranziehen der Wähler an zwei so kurz aufeinanderfolgenden Tagen gerade einen großen Teil der Arbeiterschaft von der Wahl fernzuhalten. Aber gerade, weil diese Rechnung gar so durchsichtig ist, müssen die Wähler der dritten Klasse des Südbezirks diesen Streich wirkungslos machen, indem sie Mann für Mann am 14. sowohl wie am 16. zur Wahl gehen und dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme geben.

Mariendorf-Südende. Die Wahlen zur Gemeindevormalung sind jetzt ausgeschrieben. Für die dritte Klasse ist die Wahl in Mariendorf am 14. März von 11—7 Uhr festgesetzt. Im Ostteil Südende findet sie am 16. März statt. Zu wählen sind ein Angestellter und ein Nichtangestellter. Am Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, findet bei Kreuz eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der gleichzeitig die Kandidaten aufgestellt werden. Am Mittwoch abends 7 Uhr Flugblattverbreitung zu dieser Versammlung.

Lantwig. Am heutigen Dienstag von 11—1 und 3—7 Uhr findet in der Turnhalle des Realgymnasiums die Ersatzwahl zur Gemeindevormalung für die dritte Klasse statt. Pflicht jedes Genossen und Arbeiters ist es, für den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten, des Maurers Otto Franke Sorge zu tragen.

Friedrichshagen. Heute, Dienstag, den 8. März, findet für die dritte Klasse in zwei Bezirken von nachmittags 5—8 Uhr die Gemeindevahl statt. Wahllokal: Restaurant Grenzeriaushaus, Seestr. 23. Parteigenossen! Wähler! Geht geschlossen eure Stimme unserem Kandidaten Otto Barth, erscheint schon vor 5 Uhr im Wahllokal, damit Genossen in den Wahlvorstand gewählt werden.

Wilmersdorf. Die Arbeiterschaft unserer Ortes sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeindevahl für die dritte Abteilung morgen, Mittwoch, den 9. März, im Lokal des Herrn Eschner, Wilmersdorf, 60, von nachmittags 4 Uhr bis 9 Uhr abends, stattfindet. Kandidat der Sozialdemokratie ist: Fischer Albert Horlich, Wilmersdorf, 11. Da es auf jede einzelne Stimme ankommt, ist es Ehrenpflicht aller Arbeiter und Genossen, ihr Wahlrecht auszuüben. Heute abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal von Weier, Wilmersdorf, 10, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Referent: Genosse A. Horlich. Die Genossen werden ersucht, für diese Versammlung zu agitierten.

Tempelhof. Die Wahlen zur Gemeindevormalung sind für die dritte Klasse auf Mittwoch, den 10. März, vormittags von 8 Uhr bis abends 8 Uhr, anberaumt. Von der dritten Klasse können nur Hausbesitzer gewählt werden. Unsere Kandidaten sind: Max Schmidt, Martin Müller und Louis Frank.

Schmargendorf. Die Gemeindevahlen der dritten Abteilung finden am 9. März nachmittags von 4 bis 8 Uhr im Saale des hiesigen Rathauses statt. Wer irgend Zeit hat, erscheine um 1/4 Uhr im Lokal von Bötscher, Spandauer Straße, gegenüber dem Rathaus, um möglichst bei der Zusammenkunft des Wahlbureaus zugegen zu sein. Unsere Kandidaten sind: 1. Viktor Weiger, 2. Paul Hildebrandt. Es wird ausdrücklich betont, daß die Kandidaten nur in dieser Reihenfolge zu nennen sind, weil Kandidat Nr. 1 für die Ergänzungswahl und der Nr. 2 für die Neuwahl (Vermehrung der Gemeindevormalung) bestimmt ist. Die Genossen, denen es möglich ist, wollen sich für die Handzettelverteilung am Mittwoch früh an den Wegen zur Bahn und den Haltestellen der Elektrischen bei ihren Bezirksführern melden. Am Mittwochabend soll in einer öffentlichen Versammlung bei Bötscher, Spandauer Straße 46, die Verlesung des Wahlergebnisses erfolgen.

Wiesdorf a. d. Ostbahn. Am Mittwoch, den 9. März, nachmittags von 5—8 Uhr, finden die Gemeindevahlen für unseren Ort statt. Da sich die Sozialdemokratie zum erstenmal an der Gemeindevahl beteiligt, ist es Ehrenpflicht unserer Parteigenossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um siegreich aus dem Kampf hervorzugehen. Jetzt gilt es Brezche zu legen in das Dorfparlament, das nur eine Interessenvertretung der bürgerlichen Vereine ist. Wie wenig die Wähler von den Bürgerlichen beachtet werden, beweist die Tatsache, daß sie erst in letzter Stunde mit ihrem Kandidaten an die Öffentlichkeit treten. Wir ersuchen alle Parteigenossen, soweit sie mit Wiesdorfer Einwohnern zusammen arbeiten, dieselben auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen, damit am Tage der Wahl der Vertreter der Sozialdemokratie, unser Genosse Schriftsetzer August Müller, als Sieger hervorgeht.

Petershagen bei Fredersdorf. Als starker Mann wollte sich am Sonntag in einer vom Haus- und Grundbesitzerverein tagenden Gemeindevahlerversammlung der hiesige Gemeindevorsteher gegenüber unseren Genossen Stimmig erweilen. Nach einem Referat eines Herrn Döring, der sich in einigen reichsverbändlerischen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie erging, nahm in der Diskussion Genosse Stimmig das Wort, um die vom Referenten gemachten Ausführungen auf ihren wahren Wert zu prüfen. Unter anderem stellte der Redner auch fest, daß der Referent im Irrtum sei, wenn er glaube, daß in bezug auf Armenpflege am Orte zu viel getan würde.

Wenn eine Gemeindevormalung es schon ablehne, den Fußboden des Armenhauses mit Zielen zu versehen, bloß weil, wie ein Herr geäußert habe, die Vorfahren auch keine gebieteten Wohnungen gehabt hätten, so zeige das den Tiefstand der Gemeindevormalung. Bei diesen Worten erhoben sich die konservativen Bauern mit dem Gemeindevorsteher und riefen dem Redner ein „Raus!“ „Raus!“ zu. Der Gemeindevorsteher fuchtelte hierbei noch dem mit Spazierstock herum. Unser Genosse fragte mit heiterer Miene den Vorsitzenden der Versammlung, ob der Gemeindevorsteher das Wort habe oder er, worauf ihm gestattet wurde, noch kurze Zeit zu sprechen. Von den Bürgerlichen wurde unser Redner nach Kräften unterstügt und dem Herrn Reichsverbändler ganz offen gesagt, daß für ihn am Orte keine Vorbeeren zu holen sind. Als nun gar noch bei der Kandidatenaufstellung ein Herr Meise von den Bürgerlichen erklärte, er wolle eigentlich kein Mandat annehmen, aber nach einem derartigen Referat sehe er ein, daß es höchste Zeit sei, die Bauern aus dem Dorfparlament zu verdrängen und er deshalb annehme, da erscholl es zustimmend durch den Saal. Der Herr Reichsverbändler packte seine Sachen und verließ den Saal.

Aus vorstehendem geht hervor, daß es Pflicht unserer Genossen ist, die kurze Zeit zu lebhafter Agitation für unsere Kandidaten auszunutzen. Dieselben sind in der 2. Klasse Expedient Erwin Hölzelbarth, in der 3. Klasse Buchdrucker Franz Stimmig.

Die Wahl findet statt am Sonnabend, den 12. März für die 3. Klasse in der Zeit von 2 1/2—4 1/2 für die 2. Klasse in der Zeit von 5—8 und für die 1. Klasse in der Zeit von 6 1/2—8 1/2 Uhr.

Herrndorf. Mit den Gemeindevahlen wird sich der morgen, Mittwoch, stattfindende Zahlabend beschäftigen. Die dritte Klasse wählt am Dienstag, den 15. März, nachmittags von 3 bis 8 Uhr. Sämtliche Funktionäre haben ihr Material in Empfang zu nehmen.

### Wahlrechtsdemonstrationen

haben, wie uns noch nachträglich berichtet wird, in einigen von Berlin entfernteren Vororten stattgefunden. In Königs-Wusterhausen demonstrierten 700 Personen durch einen Spaziergang gegen das Wahlrecht, vom Bahnhof kommend, die Sälzstraße entlang nach dem Wollmischen Grundstück, wo die Protestversammlung unter freiem Himmel abgehalten wurde. Der Referent Genosse Adolf Cohen-Verein beleuchtete durch treffende Worte die Wahlrechtsfrage. Reicher Beifall lohnte sein Referat. Eine vom Genossen Fleißer vorgelesene Resolution wurde mit lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Der Demonstrationzug begab sich geschlossen wieder dieselbe Straße zurück unter Absingen der Marschlied und Hochrufen auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Durch ruhiges Verhalten der Demonstranten und der Polizei sind keine Zusammenstöße vorgekommen.

Strausberg. Hier hatten sich 450 Männer und Frauen im Garten des Herrn Rose eingefunden. Das Referat hielt Genosse Schütte. Die Versammlungsteilnehmer zogen unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht durch die Mittelstraße der Stadt. Die Polizei verhielt sich ruhig, da unsere Ordner für Ruhe sorgten. Eine solche Demonstration hat Strausberg noch nicht erlebt.

Dahme. Zu einer gewaltigen Kundgebung gegen die Wahlrechtsvorlage gestaltete sich die hier veranstaltete Versammlung. In scharfen Worten kritisierte Genosse Wäde-Berlin dieses Schandwerk der Wahlrechtskommission. Mit der Aufforderung, daß sich alle Arbeiter beiderlei Geschlechts der sozialdemokratischen Organisation anschließen sollten, schloß der Referent seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen. An diese Versammlung schloß sich ein imposanter Demonstrationzug an. Dieser bewegte sich durch sämtliche Hauptstraßen der Stadt bis vor das Rathaus. Hier wurden Hochrufe auf das freie Wahlrecht sowie Rufe: „Rieber mit Bethmann Hollweg!“, „Rieber mit der Reaktion!“ ausgebracht. Die Polizei, die verstärkt worden war, sistierte mehrere Genossen.

Rossen. Hier sprach Genosse Pochjch vor etwa 400 Teilnehmern. Anschließend an die Versammlung formierte sich ein Demonstrationzug durch die Stadt bis zum Bahnhof, wobei die Versammelten den Referenten unter Absingen von Freiheitsliedern und Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht begleiteten.

Trebbin. Die Demonstrationversammlung war von 300 Personen besucht. Nach Schluß der Versammlung marschierten die Teilnehmer vor das Rathaus und brachten hier Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht aus. Von hier zogen die Demonstranten nach Löwenberg, wo sie sich nach einer kurzen Ansprache trennten.

In Bies a. d. Ostbahn fand eine Demonstrationversammlung unter freiem Himmel statt, die von 500—600 Personen besucht war. Das weibliche Element war stark vertreten. Die Ausführungen des Referenten Bauer-Berlin fanden begeisterte Zustimmung und es gelangte die Resolution einstimmig zur Annahme. Die Genossen beobachteten die Versammlung aus respektvoller Entfernung.

### Wib.

Gemeindevahltag. Bei der heute hier stattgefundenen Gemeindevahl in der Wahlbezirk 11 ergangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg über den bürgerlichen Wahlkampf. Es erhielten Stimmen die Genossen Rißing und Eberhardt je 525 und der Genosse Dorn 524. Die bürgerlichen Kandidaten brachten es nur auf 205 bis 208 Stimmen.

### Charlottenburg.

Festsetzung der Zahl der Stadtverordneten. Nach § 12 der Städteordnung für die preussischen Provinzen Preußens vom 30. Mai 1853 ist bei 120 000 Einwohnern die Zahl der Stadtverordneten auf 60 festgesetzt. In Gemeinden von größerer Einwohnerzahl sollen für jede weiteren 50 000 Einwohner 6 Stadtverordnete hinzutreten. Ob diese Vermehrung bereits bei ein angefangenes oder erst für ein volles 50 000 des Bevölkerungszuwachses eintritt, ist eine alte Streitfrage, über welche eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts noch nicht vorliegt. Um die Streitfrage zu erledigen sowie mit Rücksicht darauf, daß die erwähnte Vorschrift der Städteordnung für Städte von dem schnellsten Wachstum Charlottenburgs sich wenig eignet, hat der Magistrat nach dem Vorgange einer größeren Anzahl preussischer Städte zu dem Auswege gegriffen, von dem in § 12 der Städteordnung gegebenen Rechte Gebrauch zu machen, die Zahl der Stadtverordneten abnehmend durch Ortsstatut festzusetzen. Er hatte deshalb bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt, zu beschließen, daß die Zahl der Stadtverordneten so lange auf 72 beschränkt bleibe, bis die Volkszählung eine Einwohnerzahl Charlottenburgs von mehr als 400 000 ergibt; alsdann sollte die Zahl der Stadtverordneten auf 90 erhöht werden und auf diese Zahl endgültig beschränkt bleiben. Demgegenüber schlägt der zur Beratung der Vorlage eingesetzte Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung vor, zunächst die Zahl der Stadtverordneten vom 1. Januar 1912 ab auf 78 zu erhöhen. Weitere Erhöhungen um je 6 Stadtverordnete sollen alsdann eintreten, sobald die im Wege der Volkszählung ermittelte Bevölkerungsziffer gegenüber einer Grundzahl von 300 000 Einwohnern eine Erhöhung um volle 50 000 Einwohner aufweist, und zwar soll auf diese Weise eine Vermehrung der Stadtverordneten nur zweimal eintreten, d. h. bis die Zahl der Stadtverordneten 90 beträgt. Bei dieser Zahl soll es dann verbleiben.

Die hiesige Gewerkschaftskommission nahm in ihrer am 5. März abgehaltenen Sitzung zunächst den Tätigkeitsbericht des Ausschusses über das verfloffene Geschäftsjahr 1909 vom Obmann Genossen Flemming entgegen. Redner verleitete sich in demselben besonders über die von der Stadt Charlottenburg in Beratung stehende Arbeitslosenfürsorge in Gestalt des bekannten „Center Systems“ und ging dann noch näher auf die stattgefundenen Wahlen, insbesondere auf die Gewerbegerichtswahlen ein. Nach einer regen Diskussion, die sich in der Hauptsache um die Gewerbegerichtswahlen drehte, wurden die Wahlen der Funktionäre vorgenommen. In den Ausschuss wurden gewählt die Genossen: Ahrens, Buchdrucker; Lange, Maler; Kordmann, Transportarbeiter; Richter, Metallarbeiter und Storch, Holzarbeiter. Zum Obmann der Gewerkschaftskommission wurde Genosse Wilhelm Richter, Rosenstr. 7, mit Majorität gewählt. Zu Revisoren wurden die Genossen Vollenstein, Transportarbeiter, und Wende, Metallarbeiter, bestimmt. Als Vertreter der Gewerkschaftskommission in den Volkshaus-Ausschuss wurden die Genossen Wabe, Bauhilfsarbeiter, Hennig, Metallarbeiter, und Mitfahring, Töpfer, gewählt. Als Vertreter in den Jugend- und Bildungsausschuss wurden die Genossen Graudenz, Richter und Storch gewählt. Dem Metallarbeiterverband wurde nach kurzer Debatte das Recht eingeräumt, einen viersten Vertreter in die Gewerkschaftskommission entsenden zu können.

Mit einem Dankwort des Genossen Ahrens über die fünfjährige jährige rühmliche Tätigkeit des bisherigen Obmannes der Kommission, Genossen Flemming, der jetzt aus der Kommission ausscheidet, schloß die gutbesuchte Sitzung.

### Röpenitz.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Mit der Festsetzung des Etats der Gemeindevormalung wurden die Verhandlungen der letzten Sitzung eröffnet. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 294 805,14 M. ab. Der Voranschlag wurde nach einem früheren Beschluß der Versammlung dem Staatsauschuss überwiesen. Stadtv. Röhbech (Wib.) wies darauf hin, daß die vereinigten Krankenkassen beim Magistrat eingekommen waren um Überlassung einer Schulaula zur Abhaltung der von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlin und der Vororte beantragten Vorträge. Der Magistrat habe jedoch nach Anhörung der Schuldeputation diesem Antrage nicht entsprochen. Jetzt sei dem „Gemischten Chor“ die Schulaula bis zum 1. November d. J. zu dem Besangungsübungen überlassen worden. Er hoffe, daß in Zukunft erneuten Anträgen der Klassen Rechnung getragen wird. Stadtv. Cunih (Wib.) hat sein Mandat niedergelegt. Die dadurch erledigten Sitze in der Schuldeputation, dem Kuratorium der Realchule, dem Steuer-Ausschuss für die Veranlagung der Gemeindegrundstücke sollen erst nach erfolgter Neuwahl besetzt werden. Für die Erweiterung des Gasbehälters beim städtischen Gaswerk forderte eine Magistratsvorlage 50 000 M. Diese sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden, die mit 4 Proz. verzinst und mit 2 Proz. getilgt wird. Stadtv. Riefe (Soz.) regte an, in der Rieher Vorstadt, vielleicht in der Nähe des Elektrizitätswerkes, einen Gasometer aufzustellen. Das ungünstige sei bei der Gasanstalt, daß diese zu weit vom Wasser entfernt liege. Bei Hirschgärten werde man doch einmal eine Brücke über die Spree errichten müssen. Darum plädierte er dafür, daß dort der Gasometer errichtet werde. Nachdem Stadtv. Dr. Schulze (F. B.) dem widersprochen, wurde die Vorlage angenommen. Die Grünauer Fährte ist vom Kreis an die Stadt übergegangen. Zu den bisherigen Bedingungen soll dieselbe gemäß einem Magistratsantrage auf ein Jahr für den Preis von 2000 M. dem jetzigen Pächter Bruno verlassen werden. Die Vorlage wurde in der geheimen Sitzung angenommen. Das gleiche Schicksal auf Verweisung in die geheime Sitzung hatte ein Antrag der Baukommission auf Errichtung eines Volkswerts am städtischen Bachgrundstück in Marienlust. Die Anlage soll nicht mit in der Lage ausgenommen werden. Der Antrag erhielt in der geheimen Sitzung ebenfalls die Mehrheit.

Der Abänderung der Biersteuerordnung wurde gleichfalls zugestimmt, nachdem dieselbe bereits dem Staatsauschuss vorgelegen hatte. Bis dato wurde das eingeführte Bier nach Hektoliterzahl und das am Orte hergestellte nach dem Verbrauch von Maß vertheuert. Beide Biere sollen, um den gesetzlichen Vorschriften nachzukommen, gleich besteuert werden. Obwohl das Gesetz für die Herabsetzung der Steuer für Bier mit geringem Alkoholgehalt noch eine Frist bis zum 1. Oktober 1915 vorsieht, soll diese Verminderung sofort erfolgen.

### Nieder-Schönhausen.

Mit der Durchberatung des Etats hatte sich die letzte Sitzung der Gemeindevormalung zu beschäftigen. Bürgermeister Abraham gab einen kurzen Überblick über die finanzielle Lage der Gemeinde. Sei die Finanzlage keine rosige zu nennen, so kann die Gemeinde trotzdem mit ruhigem Gewissen der Zukunft entgegensehen. Die Bevölkerungswünsche der Lehrer und Gemeindebeamten konnten in dem Etat vorläufig nicht berücksichtigt werden, aber in allernächster Zeit werde sich eine Kommission mit der Angelegenheit beschäftigen. Der Voranschlag weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 1 190 945 M. auf (im Vorjahre 1 491 100 M.). Die Einnahmestellen gestalten sich folgendermaßen: A. Ordentliche Einnahmen: Allgemeine Verwaltung: 51 100 M. Einnahme, 176 900 M. Ausgabe; Steuerverwaltung: 487 355 M. Einnahme, 49 504 M. Ausgabe; Straßenverwaltung: 11 700 M. Einnahme, 121 900 M. Ausgabe; Armenverwaltung: 11 400 M. Einnahme, 32 700 M. Ausgabe; Volkshäuser: 10 100 M. Einnahme, 155 400 M. Ausgabe; höhere Mädchenschule: 17 800 M. Einnahme, 28 000 M. Ausgabe; höhere Knabenschule: 8600 M. Einnahme, 8000 M. Ausgabe; Friedhofsverwaltung: 6740 M. Einnahme,



